



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG

Das neue Bundeskinderschutzgesetz Herausforderung für die Kommunale Praxis

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Katharina Gabriel

Studienjahr 2012 / 2013

Erstgutachterin: Professorin Ute Vondung
Zweitgutachter: Martin Frankenstein

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	V
Anlagenverzeichnis	VI
1. Einleitung	1
2. Die Rollenverteilung im Kinderschutz	2
2.1 Das Wohl des Kindes als zentrales Element	3
2.2 Das Erziehungsprimat der Eltern	4
2.3 Das staatliche Wächteramt	6
3. Die Entstehung des Bundeskinderschutzgesetzes	9
3.1 Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes	9
3.2 Impulse für ein Gesetz zur Verbesserung des Kinderschutzes in Deutschland	12
4. Die wesentlichen Elemente des Bundeskinderschutzgesetzes	17
4.1 Informationsweitergabe im Einzelfall	18
4.2 Qualitätsentwicklung im Kinderschutz	21
4.3 Vorlage von erweiterten Führungszeugnissen	22
4.4 Stärkung der Kinderrechte	23
4.5 Weitere Qualifizierung des Kinderschutzes	24
4.6 Netzwerke und Frühe Hilfen	25
5. Bedeutung ausgewählter Änderungen für die kommunale Praxis	28
5.1 Auf- und Ausbau von örtlichen Netzwerken	28
5.1.1 Verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz	28
5.1.2 Das Soziale Frühwarnsystem des Main-Tauber-Kreises	31

5.1.2.1	Ausgangslage	32
5.1.2.2	Neue Anforderungen durch das BKiSchG	33
5.1.2.3	Handlungskonzept	33
5.1.3	Bewertung	42
5.2	Auf- und Ausbau Früher Hilfen	43
5.2.1	Die Bedeutung der Familienhebammen im Kinderschutz	44
5.2.2	Das Familienhebammenprojekt des Main-Tauber-Kreises	47
5.2.2.1	Ausgangslage	47
5.2.2.2	Neue Anforderungen durch das BKiSchG	48
5.2.2.3	Handlungskonzept	49
5.2.3	Bewertung	55
6.	Fazit	57
	Literaturverzeichnis	59
	Erklärung	63
	Anlagen	64

Abkürzungsverzeichnis

- Abs. Absatz
- ASD Allgemeiner Sozialer Dienst
- Aufl. Auflage
- BB Brandenburg
- BE Berlin
- BGB Bürgerliches Gesetzbuch
- BKiSchG Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen, Bundeskinderschutzgesetz
- BR Bremen
- BT-Drs. Bundestagsdrucksache
- BVerfGE Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
- BW Baden-Württemberg
- BY Bayern
- FSFJ-Ausschuss Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- GG Grundgesetz
- Ggf. Gegebenenfalls
- HE Hessen
- HH Hamburg
- Hrsg. Herausgeber
- i.V.m. In Verbindung mit
- KICK Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (2005)
- KKG Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz
- MV Mecklenburg-Vorpommern
- NI Niedersachsen
- NW Nordrhein-Westfalen
- RP Rheinland-Pfalz
- SGB VIII Sozialgesetzbuch Acht, Kinder- und Jugendhilfegesetz
- SH Schleswig-Holstein
- SL Saarland
- SN Sachsen
- SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- ST Sachsen-Anhalt
- TH Thüringen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Basic needs of children	3
Abbildung 2: Übersicht der möglichen Maßnahmen in Ausübung des staatlichen Wächteramtes	8
Abbildung 3: Übersicht über die verschiedenen Landeskinderschutzgesetze	11
Abbildung 4: Zeitstrahl über das Gesetzgebungsverfahren zum Bundeskinderschutzgesetz	16
Abbildung 5: Übersicht über die Artikel des Bundeskinderschutzgesetzes	17
Abbildung 6: Ausgestaltung der Finanzierung der Netzwerke und Familienhebammen	30
Abbildung 7: Funktionsweise eines Sozialen Frühwarnsystems	31
Abbildung 8: Definierte Schwellenwerte und Handlungsketten im Sozialen Frühwarnsystem	37
Abbildung 9: (Familien-) Hebammen und ihre Klientinnen	44

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG) vom 22. Dezember 2011
- Anlage 2: Konzeption zu § 8 a SGB VIII des Landratsamtes Main-Tauber-Kreis
- Anlage 3: Erläuterung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit
- Anlage 4: Verwaltungsvereinbarung „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ gemäß § 3 Abs. 4 KKG
- Anlage 5: Übersicht über die aktuelle Vernetzung im Main-Tauber-Kreis
- Anlage 6: Einlegeblatt für den Mutterpass, entwickelt vom kleinen Frühwarnsystem des Main-Tauber-Kreises
- Anlage 7: Verteiler des Sozialen Frühwarnsystems des Main-Tauber-Kreises
- Anlage 8: Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Kinderschutz: Aufgaben der beteiligten Institutionen, Empfehlungen für örtliche Netzwerke des KVJS u.a.
- Anlage 9: Leitfaden zur Erstellung eines Portraits der einzelnen Netzwerkteilnehmer

1. Einleitung

Durch medial aufbereitete Einzelfälle von Kindesmisshandlungen und Vernachlässigungen gerät das Thema Kinderschutz immer wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Oft wird die Schuld auf staatlicher Seite gesucht und ein fehlendes oder nicht ausreichendes Eingreifen der Behörden bemängelt. Übersehen wird dabei, dass Kinderschutz bereits viel früher ansetzen kann und sollte und nicht erst, wenn die Gefährdung so akut und schwerwiegend ist, dass das Kind aus der Familie genommen werden muss. Es geht darum, dass Probleme in der Familie früh erkannt werden und damit einhergehende Überforderungssituationen bei den Eltern und somit potentielle Gefährdungen für die Kinder minimiert werden. Das Schlüsselwort ist: Prävention.

Das neue Bundeskinderschutzgesetz folgt dem präventiven Ansatz, indem es insbesondere den Ausbau der sogenannten „Frühen Hilfen“ explizit fördert. Die präventiven Angebote und Neuerungen im Bereich der Frühen Hilfen bilden sowohl den Kern des neuen Bundeskinderschutzgesetzes, als auch meiner Bachelorarbeit. In Kapitel 5 gehe ich auf den Bereich der Frühen Hilfen genauer ein. Mich interessieren nicht allein die Ideen und Vorstellungen, die hinter den einzelnen Gesetzesänderungen stehen, sondern vielmehr die Auswirkungen, die sie auf die kommunale Praxis haben. Es wird daher in dieser Arbeit ein Handlungskonzept für die konkrete Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes vor Ort, im Main-Tauber-Kreis, entwickelt. Themen sind die Förderung des Einsatzes von Familienhebammen sowie der Aufbau und Ausbau von kommunalen Netzwerkstrukturen zum Kinderschutz.

In Kapitel 4 werde ich einen kurzen Überblick über alle wesentlichen Gesetzesänderungen geben, mich aber hierbei lediglich auf die Intentionen beschränken, durch die sie veranlasst wurden. Eine ausführlich begründete Bewertung aller wesentlichen Gesetzesänderungen unterbleibt aus

Platzgründen. Ursprünglich sollte auch ein Element des intervenierenden Kinderschutzes in die Arbeit mit aufgenommen werden: die nunmehr gesetzlich normierten Hausbesuche zur Gefährdungseinschätzung nach § 8 a Kinder- und Jugendhilfegesetz / Sozialgesetzbuch Acht (SGB VIII). Es stellte sich jedoch heraus, dass diese Gesetzesänderung keinerlei Auswirkungen auf die Kommunale Praxis im Jugendamt Main-Tauber-Kreis hat. Die Hausbesuche werden im neuen Kinderschutzgesetz nicht verpflichtend vorgeschrieben. Außerdem ist man im Bereich der Maßnahmen zur Gefährdungseinschätzung nach § 8 a SGB VIII im Main-Tauber-Kreis sehr weit fortgeschritten. Bereits im Jahr 2007 wurde eine Konzeption zur konkreten Vorgehensweise nach § 8 a SGB VIII heraus gegeben, in welcher festgeschrieben ist, dass Hausbesuche zur Gefährdungseinschätzung regelhaft vorgenommen werden müssen.¹ Erwähnenswert ist auch, dass der Main-Tauber-Kreis eine jährliche Statistik zu § 8 a SGB VIII führt. Es erübrigt sich somit die Untersuchung der Auswirkungen der Änderung zu den Hausbesuchen in § 8 a SGB VIII.

2. Die Rollenverteilung im Kinderschutz

Zunächst einmal sollen die für den Kinderschutz Verantwortlichen identifiziert werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Aufgabenzuweisung für den Schutz und die Erziehung der Kinder in Artikel 6 ihrer Verfassung normiert. Das Grundgesetz (GG) ist das ranghöchste, das wichtigste Gesetz in unserer Rechtsordnung. Artikel 1 Abs. 3 GG bindet die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung an die Verfassung. Somit ist die in Artikel 6 Abs. 2 GG festgelegte Rollenverteilung zwingend für alle Vertreter und Organe des Staates. Mit der Verankerung im höchsten aller Gesetze in Deutschland haben schon die Verfasser des Grundgesetzes den Kinderschutz in Deutschland auf sehr hohem Niveau manifestiert. Diese Rollenzuweisung regelt der Gesetzgeber allerdings

¹ Siehe Konzeption des Main-Tauber-Kreises zu § 8 a SGB VIII, Anlage 2.

nicht nur in der Verfassung. Er wiederholt Artikel 6 Abs. 2 GG auch in § 1 Abs. 2 SGB VIII.

2.1 Das Wohl des Kindes als zentrales Element

Bei der Anwendung der verfassungsrechtlichen Vorgaben steht immer das Wohl des Kindes im Mittelpunkt. Zwar ist dies dem Gesetzestext nicht wörtlich zu entnehmen, es ergibt sich aber aus dem Sinn und Zweck der Norm und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu Artikel 6 GG.¹ Es gibt zwei Aspekte des Kindeswohls. Das Wohl eines jeden Kindes soll durch aktives Handeln der Verantwortlichen im Rahmen von deren Möglichkeiten gefördert werden. Es ist aber ebenso wichtig, Kinder vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen. Doch was genau ist das Kindeswohl und wann ist es gefährdet? Kinder haben bestimmte Grundbedürfnisse, die befriedigt werden müssen. Jörg M. Fegert hat 1999 versucht, diese so genannten „basic needs of children“ in 6 Kategorien einzuteilen.



Abbildung 1: Basic needs of children²

¹ Vgl. u.a. BVerfGE 37, 217, 252, sowie Uhle: Beck-Online-Kommentar zu Artikel 6 Abs. 2 GG, Rn. 46.

² Erstellt von Fegert in Anlehnung an die UN-Kinderrechtskonvention.

Zu den elementaren Bedürfnissen eines jeden Kindes gehören Ernährung und Versorgung. Ohne ausreichend Nahrung und Trinken, sowie zum Beispiel alters- und witterungsgemäße Ausstattung mit Kleidung, könnte ein Kind schon rein körperlich nicht existieren. Zu den körperlichen Grundbedürfnissen zählt ebenso die Erhaltung der Gesundheit des Kindes. So muss es bei Krankheit oder Verletzung entsprechend behandelt werden, um die körperliche Unversehrtheit wieder herzustellen. Um das Wohl eines Kindes zu gewährleisten, ist es außerdem nötig, es vor Gefahren zu schützen. Doch diese, größtenteils körperlichen, Grundbedürfnisse machen nicht allein das Wohl eines Kindes aus. Um dieses zu verwirklichen bedarf es außerdem Zuwendung und Liebe sowie stabiler Beziehungen und Bindungen. Ferner müssen die Vermittlung von Wissen und Erfahrungen gewährleistet sein.

Das Kind ist außerdem selbst Grundrechtsträger im Sinne des Grundgesetzes. Es ist unter anderem Inhaber des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts nach Artikel 2 Abs. 1 i.V.m. Artikel 1 Abs. 1 GG, sowie des Rechtes auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach Artikel 2 Abs. 2 GG. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland normiert für alle Kinder und Jugendlichen daher einen Anspruch gegenüber der staatlichen Gewalt auf Schutz dieser Grundrechte. Wird eines oder mehrere dieser Grundbedürfnisse des Kindes durch aktives Tun oder durch passives Unterlassen beeinträchtigt, oder wird das Kind in seinen Rechten verletzt, so liegt regelmäßig eine Gefährdung des Kindeswohls vor. Nun soll geklärt werden, wer für die Förderung und Sicherung des Kindeswohls verantwortlich ist.

2.2 Das Erziehungsprimat der Eltern

Für die stabile Entwicklung eines Kindes zu einer eigenständigen Persönlichkeit ist es förderlich, wenn es primäre und vor allem konstante Bezugspersonen hat. Diese Bezugspersonen sind für jedes Kind zunächst einmal dessen Eltern. Das Bundesverfassungsgericht führte dazu aus, dass „diejenigen, die einem Kinde das Leben geben, von Natur aus bereit

und berufen sind, die Verantwortung für seine Erziehung und Pflege zu übernehmen.“¹ In einer späteren Entscheidung betonte es, dass „das Wohl des Kindes den Eltern in aller Regel mehr am Herzen liegen müsste, als irgendeiner anderen Person oder Institution.“²

Eltern haben nach Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 GG das primäre Erziehungsrecht für ihre Kinder (Erziehungsprimat), aber gleichzeitig auch die dazu korrespondierende Pflicht. Das Grundgesetz stellt somit klar, dass das Recht und die Pflicht der Eltern zur Pflege und Erziehung ihrer Kinder unlöslich miteinander verbunden sind und dass die Eltern keines von beiden isoliert wahrnehmen können. Das Bundesverfassungsgericht beschreibt dies als „Elternverantwortung“. Durch Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 GG haben die Eltern die Befugnis, die wertebezogene, soziale Erziehung ihrer Kinder vorzugeben sowie sämtliche Dinge zu bestimmen, die das körperliche Wohl der Kinder betreffen. Das Elternrecht umfasst unter anderem die Entscheidung über die Bildung und die Ausbildung des Kindes, die religiöse Erziehung, die Namensgebung und, im Rahmen der Gesundheitssorge, auch die Entscheidung über ärztliche Operationen.³

Das Elternrecht ist an die Interessen und an das Wohl des Kindes gebunden. „Das Wohl des Kindes ist daher nicht nur wesentlicher Grund, sondern zugleich Grenze des Elternrechts.“⁴ Wenn dieses Kindeswohl beeinträchtigt ist, liegt es zunächst in der Verantwortung der Eltern, etwaige Gefahren für das Wohl ihres Kindes abzuwenden. Es handelt sich hierbei um das sogenannte Gefährdungsabwendungsprimat der Eltern. Solange die Eltern bereit sind, ihr Kind vor einer möglichen Gefahr zu schützen, muss ihnen dies im Rahmen ihrer Elternverantwortung aus Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 GG zugestanden werden. Nun hört man immer häufiger, dass Eltern dieser Verantwortung nicht mehr gewachsen sind. Durch Schwierigkeiten

¹ Vgl. BVerfGE 24, 119, 150.

² Vgl. BVerfGE 59, 360, 376.

³ Vgl. Uhle, Beck-Online Kommentar zu Artikel 6 Abs. 2 GG, Rn. 52.

⁴ Vgl. BVerfGE 60, 79, 88.

in der Erziehung, Gleichgültigkeit der Eltern gegenüber ihren Kindern oder aber schlichte Überforderung ist das Kindeswohl in der Herkunftsfamilie teilweise nicht mehr gesichert. Gefährden Eltern das Wohl ihres Kindes durch ihr eigenes Handeln, durch Unterlassen oder verletzen sie Rechte des Kindes, bewegen sie sich nicht mehr im Schutzbereich des Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 GG. In diesen Fällen können sich die Eltern daher auch nicht mehr auf ihr Erziehungs- und Pflegerecht berufen. Wenn die Eltern im Falle einer Kindeswohlgefährdung nicht willens oder in der Lage sind, die Gefährdung abzuwenden, ist der Staat berechtigt und verpflichtet, zu intervenieren, um den Schutz des Kindes sicherzustellen.

2.3 Das staatliche Wächteramt

Die Rechtsgrundlagen für das staatliche Wächteramt finden sich für den Staat allgemein in Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 GG und für das Jugendamt speziell in § 1 Abs. 2 SGB VIII. Diese besagen, dass über die Wahrnehmung der Elternverantwortung die staatliche Gemeinschaft wacht. Die staatliche Verantwortung zum Schutz von Kindern ergibt sich allerdings nicht nur aus der nationalen Rechtsordnung. Auch auf internationaler Ebene haben sich fast alle Staaten der Welt¹ mit dem Beschluss der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen zu einem umfassenden Kinderschutz verpflichtet.² Kinderschutz ist zentrale Aufgabe des Staates. Aus Artikel 6 Abs. 2 GG geht aber auch hervor, dass grundsätzlich Zurückhaltung des Staates in allen Angelegenheiten der Pflege und Erziehung der Kinder geboten sein sollte. Das Eingriffsrecht des Staates tritt als subsidiäres, als ergänzendes Recht hinter dem Recht der Eltern auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder zurück. Der Staat hat das Elternprimat selbst zu achten und es gegenüber Dritten zu verteidigen. Da das Kind selbst Grundrechtsträger ist, ist er jedoch zu den Maßnahmen in Ausübung des Wächteramtes nicht nur be-

¹ Somalia und die USA sind der UN-Kinderrechtskonvention nicht beigetreten.

² Regelungen, die die Rolle des Staates im Kinderschutz betreffen, ergeben sich unter anderem aus Artikel 3 (Wohl des Kindes) und Artikel 18 (Verantwortung für das Kindeswohl) der UN-Kinderrechtskonvention.

rechtigt, sondern sogar verpflichtet. Er hat sicherzustellen, dass die Entwicklung und die körperliche Unversehrtheit des Kindes nicht durch Vernachlässigung oder Misshandlung der Eltern beeinträchtigt oder ernsthaft geschädigt werden. Zumal es Kindern in der Regel gerade in der Familie nicht möglich ist, sich selbst vor etwaigen Übergriffen zu schützen.

Der Staat soll die Eltern bereits bevor ein Eingriff nötig wird, durch entsprechende Hilfeangebote bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrages unterstützen. Präventive Maßnahmen sollten immer vorrangig vor eingreifenden Maßnahmen eingesetzt werden.¹ Nur wenn diese Maßnahmen scheitern, ist der Staat ermächtigt, den Eltern Erziehungsrechte vorübergehend oder dauerhaft zu entziehen. Voraussetzung für die staatliche Intervention ist das Unvermögen oder die fehlende Bereitschaft der Eltern, die Gefährdung des Kindeswohls selbst abzuwenden. Denkbare staatliche Maßnahmen sind Überwachungs- und Kontrollhandlungen oder sogar eine Inobhutnahme des Kindes nach § 42 SGB VIII.

Die staatlichen Maßnahmen müssen auf den Ausgleich des festgestellten elterlichen Defizits hin zielen und dürfen das Elternrecht darüber hinaus nicht beschneiden. Daher darf der Staat auch nicht bei jedem kleineren Fehler der Eltern oder bei nur vorübergehendem Versagen sofort und jedes Mal einschreiten. Er muss bei einer Intervention immer den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten.² Die Intensität des staatlichen Eingriffs hängt also von der Schwere des elterlichen Versagens ab. Außerdem muss berücksichtigt werden, welche Schritte im Interesse des Kindes geboten wären.

¹ Vgl. BVerfGE 24, 119, 145.

² Eine Erläuterung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit findet sich in Anlage 3.

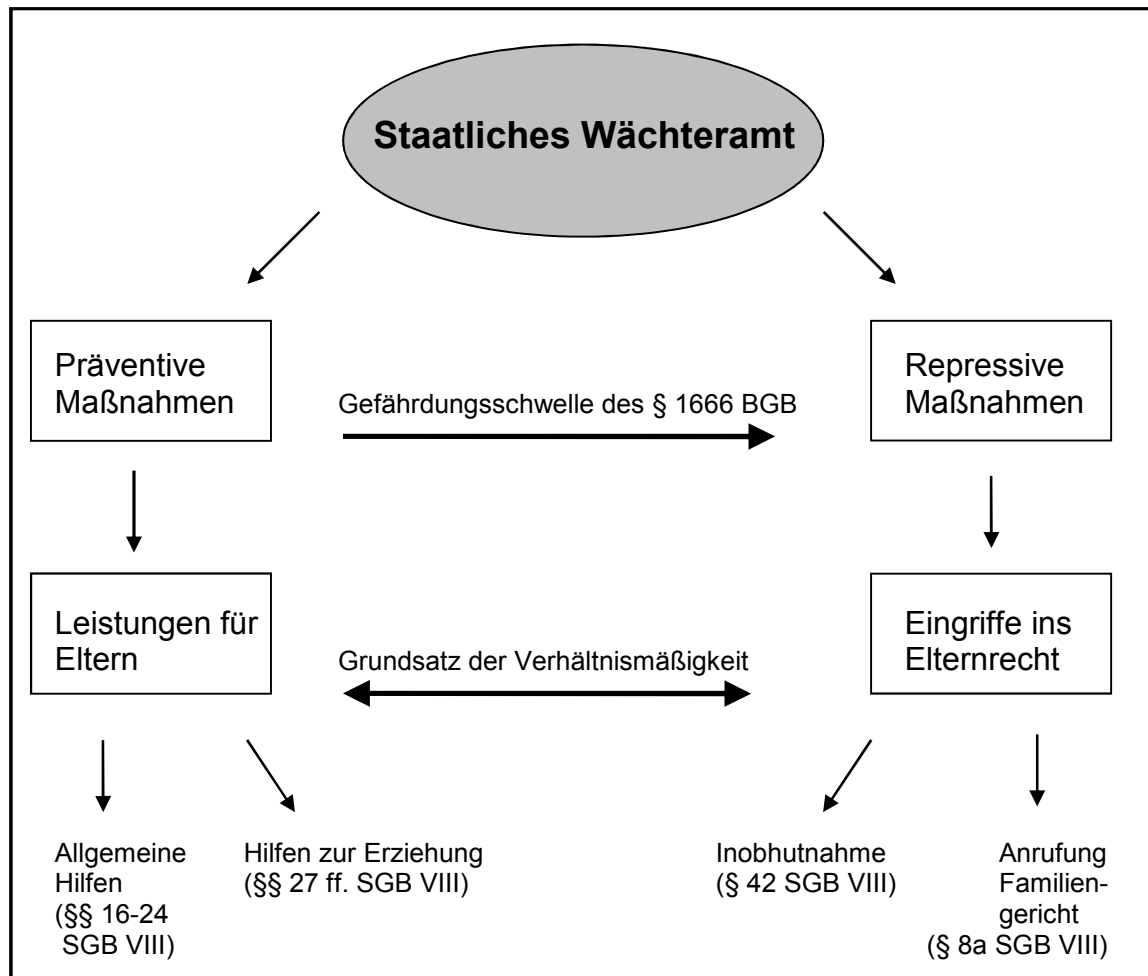


Abbildung 2: Übersicht der möglichen Maßnahmen in Ausübung des staatlichen Wächteramtes¹

Letztendlich stellt sich noch die Frage, an wen sich die verfassungsrechtliche Verpflichtung, diese Grundrechte zu schützen und über die Betätigung der Elternverantwortung zu wachen, richtet. Wer ist Adressat der Regelungen zum staatlichen Wächteramt? Nach dem Wortlaut des Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 GG ist Adressat die „staatliche Gemeinschaft“. Damit ist die Bundesrepublik Deutschland mit all ihren staatlichen Institutionen gemeint. Konkretisiert wird die Verantwortung für die Wahrnehmung des staatlichen Schutzauftrags unter anderem im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), in dem die Aufgaben der Familiengerichte beschrieben werden und im SGB VIII, in dem dasselbe für die Jugendämter geschieht. Aber auch Schulen, Polizeibehörden, Sozialleistungsbehörden und Gesundheitsämter gehören in

¹ In Anlehnung an Kunkel, Schutzauftrag Teil 2.

den Kreis derer, an die sich das Grundgesetz mit Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 richtet. Primäre Adressaten sind jedoch Jugendamt und Familiengericht. Die Jugendämter sind hierbei zuständig für die Gewährung und Erbringung von Leistungen der Jugendhilfe und außerdem für die Wahrnehmung von Aufgaben der elterlichen Sorge als Amtsvormund oder Amtspfleger. Die Gerichte entscheiden Streitigkeiten über die elterliche Sorge. Das staatliche Wächteramt beschreibt nicht etwa die konkrete Aufgabe einer bestimmten Behörde. Vielmehr handelt es sich um einen verfassungsrechtlichen Auftrag, der zu seiner Realisierung einer Konkretisierung durch einfaches Recht bedarf. Die Aufgabe zur weiteren Ausgestaltung des staatlichen Wächteramtes liegt also beim Gesetzgeber.

3. Die Entstehung des Bundeskinderschutzgesetzes

Wie oben bereits erläutert ist es Aufgabe des Gesetzgebers, das staatliche Wächteramt durch die Schaffung von Gesetzen zu konkretisieren. Dieser Aufgabe ist der Bund unter anderem durch den Erlass des neuen Bundeskinderschutzgesetzes nachgekommen. Wie es überhaupt zu diesem Gesetz gekommen ist, soll im folgenden Kapitel betrachtet werden.

3.1 Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Kompetenzen zur Gesetzgebung im Grundgesetz geregelt. Nach Artikel 70 Abs. 1 GG liegt die grundsätzliche Zuständigkeit zur Gesetzgebung bei den Bundesländern. Artikel 73 GG definiert jedoch auch Bereiche, in denen der Bund die ausschließliche Befugnis hat, Gesetze zu erlassen. In diesen Bereichen dürfen die Länder nur gesetzgeberisch tätig sein, wenn und soweit sie vom Bund durch Gesetz dazu ausdrücklich ermächtigt wurden (Artikel 71 GG). Im Rahmen der so genannten konkurrierenden Gesetzgebung definiert Artikel 74 GG Themenfelder, in denen sowohl Bund als auch Länder prinzipiell

die Möglichkeit haben, Gesetze zu erlassen. Nach Artikel 72 Absatz 1 GG können die Länder in diesen Bereichen solange und soweit gesetzgeberisch tätig sein, wie der Bund von seinem Recht zur Gesetzgebung keinen Gebrauch macht. Das heißt, sobald sich der Bund entschließt, ein in Artikel 74 GG normiertes Themengebiet durch ein Bundesgesetz zu regeln, haben die Länder diese Möglichkeit nicht mehr. Zu diesem Zeitpunkt bereits bestehendes Landesrecht tritt insoweit außer Kraft, als es vom neu geschaffenen Bundesrecht abweicht. Dies liegt an dem grundsätzlichen Vorrang von Bundesrecht gegenüber Landesrecht nach Artikel 31 GG.

Artikel 74 Absatz 1 Nr. 7 GG unterstellt die öffentliche Fürsorge dem Komplex der konkurrierenden Gesetzgebung. Unter diesen Überbegriff fällt auch der staatliche Kinderschutz. Da ein Bundesgesetz zum Kinderschutz bisher fehlte, entwickelten die Länder ab dem Jahr 2007 eigene Gesetze zum Schutz von Kindern. Einige nahmen Regelungen in ihre Schulgesetze auf, andere in Gesetze zum Gesundheitsdienst, wieder andere Länder verabschiedeten Gesetze über die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen.

Obwohl diese Gesetze auf gemeinsame Beschlüsse der Ministerpräsidenten der Länder zurückgingen¹, sind sie doch sehr unterschiedlich ausgestaltet. In Anbetracht dieser Vielzahl von Bestimmungen auf Landesebene stellt sich nun die Frage, ob und inwieweit die Materie Kinderschutz überhaupt vom Bundesgesetzgeber geregelt werden durfte und was das neue Bundeskinderschutzgesetz für die Gültigkeit der einzelnen Landesgesetze bedeutet.

¹ Die Landesgesetze basieren alle auf den Beschlüssen und Empfehlungen, auf die sich die Regierungschefs der Länder im Rahmen des ersten und des zweiten Kinderschutzgipfels (2007 und 2008) geeinigt hatten.

Regelungsinhalte der Landesgesetze zum Kinderschutz

Land	Stärkung Kooperation	Stärkung Qualifikation und Fortbildung	Ausweitung von Aufgaben und Leistungen	Datenschutz in Bezug auf die einzel-fall-bezogene Kooperation	Einladungs-wesen bei Früh-erkennungs-untersuchungen	Teilnahme-pflicht ohne Erfassung von Früh-erkennungs-untersuchungen
BW	X			X		X
BY	X			X		X
BE	X	X	X	X	X	
BB	X				X	
BR					X	
HH	X				X	
HE				X	X	
MV					X	
NI					X	
NW	X				X	
RP	X	X	X	X	X	
SL					X	
SN	X			X	X	
ST	X	X	X	X		X
SH	X	X	X	X	X	
TH	X		X	X	X	

Abbildung 3: Übersicht über die verschiedenen Landeskinderschutzgesetze ¹

Der Bundesgesetzgeber muss in einigen Bereichen der konkurrierenden Gesetzgebung weitergehende Voraussetzungen beachten, bevor er Gesetze erlässt. Nach Artikel 72 Abs. 2 GG darf er in den hier ausdrücklich erwähnten Feldern nur tätig werden zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, zur Wahrung der Wirtschaftseinheit oder der Rechtseinheit im Bundesgebiet. Die bundesgesetzliche Betätigung muss darüber hinaus erforderlich sein, sowohl im Bezug darauf, ob der Bund überhaupt tätig wird, als auch in Bezug auf das Ausmaß. Der Bereich Kinderschutz fällt, wie oben schon erwähnt, unter Artikel 74 Abs. 1 Nr. 7 GG. Da diese Norm in Artikel 72 Abs. 2 ausdrücklich genannt wird, sind die strengeren Voraussetzungen für eine bundesgesetzliche Betätigung im Kinderschutz

¹ aus Meysen/Ziegenhain u.a., Abschlussbericht der Evaluation des rheinland-pfälzischen LKindSchuG, 2010, S. 21.; Meysen/Eschelbach, Das neue Bundeskinderschutzgesetz, S. 35.

zu beachten. Die Gesetzesinitiative des Bundes zur Verbesserung des Kinderschutzes wird aufgrund der vielen verschiedenen Gesetze zum Kinderschutz in den Bundesländern unter dem Ziel Wahrung der Rechtseinheit im Bundesgebiet subsumiert. Allerdings genügt allein die Gesetzesvielfalt in den Ländern noch nicht als Rechtfertigung für eine bundesrechtliche Regelung. „Eine Gesetzesvielfalt auf Länderebene erfüllt die Voraussetzungen des Artikel 72 Absatz 2 GG erst dann, wenn sie eine Rechtszersplitterung mit problematischen Folgen darstellt, die im Interesse sowohl des Bundes, als auch der Länder nicht hingenommen werden kann.“¹ Die Bundesregierung hält sich in ihrer Gesetzesbegründung zur Erforderlichkeit des BKiSchG genau an die oben erörterten Voraussetzungen und sieht diese im Hinblick auf die Notwendigkeit eines bundesweit einheitlichen Kinderschutzgesetzes als gegeben an.²

Der Erlass des neuen Bundeskinderschutzgesetzes bedeutet nicht, dass nun alle bereits bestehenden Landesgesetze zum Kinderschutz außer Kraft treten. Vielmehr tritt das bestehende Landesrecht in den Bereichen, in denen der Bund nunmehr Regelungen erlassen hat, gemäß Artikel 31 GG hinter das neu geschaffene Bundesrecht zurück. In Komplexen, in denen der Bundesgesetzgeber keine neue Norm geschaffen hat, bleibt das bisher geltende Landesrecht auch weiterhin in Kraft.

3.2 Impulse für ein Gesetz zur Verbesserung des Kinderschutzes in Deutschland

Wie in Kapitel 2.4 bereits erläutert, beinhaltet das staatliche Wächteramt aus Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 GG keine konkrete Aufgabe einer bestimmten Institution. Daher ist eine Konkretisierung des staatlichen Schutzauftrages durch einfachgesetzliche Regelungen von Nöten. Dieses Mandat wurde durch den Gesetzgeber bereits durch einige Initiativen umgesetzt. Ein we-

¹ Vgl. BVerfGE 106, 62 Leitsatz 2 bb), sowie BVerfGE 106, 62, Rn 325.

² Ausführlich: siehe Begründung der Bundesregierung zum BKiSchG, BT-Drucksache 17/6256 .

sentliches Element ist hier die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu Artikel 6 GG, sowie die Verfassungslehre in diversen Lehrbüchern und Kommentaren über und zum Grundgesetz. Wie in Kapitel 2.4 schon erwähnt, fand auch eine wesentliche Konkretisierung des Wächteramtes im BGB im Hinblick auf die Aufgaben der Familiengerichte und im SGB VIII bezüglich der Aufgaben des Jugendamtes statt. Große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Verabschiedung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK) im Oktober 2005. Im Rahmen dieses Gesetzes wurde § 8 a SGB VIII neu geschaffen. Dadurch wurde der staatliche Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung konkretisiert, sowie eine einheitliche Vorgehensweise zur Gefährdungseinschätzung bei einem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung etabliert.

Ab dem Jahr 2007 unternahmen die einzelnen Bundesländer nach und nach Bestrebungen, um den Kinderschutz zu verbessern, indem sie in eigener Zuständigkeit Gesetze erließen. 2009 legte die Familienministerin der 16. Legislaturperiode, Ursula von der Leyen, den ersten Entwurf für ein einheitliches Bundeskinderschutzgesetz vor.¹ Dieser enthielt Bestimmungen über die ärztliche Schweigepflicht sowie eine Datenübermittlungsbefugnis bei Wohnortwechsel. Auf Kritik stieß der im Entwurf als zwingend vorgesehene Hausbesuch zur persönlichen Inaugenscheinnahme des Kindes bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung durch die Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Ein Hausbesuch kann aber in gewissen Fällen auch kontraproduktiv sein. Die Einschätzung über die Notwendigkeit eines Hausbesuches erfolgte bisher vor Ort, daher wurde die Regelung zu den verpflichtenden Hausbesuchen in der Fachwelt als Anzweiflung der fachlichen Kompetenz der Jugendamtsmitarbeiter gewertet. Außerdem wurde bemängelt, dass sich das Gesetz rein auf Intervention konzentrierte und im Gegenzug wenig Regelungen zur Förderung der Prävention enthalte. Das Bundeskinderschutzgesetz wurde im ersten An-

¹ Vgl. BT-Drs.:16/12429.

lauf durch die SPD als damaligen Koalitionspartner blockiert und verfiel mit der Wahl eines neuen Bundestages im Herbst 2009 der Diskontinuität.

Der zweite Versuch, ein bundesweit einheitliches Kinderschutzgesetz durchzusetzen, fand in der 17. Legislaturperiode unter Familienministerin Kristina Schröder statt. Im März 2011 legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für ein neues Kinderschutzgesetz vor.¹ Dieses Gesetz entstand in einem engen Dialog mit der Fachpraxis, unter Einbeziehung von Experten aus den Ländern und Kommunen, aus der Wissenschaft und aus Verbänden. Es wurden Arbeitsgruppen unter den Titeln „Frühe Hilfen und Qualifizierung des Schutzauftrages“ und „Ausbau vernetzter Strukturen und Stärkung der Wissensbasis“ gebildet. Die Erkenntnisse der parallel zum Gesetzgebungsverfahren tagenden runden Tische „Heimerziehung in den 50-er und 60-er Jahren“ und „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ fanden ebenso Eingang in die Gesetzesberatungen, wie die Empfehlungen der Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs. Förderlich, gerade für den Bereich der Prävention, waren auch die Ergebnisse und Erfahrungen aus dem seit 2006 laufenden Aktionsprogramm des Bundes „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und Soziale Frühwarnsysteme“, das unzählige Projekte in diesem Bereich ins Leben gerufen hatte. Auch das Nationale Zentrum Frühe Hilfen leistete als Plattform zum Erfahrungsaustausch seinen Beitrag.

In seiner Stellungnahme zu dieser Gesetzesinitiative bemängelte der Bundesrat vor allem die fehlende Beteiligung des Gesundheitssystems am Gesetzgebungsprozess sowie an der Finanzierung des Ausbaus der Frühen Hilfen, da gerade die Leistungen im Bereich der Prävention nicht nur Leistungen der Jugendhilfe, sondern auch der Gesundheitsfürsorge sein sollten. Ferner kritisierte er die nur befristet gesicherte Finanzierung des

¹ Vgl. BT-Drs.:17/6256.

Einsatzes von Familienhebammen und des Ausbaus von Netzwerken durch den Bund¹ sowie die überkomplexe Vorschrift zur Qualitätssicherung.² Auch der Wegfall der örtlichen Sonderzuständigkeit bei Dauerpflegefamilienverhältnissen nach § 86 Absatz 6 SGB VIII war ein strittiger Punkt.

Der Bundestag hatte den Gesetzentwurf in den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (FSFJ-Ausschuss) verwiesen. Im Beschlussvorschlag des FSFJ - Ausschusses für den Bundestag wurde keine der durch die Sachverständigen oder den Bundesrat angeregten Änderungen aufgenommen, bis auf die Beibehaltung der Sonderzuständigkeit bei Dauerpflegeverhältnissen. Am 27. Oktober 2011 beschloss der Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition unter Enthaltung der Opposition nach dem Beschlussvorschlag des FSFJ – Ausschusses das Bundeskinderschutzgesetz. Mit Entschließungsanträgen forderten hierauf die SPD, die Grünen und die LINKE eine stärkere Beteiligung des Gesundheitssystems an der Finanzierung der präventiven Leistungen.³ Der Bundesrat versagte schließlich gemäß Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 und 6 in Verbindung mit Artikel 104 a Absatz 4 GG dem Bundeskinderschutzgesetz seine Zustimmung, da seine wesentlichen Verbesserungsvorschläge nicht aufgenommen worden waren. Weil diese Zustimmung aber nach Artikel 104 a Absatz 4 GG wegen der Kostenfolgen des Gesetzes für Länder und Kommunen erforderlich war, konnte das Bundeskinderschutzgesetz vorläufig nicht in Kraft treten.

Die Bundesregierung rief daher nach Artikel 77 Absatz 2 GG den Vermittlungsausschuss an. Dieser legte einen Kompromissvorschlag vor, der im Wesentlichen die dauerhafte, durch Einrichtung eines Bundesfonds gesicherte, Finanzierung der Familienhebammen über die Modellprojektphase hinaus, sowie die Finanzierung der Netzwerke Frühe Hilfen in § 3 Absatz

¹ Ausführlich thematisiert in Kapitel 5.

² Ausführlich in Kapitel 4.2.

³ siehe Bundestags-Drucksachen 17/7529, 17/7531, 17/7530.

4 KKG festlegte.¹ Außerdem wurde die Vorschrift zur Qualitätsentwicklung in § 79 a SGB VIII gestrafft. Obwohl weiterhin keine Beteiligung des Gesundheitswesens zu verzeichnen war, stimmten Bundesrat und Bundestag dem Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses zu. Das Gesetz zur Förderung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen konnte am 1. Januar 2012 in Kraft treten.

<u>Zeitstrahl: Die Entstehung des Bundeskinderschutzgesetzes</u>	
22. Dezember 2010	Referentenentwurf eines neuen Kinderschutzgesetzes
15. und 16. Februar 2011	Anhörungen zum Referentenentwurf Stellungnahmen von verschiedenen Fachverbänden, von den Bundesländern, sowie der Fachpraxis → Grundlegende Überarbeitung des Entwurfes
Mitte März 2011	Regierungsentwurf wird im Kabinett verabschiedet
27. Mai 2011	Stellungnahme Bundesrat
1. Juli 2011	Erste Lesung im Bundestag, Gesetzentwurf wird in den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verwiesen
26. September 2011	Anhörung der Sachverständigen im Ausschuss → Beschlussvorschlag für den Bundestag
27. Oktober 2011	Zweite und dritte Lesung im Bundestag → BKiSchG beschlossen
25. November 2011	Zustimmungsveragung durch den Bundesrat
30. November 2011	Anrufung des Vermittlungsausschusses
14. Dezember 2011	Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses
15. Dezember 2011	Zustimmung zum Kompromissvorschlag durch den Bundestag
16. Dezember 2011	Zustimmung zum Kompromissvorschlag durch den Bundesrat
22. Dezember 2011	Verkündung des Bundeskinderschutzgesetzes im Bundesgesetzblatt
1. Januar 2012	Das Gesetz zur Förderung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen tritt in Kraft.

Abbildung 4: Zeitstrahl über das Gesetzgebungsverfahren zum Bundeskinderschutzgesetz²

¹ Ausführlich erläutert in Kapitel 5.

² Eigene Darstellung.

4. Die wesentlichen Elemente des Bundeskinderschutzgesetzes

Das Bundeskinderschutzgesetz ist ein so genanntes Artikelgesetz. Mit Artikel 1 wird ein neues Gesetz geschaffen: das Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG). Artikel 2 regelt die Änderungen im SGB VIII, Artikel 3 die Änderungen in anderen Gesetzen, namentlich dem SGB IX und dem Schwangerschaftskonfliktgesetz. Gemäß Artikel 4 müssen die Wirkungen des BKiSchG untersucht und evaluiert werden.

<p style="text-align: center;">Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG)</p> <p>Artikel 1: Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz</p> <p>Artikel 2: Änderungen im SGB VIII</p> <p>Artikel 3: Änderungen in anderen Gesetzen</p> <p>Artikel 4: Evaluation</p> <p>Artikel 5: Neufassung des SGB VIII</p> <p>Artikel 6: Inkrafttreten</p>
--

Abbildung 5: Übersicht über die Artikel des Bundeskinderschutzgesetzes¹

Mit dem BKiSchG soll eine Verbesserung des Kinderschutzes durch eine Vielzahl verschiedener Änderungen bewirkt werden. Diese Änderungen sollen den Schutz von Kindern und Jugendlichen direkt verbessern, oder indirekt durch das Schaffen von verbesserten Lebensbedingungen fördern. In den folgenden Kapiteln betrachten wir kurz die wesentlichen Änderungen in bestehenden Gesetzen sowie im neu geschaffenen KKG, die durch das Bundeskinderschutzgesetz veranlasst wurden.²

¹ Eigene Darstellung.

² Genauer zu den jeweiligen Gesetzesänderungen und eine Bewertung derselben findet sich in Meysen/Eschelbach: Das neue Bundeskinderschutzgesetz, S. 53 ff.

4.1 Informationsweitergabe im Einzelfall

Damit Kinder gesund aufwachsen und sich altersgemäß entwickeln können, ist es wichtig, dass sie ihr Lebensumfeld als verlässlich und beständig erleben. In der Praxis ist es allerdings häufig so, dass Zuständigkeitswechsel oder –streitigkeiten zu Problemen im Hilfeprozess führen können. Daher enthält das neue BKiSchG Regelungen, die versuchen sollen, diese Schwierigkeiten zu vermindern, oder im Idealfall sogar zu beheben.

Im SGB VIII findet sich keine Regelung der örtlichen Zuständigkeit für die Wahrnehmung des Schutzauftrages. Zur Wahrnehmung desselben ist zunächst jedes Jugendamt zuständig, dem gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung bekannt werden. In der Praxis ist es in einem Kinderschutzfall nötig, diese Anhaltspunkte zu überprüfen. Es liegt nahe, dass dies sinnvollerweise durch das Jugendamt veranlasst werden sollte, in dessen örtlichen Zuständigkeitsbereich die Familie wohnt, da es dann in der Regel auch für eine eventuelle Gewährung von Leistungen zuständig werden würde. Folglich wird durch die Einfügung des § 8 a Abs. 5 SGB VIII eine Datenübermittlungsbefugnis eingeführt. Wenn einem für die Gewährung von Leistungen örtlich nicht zuständigen Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung bekannt werden, so hat es dem für die Gewährung von Leistungen zuständigen Jugendamt diese mitzuteilen und ihm alle Daten zu übermitteln, deren Kenntnis zur Wahrnehmung des Schutzauftrages erforderlich ist. So soll verhindert werden, dass relevante Informationen verloren gehen. Außerdem soll diese neue Vorschrift sicherstellen, dass das örtlich zuständige Jugendamt seinen Schutzauftrag rechtzeitig und in adäquater Weise wahrnehmen und so den Schutz des Kindes oder Jugendlichen gewährleisten kann.

Bei der schriftlichen Übermittlung von Informationen kann es oft zu Missverständnissen kommen. Daher normiert § 8 a Abs. 5 Satz 2 SGB VIII, dass die Mitteilung in Form eines Gespräches zwischen den Fachkräften der beiden örtlichen Träger erfolgen soll. An dem Mitteilungsgespräch sol-

len, soweit dies den Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage stellt, die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche selbst beteiligt werden. Da es sich bei § 8 a Abs. 5 SGB VIII nicht um eine datenschutzrechtliche Befugnisnorm, sondern um eine Aufgabe der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe handelt, sind nach wie vor die datenschutzrechtlichen Bestimmungen der §§ 64, 65 SGB VIII und § 76 SGB X zu berücksichtigen.

Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel

Wenn die örtliche Zuständigkeit in einem Hilfefall wechselt, so ist gemäß § 86 c SGB VIII der bisher zuständige Jugendhilfeträger solange zur Weitergewährung der Hilfe verpflichtet, bis der nunmehr zuständige örtliche Träger der Jugendhilfe den Fall übernimmt. Diese Vorschrift wurde durch das BKiSchG erweitert. Außerdem macht das Gesetz nun konkrete Vorgaben, wie eine Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel im Einzelfall zu erfolgen hat. Da es weder gesetzlich noch anderweitig bundesweit festgelegte Standards zur Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel gibt, war es die Intention des Gesetzgebers, die durch diese Problematik auftretenden Risiken zu minimieren. Auch im Falle des § 86 c SGB VIII soll die Fallübergabe, zumindest bei Leistungen, die der Hilfeplanung nach § 36 Abs. 2 SGB VIII unterliegen, im Rahmen eines Gespräches erfolgen, an dem die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche angemessen beteiligt werden sollen. Die Mitteilung über den Zuständigkeitswechsel sowie die Übermittlung der relevanten Daten muss gemäß § 86 c Abs. 2 SGB VIII unverzüglich erfolgen. So soll die in der Praxis oftmals mehrere Monate andauernde Fallübergabe beschleunigt werden sowie zeit- und kräftezehrenden Zuständigkeitsstreitigkeiten vorgebeugt werden.

Befugnisnorm für Berufsgeheimnisträger

In § 4 des KKG wird die Informationsweitergabe durch so genannte Berufsgeheimnisträger geregelt, die in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit Kenntnis von gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung

erlangen. Dieser Sachverhalt ist bereits in neun Ländergesetzen sehr unterschiedlich geregelt. Das führte in der Praxis zu einer erheblichen Unsicherheit auf Seiten der Berufsheimnisträger, wann eine Informationsweitergabe zulässig und wann sie rechtswidrig ist. Daher sah der Bundesgesetzgeber die Notwendigkeit, diese Thematik bundesweit einheitlich zu regeln. § 4 KKG sieht ein mehrstufiges Verfahren vor. Zunächst soll die Situation mit den Personensorgeberechtigten und dem Kind oder Jugendlichen erörtert werden. Dabei soll durch den Berufsheimnisträger auf die Inanspruchnahme geeigneter Hilfen hingewirkt werden. Dieses Vorgehen steht unter dem Vorbehalt, dass hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. Der erste Schritt ist dem vorrangigen Erziehungsrecht der Eltern und ihrem Gefährdungsabwendungsprimat, das in Kapitel 2 erläutert wurde, zu schulden. Außerdem wird die Vertrauensbeziehung zwischen den in § 4 Abs. 1 KKG genannten Personen und den Kindern oder Jugendlichen und ihren Familien wertgeschätzt und nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

In einem zweiten Schritt können die in § 4 Abs. 1 KKG genannten Personen zur Einschätzung, ob eine Kindeswohlgefährdung vorliegt auf fachliche Expertise zurückgreifen. Hierfür normiert § 4 Abs. 2 KKG einen Anspruch gegenüber dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe auf Beratung durch eine sogenannte „insoweit erfahrene Fachkraft“. Die während dieser Beratung übermittelten Daten sind gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 KKG zu pseudonymisieren. Es gehört im Regelfall nicht zum Alltagsgeschäft der in § 4 Abs. 1 KKG genannten Personen und Berufsgruppen, eine Kindeswohlgefährdung einzuschätzen. Diese Vorgänge sind im Einzelfall auch bei entsprechenden fachlichen Kenntnissen äußerst komplex und schwierig. Durch die Hinzuziehung von fachlich kompetenten Beratern kann eine qualifizierte Einschätzung erfolgen. Abs. 2 des § 4 KKG ist nicht als Pflicht, sondern als Anspruch ausgestaltet. Das heißt, die Berufsheimnisträger müssen keine insoweit erfahrene Fachkraft in den Gefährdungseinschätzungsprozess einbeziehen.

§ 4 Abs. 3 KKG regelt letztendlich, wann Informationen an das Jugendamt übermittelt werden dürfen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Gefährdung nicht durch ein Vorgehen nach Absatz 1 abgewendet werden kann, oder dass dieses Vorgehen erfolglos war. Außerdem muss der jeweilige Berufsgeheimnisträger ein Tätigwerden des Jugendamtes für erforderlich halten. Die Betroffenen sind auf die Datenübermittlung an das Jugendamt hinzuweisen. Es gilt der Grundsatz: „Vielleicht gegen den Willen, aber nicht ohne Wissen.“ Eine Ausnahme hiervon ergibt sich nur, wenn durch die Information der Eltern der Schutz des Kindes gefährdet würde.

4.2 Qualitätsentwicklung im Kinderschutz

Gerade in einem so anspruchsvollen und wichtigen Aufgabenbereich wie dem der Kinder- und Jugendhilfe sind eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung und deren Sicherung unerlässlich. Um dies zu gewährleisten wurde durch das Bundeskinderschutzgesetz mit § 79 a SGB VIII eine neue Vorschrift in das SGB VIII eingefügt, die die Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe beschreibt. Adressaten dieser Vorschrift sind die Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Diese werden aufgefordert, die Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung anzuwenden, regelmäßig zu überprüfen und weiterzuentwickeln.¹ Die freien Träger werden über § 74 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII erfasst, indem deren Förderung durch die öffentliche Jugendhilfe von der Beachtung der Grundsätze und Maßstäbe der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung nach § 79 a SGB VIII abhängig gemacht wird. Ursprünglich sollten die freien Träger über Vereinbarungen mit den öffentlichen Trägern für eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung eintreten. Diese Pflicht zum Abschluss von Vereinbarungen wurde im Kompromissvorschlag des Vermittlungsausschusses nicht aufgenommen und fand somit auch keinen Eingang in das neue BKiSchG.

¹ Eine konkrete Maßnahme wäre zum Beispiel die Entwicklung von Verfahren und Instrumenten zur Selbstevaluation. Außerdem sollten Hilfeverläufe analysiert und auf dieser Grundlage der Hilfeverlauf bei ähnlichen Fällen optimiert werden.

macht durch die Änderung von § 79 Abs. 2 SGB VIII deutlich, dass die Gewährleistungsverantwortung für die Qualitätssicherung in der Jugendhilfe beim öffentlichen Träger der Jugendhilfe liegt. Somit betont der Gesetzgeber, dass er diesem Thema große Bedeutung zumisst, um einen erfolgreichen Kinderschutz zu gewährleisten.

4.3 Vorlage von erweiterten Führungszeugnissen

Berichte und Erkenntnisse aus der Vergangenheit bezeugen, dass es Menschen mit pädophilen Neigungen gezielt in kinder- oder jugendnahe Beschäftigungen zieht. Einschlägig vorbestrafte Personen sollen aber nicht in der Kinder- und Jugendhilfe zur Betreuung, Beaufsichtigung oder Erziehung von Kindern und Jugendlichen angestellt werden. Dies soll durch eine erweiterte Befugnis zur Einsichtnahme in die Führungszeugnisse der potentiellen Angestellten erreicht werden. Dabei ist es unerheblich, ob eine Person hauptberuflich, nebenamtlich oder ehrenamtlich in Kontakt mit Kindern stehen soll.

Bereits vor der Einführung des neuen Kinderschutzgesetzes war die Vorlage von Führungszeugnissen für hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe Tätige in § 72 a SGB VIII geregelt. Diese Pflicht wird jedoch durch das Bundeskinderschutzgesetz erweitert. Verlangt wird nunmehr die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses. Der Unterschied zu einem normalen Führungszeugnis liegt darin, dass auch Verurteilungen unterhalb der Bagatellgrenze aufgenommen werden. § 72 a Abs. 1 SGB VIII beschreibt die Vorlagepflicht für hauptamtlich bei einem Träger der öffentlichen Jugendhilfe Beschäftigte. Gemäß § 72 a Abs. 2 SGB VIII sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe über Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe gewährleisten, dass auch diese keine einschlägig vorbestraften Personen hauptamtlich einstellen.

Absatz 3 und 4 des § 72 a SGB VIII regeln die Vorlagepflicht für neben- und ehrenamtlich Tätige. Aufgrund der Vielzahl der verschiedenen Neben-

und Ehrenamtsstrukturen wurde von einer generellen Vorlagepflicht abgesehen. Vielmehr wird es den öffentlichen Trägern der Jugendhilfe in die Hand gelegt, über Tätigkeiten zu entscheiden, in denen eine Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses aufgrund der Art, Intensität und Dauer des Kontaktes mit Kindern und Jugendlichen, für notwendig angesehen wird. Wird eine Person bei einem freien Träger beschäftigt, so sind über Vereinbarungen zwischen dem freien und dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe die oben genannten Tätigkeiten zu definieren. Bei Kindertagespflege und Vollzeitpflege sowie beim Betrieb von Einrichtungen wird die Vorlage von erweiterten Führungszeugnissen Voraussetzung für die Erlaubniserteilung (§§ 43, 44, 45 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII). § 72 a Abs. 5 SGB VIII formuliert die datenschutzrechtlichen Regelungen in Bezug auf die Vorlage der erweiterten Führungszeugnisse.

4.4 Stärkung der Kinderrechte

Durch das BKiSchG werden nicht nur Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen getroffen, sondern auch deren Rechte gestärkt. Dies geschieht unter anderem durch die Änderung des § 8 Abs. 3 SGB VIII. Kinder und Jugendliche haben nunmehr in Not- oder Konfliktlagen einen Rechtsanspruch auf Beratung ohne Wissen der Personensorgeberechtigten. Die Regelung wird verbindlicher formuliert und dem Rechtsanspruch des Kindes aus Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, gehört zu werden, wird Rechnung getragen. Ein weiteres Instrument des BKiSchG, welches die Rechte der Kinder und Jugendlichen stärkt, ist in § 45 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII normiert. Die Erlaubniserteilung für den Betrieb einer Einrichtung wird abhängig gemacht von geeigneten Verfahren zur Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sowie von der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten. Außerdem wird in § 79 a SGB VIII festgehalten, dass Qualitätsmerkmale für die Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen und deren Schutz vor Gewalt ebenfalls von der Qualitätssicherung eingeschlossen sind.

4.5 Weitere Qualifizierung des Kinderschutzes

Das BKiSchG enthält verschiedene Instrumente, die alle zu einer weiteren Qualifizierung des Kinderschutzes beitragen sollen. In § 8 a SGB VIII wurde der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung weiter konkretisiert. Neu erwähnt wird, dass sich das Jugendamt zur Gefährdungseinschätzung, sofern es erforderlich ist, einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und dessen persönlicher Umgebung verschaffen darf. Diese Regelung gilt also nach § 7 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII nur für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres. Die Einführung von verpflichteten Hausbesuchen war ein wesentlicher Kritikpunkt im ersten Entwurf für ein Bundeskinderschutzgesetz durch die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen. Der Hausbesuch wurde daher im neuen BKiSchG nicht als Pflicht aufgenommen, sondern von diesem Instrument darf Gebrauch gemacht werden, wenn dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist. In der alten Fassung des § 8 a wurde der Schutzauftrag der Jugendämter beschrieben. Die Träger von Einrichtungen und Diensten sollten diesen Schutzauftrag „in entsprechender Weise“ wahrnehmen. Dies konnte durchaus in der Hinsicht missverstanden werden, dass durch Letztere hoheitliche Aufgaben wie Hausbesuche wahrgenommen werden dürfen. In § 8 a Abs. 4 wird nunmehr zur Klarstellung dieser Problematik ein spezifischer Schutzauftrag für die Einrichtungen und Dienste der freien Jugendhilfe formuliert.

Ferner wurde die Vorschrift zur Erteilung einer Betriebserlaubnis, § 45 SGB VIII, überarbeitet. Diese dient dem präventiven Schutz von Kindern und Jugendlichen und ist somit ein effektives Instrument zur Gefahrenabwehr. Neue Voraussetzung für die Erteilung ist die bereits oben erwähnte Möglichkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, sowie die Möglichkeit zur Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten. Außerdem müssen die Einrichtungen künftig nach § 45 Abs. 3 SGB VIII eine Konzeption mit Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und deren Sicherung vorlegen. Auch muss die Eignung des Personals durch die regelmäßige Vorlage von erweiterten Führungszeugnissen nachgewiesen werden.

In § 47 SGB VIII wurden die Meldepflichten der Einrichtungen an das Jugendamt erweitert. Durch die frühzeitige Mitteilung von Änderungen soll es dem Jugendamt ermöglicht werden, rechtzeitig geeignete Maßnahmen zu ergreifen um die Änderungen zu reagieren. Neu erfasst werden Ereignisse und Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen. Ebenso wurde eine unverzügliche Meldepflicht bei Schließung der Einrichtung aufgenommen. Diese Anforderungen müssen von allen Einrichtungen erfüllt werden, auch von denen, die bereits eine Betriebserlaubnis haben.

Da ein zentrales Thema im BKiSchG die Kooperation ist, wurde der Kreis der Stellen in § 81 SGB VIII (strukturelle Zusammenarbeit) erweitert. Ferner wird der Kinderschutz dadurch qualifiziert, dass Berufsgeheimnisträger nunmehr nach § 4 Abs. 2 KKG einen Anspruch gegenüber dem örtlichen Träger der Jugendhilfe auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft haben (siehe Kapitel 4.1). Denselben Beratungsanspruch haben auch nach § 8 b Abs. 1 SGB VIII Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen. Des Weiteren haben Träger von Einrichtungen einen Anspruch gegenüber dem überörtlichen Träger der Jugendhilfe auf Beratung bei der Entwicklung und Anwendung fachlicher Handlungsleitlinien.

4.6 Netzwerke und Frühe Hilfen

§ 1 Abs. 2 KKG entspricht wörtlich Artikel 6 Abs. 2 GG und damit der verfassungsrechtlich geregelte Rollenverteilung im Kinderschutz, die oben bereits erläutert wurde. In Abs. 3 des § 1 KKG wird nochmals hervorgehoben, dass es Aufgabe des Staates ist, die Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsrechtes zu unterstützen. Hierdurch wird der präventive Ansatz des Bundeskinderschutzgesetzes betont und gegenüber der staatlichen Intervention unterstrichen. Ein Kernelement des neuen Bundeskinderschutzgesetzes ist daher der Aus- und Aufbau der Angebote in den

Frühen Hilfen. Der Gesetzgeber regelt diese Thematik im Gesetz zur Kommunikation und Information im Kinderschutz sowie im SGB VIII. Die Legaldefinition der Frühen Hilfen findet sich in § 1 Abs. 4 KKG. Diese bundesgesetzliche Definition überlagert, soweit vorhanden, entsprechende Regelungen der Bundesländer.

Frühe Hilfen richten sich bereits an schwangere Frauen und werdende Väter und sollen die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz in den ersten drei Lebensjahren des Kindes unterstützen. Laut Gesetzesbegründung ist es Ziel der Frühen Hilfen, Elternkompetenzen von Anfang an zu stärken, die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern bestmöglich zu fördern, Risiken für ihr Wohl möglichst früh wahrzunehmen und dadurch Gefährdungen systematisch abzuwenden.¹ Bei Angeboten, die sich an alle (werdenden) Eltern und deren Kinder wenden, spricht man von universeller bzw. primärer Prävention. Das System der Frühen Hilfen zeichnet sich jedoch auch dadurch aus, dass die Leistungen speziell Familien in Problemlagen ansprechen sollen. Dies nennt man selektive, oder auch sekundäre Prävention. Wenn die Angebote der Frühen Hilfen nicht ausreichen, wird durch sie dennoch ermöglicht, dass die Familie weitergehende Unterstützungsangebote in Anspruch nimmt. Durch den Ausbau Früher Hilfen erhofft man sich in Zukunft Einsparungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, da Frühe Hilfen oftmals den teureren familienersetzenden Hilfen vorbeugen können. Bereits aktuell enthält das SGB VIII Angebote im Bereich der Frühen Hilfen. Dazu zählen zum Beispiel die Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII, oder der Einsatz einer Sozialpädagogischen Familienhilfe nach § 31 SGB VIII. Durch das BKiSchG werden jedoch drei Angebote im System der Frühen Hilfen neu definiert.

In § 2 Abs. 1 des KKG wird festgehalten, dass (werdende) Eltern über Unterstützungsangebote informiert werden sollen. Hierzu kann gemäß Absatz 2 ein so genannter Willkommensbesuch angeboten werden, der in

¹ Vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drucks. 17/6256, S. 28.

der Wohnung der Eltern stattfinden kann, wenn diese es so wünschen. Kern dieses Besuches ist die möglichst frühe Information und Beratung der Eltern über örtlich bestehende Hilfeangebote zu den Themen Schwangerschaft, Geburt und Entwicklung des Kindes in den ersten Lebensjahren. Ziel des Hausbesuches darf nicht die Feststellung einer Vernachlässigung oder Misshandlung sein. Die Vorschrift enthält somit auch keine Befugnis, die Wohnung zu durchsuchen. Ein Eingriff in Artikel 13 GG, die Unverletzlichkeit der Wohnung, darf nicht stattfinden. Es geht lediglich darum, die Eltern zu informieren. Soweit Landesrecht keine andere Regelung trifft, handelt es sich hierbei nach § 2 Abs. 2 Satz 3 KKG um eine neue Aufgabe des örtlichen Trägers der Jugendhilfe und somit der Jugendämter. Allerdings wird durch die Formulierung des Auftrages als Befugnis deutlich, dass es sich bei den Willkommensbesuchen nicht um eine Pflichtaufgabe handelt.

Ein zweites Angebot im System der Frühen Hilfen formuliert der neu eingefügte Absatz 3 zu § 16 SGB VIII. Er enthält, ähnlich wie § 2 Abs. 2 KKG, eine Sollvorschrift zur Beratung und Unterstützung von (werdenden) Eltern, hier jedoch zu den Themen Partnerschaft und Aufbau elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen. Durch das Bundeskinderschutzgesetz macht der Gesetzgeber deutlich, dass die Hilfen nicht erst nach der Geburt eines Kindes einsetzen sollen. Er bezieht in den Formulierungen bewusst schwangere Frauen und werdende Väter ein, und betont somit den frühestmöglichen Ansatz dieser Hilfen. Außerdem wird die sachliche Zuständigkeit des Jugendamtes auch schon während der Schwangerschaft klargestellt. Als Basiselemente im System der Frühen Hilfen werden durch das Bundeskinderschutzgesetz der Aufbau von örtlichen Netzwerken zum Kinderschutz, insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen, sowie der Einsatz von Familienhebammen gefördert. Diese beiden Kernelemente werden ausführlich im nächsten Kapitel thematisiert.

5. Bedeutung ausgewählter Änderungen für die kommunale Praxis

In diesem Kapitel sollen anhand von zwei Praxisbeispielen aus dem Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes Main-Tauber-Kreis die Auswirkungen der Gesetzänderungen in der Praxis betrachtet und ausgewertet werden. Hierbei konzentriere ich mich auf den Auf- und Ausbau von örtlichen Netzwerken zum Kinderschutz, insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen, sowie das Angebot der Familienhebamme.

5.1 Auf- und Ausbau von örtlichen Netzwerken

Nach der Legaldefinition in § 1 Abs. 4 KKG ist Kern der Frühen Hilfen die Vorhaltung eines frühzeitigen Angebotes im Hinblick auf die Entwicklung des Kindes vor allem in den ersten Lebensjahren. Die Betonung der Multiprofessionalität und Koordination dieser Angebote macht deutlich, dass die gegenseitige Vernetzung in diesem Bereich ebenso wichtig ist. Kinderschutz ist nicht allein Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe. Der Gesetzgeber ruft mit dem BKiSchG eine Vielzahl von Akteuren, die alle auf irgendeine Weise bei ihrer Arbeit in Kontakt mit Kindern kommen, dazu auf, sich des Themas Kinderschutz anzunehmen und in diesem Bereich zusammen zu arbeiten. Zu diesem Zweck sollen sich alle in Frage kommenden Personen und Institutionen auf lokaler Ebene zusammenschließen und ein Netzwerk zum Thema Kinderschutz etablieren und pflegen.

5.1.1 Verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz

Rechtsgrundlage ist das neu geschaffene Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz. § 3 Abs. 1 KKG macht deutlich, dass eine Pflicht zum Aufbau und - wo bereits Netzwerkstrukturen vorhanden sind - zum Ausbau der verbindlichen Vernetzung insbesondere im Bereich der Frühen Hilfen besteht. Als nunmehr bundesweit verbindliche Ziele nennt das Gesetz ebenfalls in Absatz 1 die gegenseitige Information über das

jeweilige Angebots- und Aufgabenspektrum, die Klärung von strukturellen Fragen der Angebotsgestaltung und –entwicklung, sowie die Abstimmung untereinander über Verfahren im Kinderschutz. Die Vorschrift soll dafür sorgen, dass bundesweit flächendeckend entsprechende Netzwerkstrukturen aufgebaut werden. Durch diese Netzwerke erhofft sich der Gesetzgeber eine Optimierung des Kinderschutzes sowohl in präventiver, als auch in intervenierender Hinsicht. Aufmerksamkeit erlangte das Thema mit den Projekten zu den Frühen Hilfen. In einigen Bundesländern wurden bereits gesetzliche Grundlagen geschaffen, um Netzwerke aufzubauen.¹ Daher gibt es in vielen Kommunen gute Ansätze für eine flächendeckende Vernetzung der Akteure im Kinderschutz, vor allem im Bereich der Frühen Hilfen. § 3 Abs. 1 KKG macht deutlich, dass kein Interesse daran besteht, Parallelstrukturen zu schaffen. Vielmehr sollen bereits bestehende Systeme verstetigt, mit neuen Strukturen verbunden und weiter entwickelt werden

§ 3 Abs. 2 KKG definiert eine Vielzahl von möglichen Akteuren in der lokalen Netzwerkarbeit, unter anderem Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Gesundheitsämter, Sozialämter, Schulen, Polizeibehörden, Krankenhäuser, Beratungsstellen und Frühförderstellen. Die Aufzählung ist jedoch nicht abschließend, was durch die Formulierung „In das Netzwerk sollen *insbesondere* ... einbezogen werden“ klar wird. Die Vorschrift vermag es jedoch nicht, die einzelnen Berufsgruppen und Institutionen zur Mitarbeit zu verpflichten. Ebenso stellt sie keine Datenübermittlungsbefugnis dar. Für die Organisation der Netzwerke ist gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 KKG generell der örtliche Träger der Jugendhilfe zuständig. Allerdings geht bereits bestehendes Landesrecht der bundesgesetzlichen Vorschrift ausdrücklich vor. Das heißt, wenn in einem Landesgesetz zum Kinderschutz die Verantwortung für die Organisation der Netzwerke bereits geregelt ist, ist Landesrecht anzuwenden. Das Kinderschutzgesetz von Baden-Württemberg hat die Verantwortung für die Or-

¹ Genaueres hierzu: Meysen/Eschelbach: Das neue Bundeskinderschutzgesetz, S. 88 ff.

ganisation der örtlichen Vernetzung nicht festgelegt. Es gilt daher Bundesrecht. Die Klarstellung der Verantwortlichkeit des örtlichen Trägers der Jugendhilfe im neuen BKiSchG beruht auf einem Vorschlag des Bundesrates. Die alte Fassung „...auf der Ebene der örtlichen Träger der Jugendhilfe...“ wurde als nicht eindeutig und zu wenig verbindlich angesehen und daher in „...durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe...“ umgewandelt. Lange umstritten war die Finanzierung der Netzwerke zum Kinderschutz, sowie des Einsatzes von Familienhebammen. Durch den Vermittlungsausschuss wurde in § 3 Abs. 4 KKG ein Kompromiss zwischen Bund und Ländern gefunden. Die Finanzierung ist nun in einem Zweistufenmodell geregelt:

Zeitlich auf vier Jahre befristete Bundesinitiative:	Ab 2016: Bundesfonds
2012: 30 Mio. €	Jährlich: 51 Mio. €
2013: 45 Mio. €	
2014: 51 Mio. €	
2015: 51 Mio. €	

Abbildung 6: Ausgestaltung der Finanzierung der Netzwerke und Familienhebammen¹

Die Ausgestaltung der Bundesinitiative und des Fonds wurde mit einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzministerium geregelt, die am 01.07.2012 in Kraft getreten ist.² Die Mittel werden nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Hierbei wird die Anzahl der Kinder im Alter von 0-3 Jahre berücksichtigt, die in Armut leben, also Leistungen der Sozialhilfe nach dem SGB XII, oder Leistungen nach dem SGB II erhalten.³ Durch die Verwaltungsvereinbarung wurde geregelt, wie viel Geld die einzelnen Bundesländer erhalten. Diese müssen nun eigene Förderrichtlinien erarbeiten, um die Mittel auf die Jugendamtsbezirke zu verteilen. Die Fördermittel, die das

¹ Eigene Darstellung.

² Vgl. Anlage 4.

³ Vgl. Anlage 4, Tabelle 1.

einzelne Jugendamt erhält sind dann zum einen für den Auf- und Ausbau der örtlichen Netzwerke zum Kinderschutz, zum anderen für den Einsatz von Familienhebammen einzusetzen.

5.1.2 Das Soziale Frühwarnsystem des Main-Tauber-Kreises

Im Main-Tauber-Kreis gibt es bereits seit dem Jahr 2007 ein Netzwerk von am Kinderschutz beteiligten Personen und Institutionen, das Soziale Frühwarnsystem des Main-Tauber-Kreises.¹ Es soll dazu dienen, schwache Signale riskanter Entwicklungen frühzeitig wahrzunehmen, eine allgemein verbindliche Definition von notwendigen Handlungsschritten zwischen den einzelnen Teilnehmern vorzunehmen und so den Schutz des betroffenen Kindes wirksam zu gewährleisten. Dies funktioniert in drei Schritten:

WAHRNEHMEN	➔	Gefahrenpotenziale erkennen und bewerten
WARNEN	➔	Informationen an handlungsverpflichtete Person oder Institution weiter geben
HANDELN	➔	Eigenes zeitnahes Reagieren, oder gemeinsam mit anderen Institutionen

Abbildung 7: Funktionsweise eines Sozialen Frühwarnsystems²

Es handelt sich um eine in sich geschlossene Reaktionskette. Das Soziale Frühwarnsystem wird von der Kommune direkt initiiert und gesteuert. Es werden gemeinsame Schwellenwerte im Kinderschutz definiert, sowie verbindliche Kooperationsvereinbarungen und verlässliche Reaktionsketten festgelegt. Es sollte ein hohes Maß an Verbindlichkeit der einzelnen Akteure herrschen.

¹ Vgl. Anlage 5: Aktuelle Vernetzung im Main-Tauber-Kreis.

² Aus der Präsentation von: Schöne, Reinhold: Prävention durch Soziale Frühwarnsysteme.

5.1.2.1 Ausgangslage

Anlass für die Etablierung eines Sozialen Frühwarnsystems im Main-Tauber-Kreis war das Aktionsprogramm des Bundes „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und Soziale Frühwarnsysteme“ im Jahr 2006. Bisher fanden insgesamt drei Treffen des großen Frühwarnsystems im Zeitraum vom 16.05.2007 bis zum 28.05.2008 statt, an denen jeweils ca. 50 Personen von ca. 21 verschiedenen Institutionen beteiligt waren.¹ In einer internen Besprechung im Jugendamt am 15.04.2008 sowie in der bisher letzten Sitzung dieses Netzwerkes am 28.05.2008 wurde beschlossen, sich zunächst auf die Zielgruppe der 0-3-Jährigen zu konzentrieren. Die Kooperationspartner für ein kleines Frühwarnsystem wurden definiert. Die Treffen des kleinen Frühwarnsystems finden bis heute regelmäßig mehrmals im Jahr statt. Die Teilnehmer des Frühwarnsystems hatten sehr gute Ideen für die Netzwerkarbeit an sich, oder für verschiedene Projekte. Leider wurden viele dieser Ideen nicht weiter verfolgt. So kam zum Beispiel des Öfteren die Idee auf, eine Imagekampagne für das Jugendamt zu starten, da dieses in der Öffentlichkeit nach wie vor viel zu negativ gesehen werde.

Dennoch wurden bereits einige Dinge erreicht bzw. realisiert. Im Rahmen des großen Frühwarnsystems wurde damit begonnen, sich gegenseitig zu bestimmten Themen zu schulen. Die einzelnen Teilnehmer berichteten über ihre Aufgaben, oder auch über allgemeine Themen zum Kinderschutz. Es fanden insgesamt 6 Veranstaltungen statt. Außerdem wurde versucht, die Öffentlichkeit für das Thema Kinderschutz zu sensibilisieren, indem das Jugendamt Schulungen in Kindergärten, Schulen, Vereinen und Verbänden zu dieser Thematik durchführte. Auch im Rahmen des kleinen Frühwarnsystems fanden insgesamt sieben Vorträge und Schulungen statt. Ferner wurde ein Informationsplakat entwickelt, auf dem alle bekannten Beratungs- und Hilfeangebote für den Kreis der 0-3-Jährigen

¹ Siehe Verteiler in Anlage 6.

und deren Eltern im Main-Tauber-Kreis aufgelistet wurden. Dieses Plakat ist auch online auf der Homepage des Main-Tauber-Kreises zu finden.¹ Ferner wurde ein Einlegeblatt für den Mutterpass erstellt, welches alle bekannten Hilfeformen für junge Mütter tabellarisch darstellt.² Des Weiteren fanden während der Besprechungen des kleinen Frühwarnsystems regelmäßig Fallbesprechungen statt und die Liste der insoweit erfahrenen Fachkräfte des Main-Tauber-Kreises wurde den Teilnehmern übermittelt.

5.1.2.2 Neue Anforderungen durch das BKiSchG

§ 3 Abs. 1 KKG schreibt den flächendeckenden Auf- bzw. Ausbau von Netzwerken zur Zusammenarbeit der Personen und Institutionen im Kinderschutz verpflichtend vor. Die Verantwortung für die Organisation dieser Netzwerke liegt gemäß § 3 Abs. 3 KKG beim örtlichen Jugendhilfeträger. Die Jugendämter müssen somit ab dem 1. Januar 2012 in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich Netzwerke aufbauen, ausbauen und deren Arbeit organisieren. Das Jugendamt Main-Tauber-Kreis ist also verantwortlich dafür, dass das Soziale Frühwarnsystem mit all seinen Personen und Institutionen reaktiviert wird und seine Arbeit wieder aufnimmt.

5.1.2.3 Handlungskonzept

Damit dieses Ziel erfolgreich realisiert werden kann, gilt es erst einmal zu klären, was beim ersten Versuch zur Etablierung eines örtlichen Netzwerkes zum Kinderschutz erfolgreich verlaufen ist, und welche Probleme gegebenenfalls aufgetreten sind.

Fehlende gesetzliche Grundlage

Ein grundlegendes Problem war zunächst, dass es für den Aufbau eines Netzwerkes zum Kinderschutz 2007 noch keine gesetzliche Grundlage gab. Das Jugendamt hatte also keine Handhabe, seinem Anliegen den

¹ www.main-tauber-kreis.de, Organisation Landratsamt, Jugendamt, Formulare/Merkblätter, Wichtige Adressen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen.

² Dieses Einlegeblatt findet sich in Anlage 7.

entsprechenden Nachdruck, bzw. eine gesetzliche Absicherung zu verleihen. Die Errichtung des Sozialen Frühwarnsystems erfolgte auf freiwilliger Basis. Mit § 3 Abs. 1 KKG hat der Gesetzgeber die Einrichtung von Netzwerken auf eine gesicherte rechtliche Basis gestellt, da der Aufbau verpflichtend und flächendeckend vorgeschrieben wird. Somit bekommt das Anliegen der Jugendämter zur Etablierung dieser Kooperationsstrukturen das entsprechende Gewicht und gesetzlichen Rückhalt durch die Bundesebene.

Unklare Aufgaben- und Rollenverteilung

Um das Soziale Frühwarnsystem wieder zu aktivieren, müssen zunächst mögliche Netzwerkpartner angeschrieben und um deren Teilnahme muss geworben werden. Als Grundlage für einen Verteiler bietet sich der ehemalige Verteiler des großen Frühwarnsystems an. Es ist jedoch unerlässlich diesen auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu ergänzen.¹ Beim Aufbau des Sozialen Frühwarnsystems im Main-Tauber-Kreis war nicht klar, wer für den Aufbau des Netzwerkes, die Auswahl der Netzwerkpartner und Themen und die Organisation der Treffen verantwortlich war. Diese Aufgabe wurde letztendlich vom Jugendamt übernommen. Da aber mit der neuen Aufgabe keine neue Stelle korrelierte, musste die Netzwerkarbeit neben dem Tagesgeschäft erledigt werden. Es fehlten somit die personellen Ressourcen, um eine qualifizierte Netzwerkarbeit überhaupt gewährleisten zu können. Ähnlich könnte die Situation bei den beteiligten Netzwerkpartnern gewesen sein. Deren Mitwirkung im Sozialen Frühwarnsystem erfolgte ebenfalls neben dem eigentlichen Tagesgeschäft, sodass auch hier wenig bis keine Zeit und kein Personal vorhanden waren.

Die Verantwortung für die Organisation der Netzwerke wurde nunmehr durch das BKiSchG in § 3 Abs. 3 KKG klar dem örtlichen Träger der Ju-

¹ Vgl. Anlage 6; dort werden auch die ggf. zu ergänzenden Netzwerkpartner aufgeführt.

gendhilfe, also den Jugendämtern, zugeschrieben. Die qualifizierte Organisation dieser landkreisübergreifenden Strukturen ist sehr aufwendig und bedeutet einen zusätzlichen Aufwand für die Jugendämter. Die Aufgaben, die damit einhergehen, sind so vielfältig, dass sie nicht neben dem Tagesgeschäft erledigt werden können. Da diese neue Aufgabe den Jugendämtern aber per Gesetz zugeschrieben ist, können sie mit bundesgesetzlichem Rückhalt eine Erhöhung der personellen und auch finanziellen und zeitlichen Ressourcen bei der Amtsleitung, dem Jugendhilfeausschuss, sowie dem Kreistag einfordern. Im Main-Tauber-Kreis hat sich der Jugendhilfeausschuss bereits dahingehend geäußert, dass für den Aufbau und die Pflege des örtlichen Netzwerkes mindestens eine zusätzliche Stelle geschaffen werden müsse. So kann vom Jugendamt Main-Tauber-Kreis in Zukunft durch eine zentrale Stelle koordinierte und qualifizierte Netzwerkarbeit geleistet werden.

Darüber hinaus ist eine klare Rollen- und Aufgabenverteilung für die Funktionsfähigkeit eines lokalen Netzwerkes unerlässlich. Jeder Teilnehmer muss genau wissen, welche Aufgaben er im Kinderschutz übernimmt und welche Befugnisse er hat. Ebenso muss klar sein, welche Aufgaben und Befugnisse die anderen Teilnehmer des Netzwerkes haben. Diese Zuständigkeiten müssen untereinander deutlich abgegrenzt werden. Überdies sollte geklärt werden, wann und inwieweit die Netzwerkpartner sich gegenseitig über bestimmte Sachverhalte unterrichten dürfen und wann eine Informationsweitergabe rechtswidrig wäre. Optimal wäre es, wenn jede Berufsgruppe oder Institution, gegebenenfalls in kleineren Arbeitskreisen, ein Selbstportrait erstellt, welches deren Arbeitsphilosophie, Aufgaben, Befugnisse und datenschutzrechtliche Bestimmungen kurz darstellt. Der Umfang sollte in etwa 3 Seiten betragen. Als Leitfaden zur Erstellung dieser Portraits kann der in Anlage 9 beigefügte Leitfaden dienen, den das Jugendamt an alle Teilnehmer versenden könnte. Diese Portraits sollten vom Jugendamt gesammelt, gebündelt und dann allen Netzwerkteilnehmern ausgehändigt werden. Bei Unsicherheiten kann dieses Merkbuch zu Rate gezogen werden. So würde gewährleistet, dass die Partner

sich untereinander kennen und auch wissen, wann sie wen benachrichtigen dürfen und müssen.

Sehr hilfreich ist in diesem Zusammenhang das zum Abschluss des Modellprojektes „Guter Start ins Kinderleben“ neu erschienene Werkbuch „Vernetzung“, welches man über das Nationale Zentrum Frühe Hilfen beziehen kann. Ebenso nützlich sind die Empfehlungen für örtliche Netzwerke, die vom Justizministerium, Innenministerium, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg am 24. Juni 2009 heraus gegeben wurden.¹ Erfolgversprechend finde ich hieraus die Empfehlung, dass sich die einzelnen Personen und Institutionen zu Beginn der Netzwerkarbeit kurz vorstellen, zum Beispiel im Rahmen von Kurzreferaten. Es sollten auf Grundlage des erstellten Portraits die Aufgaben und Befugnisse, Arbeitsweisen und gegebenenfalls auch kurz die rechtlichen Grundlagen der Arbeit dargelegt werden. Zum vertieften Nachlesen, oder Nachschlagen bei Unsicherheiten dient den Teilnehmern dann das oben genannte Merkbuch. Die Einschaltung einer anderen Institution oder Person darf durch die Teilnehmer im Einzelfall nicht als Ausstieg aus der eigenen Verantwortung verstanden werden. Vielmehr muss klar sein, dass lediglich weitere Verantwortung hinzugezogen wird, mit erweiterten Kompetenzen und Befugnissen.

Um das Interesse der verschiedenen Netzwerkakteure am Thema Kinderschutz zu stärken, stelle ich mir vor, dass die Treffen zwar rein logistisch vom Jugendamt organisiert werden, für die inhaltliche Gestaltung jedoch die Teilnehmer verantwortlich sind. Man muss die einzelnen Personen dazu bringen, sich mit dem Thema Kinderschutz auseinander zu setzen, Problemfelder aufzudecken und Lösungen zu erarbeiten. Außerdem ist es wichtig, dass jeder Teilnehmer den Nutzen der Teilnahme für sich selbst

¹ Diese Empfehlungen finden sich in Anlage 8.

erkennen kann. Dies gelingt schwerer, wenn Themen und Gestaltung der Treffen vom Jugendamt vorgegeben werden. Diese Arbeitsteilung bedeutet eine Entlastung für das Jugendamt. Hier könnten Ressourcen eingespart und für andere Aufgaben genutzt werden. Eine weitere Idee ist die Einrichtung eines verpflichtenden Vorschlagswesens für zu behandelnde Themen. Man könnte in Vereinbarungen festlegen, dass jeder Netzwerkteilnehmer pro Periode eine bestimmte Anzahl von Themen einbringen muss. So würde man wiederum erreichen, dass die einzelnen Personen für das Thema Kinderschutz sensibilisiert werden. Während der Treffen des Sozialen Frühwarnsystems sollte es Kernaufgabe sein, gemeinsame Schwellenwerte und Reaktionsketten zu definieren. Hier sollte jede Berufsgruppe und Institution für sich selbst vorarbeiten. Ein solches Schema könnte wie folgt aussehen:

Handlungsbereich	Indikatoren	Schwellenwert	Wahrnehmung durch	Handeln durch
Institution	Worauf wollen wir achten? Was sind wichtige Anzeichen dafür, wie es den Kindern geht?	Ab wo beginnen für uns bedenkliche Entwicklungen? Wann muss gehandelt werden?	Wer soll auf die vereinbarten Signale achten? Wer steht in der Verantwortung, die Situation der Kinder im Auge zu behalten?	Wer ist zum Handeln aufgefordert? Wer steht in der Verantwortung, den Hinweisen nachzugehen?
Beispiel: Kindergarten	Wird das Kind zum Kindergarten begleitet? Ist es ausreichend versorgt (angemessene Kleidung, Pausenbrot,...)? Wie steht es um die Hygiene des Kindes? Zeigt es Anzeichen von körperlicher Gewalt?	In der jeweiligen Institution sollten verbindliche Schwellenwerte festgelegt werden, ab wann eines dieser Anzeichen eine Kindeswohlgefährdung bedeuten könnte. Sodann sollte nach definierten Handlungsschritten vorgegangen werden.	Erzieherinnen	Zunächst Gespräch mit den Eltern Dann evtl. Handeln durch den Kindergarten selbst Dann durch eine andere Institution Und wenn das auch nicht genügt: Information des Jugendamtes

Abbildung 8: Definierte Schwellenwerte und Handlungsketten im Sozialen Frühwarnsystem¹

¹ Aus der Präsentation von: Schone, Reinhold: Prävention durch Soziale Frühwarnsysteme.

Als erste Themen bzw. Projekte sollte die oben beschriebene Definition von gemeinsamen Schwellenwerten vorangetrieben werden. Sodann wären eine Imagekampagne für das Jugendamt, oder auch Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bürger für das Thema Kinderschutz erfolgversprechende Ziele. Außerdem sollten Vertreter der örtlichen Medien zu den Treffen eingeladen werden. So könnten eine gezielte Berichterstattung über die Arbeit des Sozialen Frühwarnsystems sowie dessen Bekanntheit in der Öffentlichkeit gefördert werden.

Das Jugendamt Main-Tauber-Kreis plant, zu den Treffen alle Netzwerkteilnehmer einzuladen, diesen jedoch die Wahl der Teilnahme zu überlassen, je nachdem, ob sie an den Themen interessiert sind, oder nicht. Diese Möglichkeit würde dazu beitragen, dass in dem jeweiligen Treffen nur die Berufsgruppen und Institutionen vertreten sind, die das Thema auch wirklich interessiert. Man hätte aber wiederum das Problem der Freiwilligkeit, auf das ich später noch eingehen werde. Es müssen Treffen in regelmäßigen Intervallen stattfinden. Diese dürfen jedoch die Teilnehmer vom inhaltlichen und zeitlichen Umfang her nicht überfordern. Man sollte sich eher in kürzeren Zeiträumen treffen, z.B. vier Mal im Jahr, das einzelne Treffen dann aber auch inhaltlich und zeitlich in angemessenem Umfang gestalten.

Große Anzahl von Netzwerkteilnehmern

Auch wenn der Main-Tauber-Kreis eher ländlich geprägt ist, so gibt es doch eine große Anzahl von Personen und Institutionen, die direkt oder indirekt mit dem Thema Kinderschutz befasst sind. Wenn alle in einem Netzwerk zusammengefasst werden sollen, ist es schon rein logistisch schwierig, Örtlichkeiten zu finden, an denen man die Treffen abhalten kann, geschweige denn den Überblick zu bewahren, wer am Netzwerk teilnimmt. Bei gemeinsamen Treffen ist es schwer, zu diskutieren, sich auf eine bestimmte Vorgehensweise zu einigen. Das heißt, die Handlungsfähigkeit des Netzwerkes ist sehr eingeschränkt. Es ist nicht verwunderlich,

wenn irgendwann die Motivation der Akteure sinkt. Denn, wenn man sich nur schwer auf ein gemeinsames Vorgehen einigen kann, werden selten Vorhaben auch wirklich in die Realität umgesetzt. Als Teilnehmer eines Netzwerkes fragt man sich vermutlich irgendwann, wie erfolgversprechend das Gesamtkonzept ist, wenn man faktisch nicht viel erreicht. Um die Handlungsfähigkeit eines Netzwerkes zu gewährleisten, muss man eine Auswahl treffen. Man muss eingrenzen, wen man einlädt und wen nicht. Mein Vorschlag wäre, Arbeitskreise einzurichten, die ebenfalls regelmäßig tagen, Themenvorschläge unterbreiten und Themen vorbereiten. Man könnte in dem großen Netzwerk jeweils 2-3 Vertreter zum Beispiel der Schulen und der Polizei einsetzen. Diese Multiplikatoren müssten dann wiederum gewährleisten, dass die Erkenntnisse an ihre Kollegen in den Arbeitskreisen weitergeleitet werden. Das Jugendamt sollte hier nicht die Verantwortung aus der Hand geben und nach jedem Treffen Kontrollbögen, die von den geschulten, sowie schulenden Mitgliedern unterschrieben werden müssen, ausgeben. So könnte eine verlässliche Informationsweitergabe gewährleistet werden. Die Handlungsfähigkeit des Hauptnetzwerkes könnte man durch eine Reduzierung der beteiligten Personen steigern. Dies würde auch die Motivation an der Netzwerkarbeit erhöhen, da durch die vereinfachte Abstimmung nun zielgerichteter gearbeitet werden könnte.

Freiwilligkeit der Zusammenarbeit

Das wesentliche Problem sehe ich darin, dass die Mitarbeit in dem Netzwerk für alle Beteiligten freiwillig war. Das Jugendamt hatte keine Möglichkeit, die Netzwerkpartner in irgendeiner Art und Weise zur Zusammenarbeit zu verpflichten, sodass es allein auf deren guten Willen angewiesen war. Dieser Sachverhalt hat sich auch durch das BKiSchG nicht geändert. Die Teilnahme an den Kooperationsstrukturen ist nach wie vor freiwillig. Die einzigen Akteure, die zur Mitwirkung in den Netzwerken zum Kinderschutz verpflichtet sind, sind die Jugendämter und die Schwangerschaftsberatungsstellen. Das ist ein Problem, das vermutlich nicht zu beheben ist.

Dennoch werde ich versuchen, Handlungsvorschläge zu unterbreiten, um dieses Problem zumindest einzuschränken.

Durch die Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Auf- und Ausbau, sowie die Pflege der örtlichen Netzwerke und dadurch, dass die Verantwortung hierfür bei den Jugendämtern liegt, haben sie zumindest gegenüber den einzelnen Akteuren ein gewisses Gewicht. Institutionen, die direkt beim Landkreis angesiedelt sind, könnte man meines Erachtens bei entsprechendem politischen Willen auf Landkreisebene und durch den Landrat zur Mitarbeit in den Netzwerken anhalten, oder sogar verpflichten. Das wären zum Beispiel das Sozial- und Gesundheitsamt, die Agentur für Arbeit, teilweise die Krankenhäuser und Kindergärten, die Schulen und Berufsschulen. Das Jugendamt könnte die freien Träger der Jugendhilfe über Vereinbarungen zur Mitarbeit verpflichten. Ebenfalls über Vereinbarungen könnten Einrichtungen und Dienste, die Leistungen nach dem SGB XII erbringen, in die Verantwortung genommen werden.

Es bleibt die Frage, wie die anderen in § 3 Abs. 2 KKG genannten Stellen in die Pflicht genommen werden können. Meiner Ansicht nach braucht man für eine qualifizierte Zusammenarbeit ein gemeinsames „Dach“. Ich halte es für notwendig, alle Akteure in einer Art Bündnis zusammenzufassen. Ein Bündnis ist im Wesentlichen ein Vertrag. Er wird zwischen gleichberechtigten Partnern geschlossen. Der Abschluss eines solchen Vertrages, bzw. die Zusammenfassung aller Akteure in dieser Rechtsform würde dem Netzwerk mehr Verbindlichkeit verleihen. Dinge, wie die Anzahl der jährlichen Treffen, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, Grundsätze der Zusammenarbeit sowie über den Entscheidungsfindungsprozess und Ziele der Netzwerkarbeit könnten hierin aufgenommen werden. So würde die Zusammenarbeit, wie vom Gesetzgeber in § 3 Abs. 3 Satz 2 KKG gefordert verbindlich und schriftlich festgelegt. Den beteiligten Akteuren bleibt nach wie vor die Entscheidung, sich an dem Zusammenschluss zu beteiligen oder nicht. Aber wenn sie sich einmal zur Teilnahme entschlossen haben, regelt der Bündnisvertrag ihre Rechte und Pflichten.

Über dieses Mehr an Verbindlichkeit könnte eine qualifizierte Netzwerkarbeit gefördert werden.

Finanzierung

Für die bisherige Netzwerkarbeit sind wenig Kosten angefallen. Die Treffen fanden abwechselnd in den Räumlichkeiten der verschiedenen Institutionen statt. Die Arbeit wurde von allen Teilnehmern neben dem Tagesgeschäft erledigt. Lediglich für die Schulungen der Kindergärten, Schulen und Vereine entstanden Referentenkosten. Diese wurden vom Landratsamt Main-Tauber-Kreis übernommen. Hierfür standen noch Gelder, die aufgrund des KICK landesweit verteilt wurden, zur Verfügung.

Netzwerkarbeit bedeutet einen großen Aufwand für alle Beteiligten. Mögliche Teilnehmer müssen identifiziert, deren Kontaktdaten erfasst und laufend aktualisiert werden. Um die Teilnahme am Frühwarnsystem muss außerdem geworben werden, die einzelnen Treffen müssen vor- und nachbereitet, sowie die getroffenen Absprachen wiederum an die Teilnehmer verbreitet werden. Auch bedeutet es einen großen Aufwand, einzelne Projekte zu verwirklichen. Diese Tatsache hat der Gesetzgeber anerkannt und stellt den Kommunen für die Netzwerkarbeit ein jährliches Budget zur Verfügung. Die Förderfähigkeitsvoraussetzungen für die Netzwerke sind in Artikel 2 Abs. 3 der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Verteilung der Bundesmittel festgehalten.¹ Das Soziale Frühwarnsystem müsste mindestens die Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie relevante Akteure im Gesundheitswesen (z.B. Geburts- und Kinderkliniken, Kinderärzte und Hebammen), Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des SchKG, sowie Einrichtungen der Frühförderung einbinden. Man sollte im Main-Tauber-Kreis bereits bestehende Strukturen identifizieren und in jedem Fall in das Netzwerk einbeziehen und weiter entwickeln. Zudem muss das Jugend-

¹ Diese Verwaltungsvereinbarung findet sich in Anlage 4.

amt eine zentrale Koordinierungsstelle der Netzwerke vorhalten. Da durch den Jugendhilfeausschuss bereits eine weitere Stelle für die Organisation des Sozialen Frühwarnsystems bewilligt wurde, dürfte diese Voraussetzung ebenfalls erfüllt sein. Wie oben bereits erläutert, werden Vereinbarungen für eine verbindliche Zusammenarbeit für die Förderung obligatorisch, ebenso wie die Definition von Qualitätsstandards. Die letzte Voraussetzung für eine Förderung mit Bundesmitteln ist, dass regelmäßig Ziele und Maßnahmen zur Zielerreichung auf der Grundlage der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII festgelegt und der Zielerreichungsgrad überprüft wird. Daher sollten im Rahmen des Frühwarnsystems, wie es bereits in einigen Netzwerken der Fall ist, jährliche Zielvereinbarungen getroffen und ein jährlicher Maßnahmenplan erstellt werden. Jeweils am Ende des Jahres könnte in einem Abschlussbericht der Zielerreichungsgrad sowie die Durchführung der geplanten Maßnahmen überprüft und evaluiert werden. Wenn das Jugendamt alle Voraussetzungen erfüllen kann, erhält es Zuschüsse in Form von Sach- und Personalkosten.

5.1.3 Bewertung

Die Ergebnisse der Modellprojekte zu den Frühen Hilfen haben verdeutlicht, dass eine verbindliche Vernetzung auf lokaler Ebene zum Thema Kinderschutz durchaus erfolgversprechend und zielführend ist. Den Auf- und Ausbau von lokalen Netzwerken zu fördern ist also ein aussichtsreiches Ziel des neuen Bundeskinderschutzgesetzes. Es ist zu begrüßen, dass die Pflicht zum Aufbau von Netzwerken, sowie die Verantwortung für deren Organisation nunmehr in § 3 KKG gesetzlich festgeschrieben ist. Die Jugendämter können durch diese neue Pflichtaufgabe zusätzlichen Personalbedarf gegenüber dem Jugendhilfeausschuss und dem Kreistag besser durchsetzen. In einem entscheidenden Punkt konnte sich der Bundesrat durchsetzen. Es wurde in § 3 Abs. 3 Satz 2 KKG eine Pflicht aufgenommen, die Grundsätze für eine verbindliche Zusammenarbeit in Vereinbarungen festzulegen. Hierbei wird der Notwendigkeit einer stetigen und verlässlichen Netzwerkarbeit Rechnung getragen. Es bleibt jedoch

Aufgabe des Netzwerkes, diese Vereinbarungen laufend zu aktualisieren und zu hinterfragen. Durch das BKiSchG hat der Gesetzgeber anerkannt, dass mit der laufenden Organisation der Netzwerke Mehrarbeit verbunden ist. Daher wird der Auf- und Ausbau bzw. die Unterhaltung der Netzwerke mit Bundesmitteln gefördert. Dies ist als echter Fortschritt zu sehen und kommt der Vernetzung vor Ort direkt zugute.

Problematisch ist, dass die Teilnahme an Netzwerken nach wie vor auf freiwilliger Basis erfolgt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend konnte lediglich die Institutionen zur Mitarbeit verpflichten, für die es die Ressortzuständigkeit hat. Dies sind namentlich die Jugendämter und die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Bei allen anderen Institutionen und Berufsgruppen bleibt die Teilnahme deren gutem Willen überlassen. Hier sollten die nötigen Änderungen in anderen Gesetzen dringend vorangetrieben werden, um auch die restlichen Akteure zur Zusammenarbeit zu verpflichten. Beenden möchte ich meine Bewertung mit einem Zitat von Dr. Reinhold Schone: „Es wäre ein Paradoxon, wenn diejenigen, die isolierten und überforderten Familien helfen wollen, selbst nicht in der Lage wären, sich untereinander zu verständigen und ihre eigene Isolation und ggf. Überforderung innerhalb des Hilfesystems wirkungsvoll aufzuheben.“¹

5.2 Auf- und Ausbau Früher Hilfen

Kernelement im neuen Bundeskinderschutzgesetz ist der Auf- und Ausbau eines Systems der Frühen Hilfen. Ein grober Überblick über die Änderungen in diesem Bereich wurde bereits in Kapitel 4 gegeben. Jetzt soll gezielt auf den geförderten Einsatz von Familienhebammen eingegangen werden. Hierzu wird ein Projekt zu dieser Thematik analysiert, welches das Jugendamt Main-Tauber-Kreis seit dem Jahr 2011 durchführt.

¹ Aus der Präsentation von: Schone, Reinhold: Prävention durch Soziale Frühwarnsysteme.

5.2.1 Die Bedeutung der Familienhebammen im Kinderschutz

Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 1 KKG soll der Einsatz von Familienhebammen gefördert werden. Zunächst gilt es zu klären, inwiefern sich eine Familienhebamme von einer „normalen“ Hebamme unterscheidet. Eine Familienhebamme ist eine staatlich examinierte Hebamme mit Zusatzqualifikation. Über die Leistung einer Regelhebamme hinaus konzentriert sich ihre Arbeit auch auf das soziale Umfeld der Familie, die Beobachtung der Entwicklung des Kindes sowie den Aufbau einer Eltern-Kind-Beziehung. Sie ist besonders geschult in den Themenbereichen Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung und Kinderschutz.

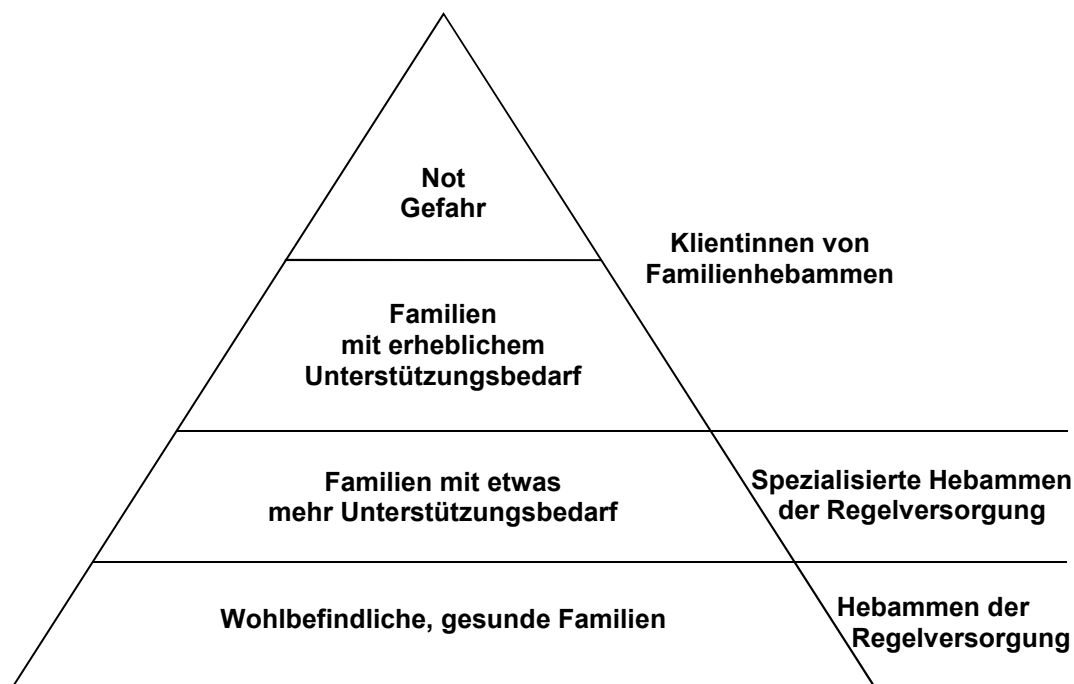


Abbildung 9: (Familien-) Hebammen und ihre Klientinnen ¹

Im Unterschied zu Hebammen der Regelversorgung richtet sich das Angebot einer Familienhebamme besonders an junge Mütter oder Familien und deren Kinder, die sich in sozialen, gesellschaftlichen oder familiären Problemlagen befinden. Dazu gehören zum Beispiel minderjährige und / oder alleinerziehende Mütter, Familien, die in sozialer Isolation leben, Fa-

¹ Vgl. Stellungnahme Staschek zur Anhörung des BKiSchG im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

milien mit Migrationshintergrund, Familien mit chronisch kranken Neugeborenen oder mit Säuglingen mit Behinderung. Auch in extremen Problemfällen, wie häuslicher Gewalt, bei Suchtproblematik bzw. psychischer Erkrankung eines oder beider Elternteile, kann eine Familienhebamme eingesetzt werden. Oftmals liegen mehrere der oben genannten Faktoren vor. Durch die mit diesen Situationen einhergehenden physischen oder psychischen Belastungen ist es für die Familien schwerer, ihrer Elternverantwortung gerecht zu werden. Das Angebot einer Regelhebamme kann diesem erhöhten Hilfebedarf oftmals nicht genügen.

Regelhebammen werden von der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem SGB V finanziert. Der Umfang der Hebammenleistungen der Regelversorgung beträgt jeweils zwei Besuchskontakte an jedem der ersten zehn Tage nach der Geburt, sowie weitere 16 Termine ab dem elften Tag bis zum Ablauf von acht Wochen. Zeiten für über die Regelleistungen hinausgehende Betreuung werden nicht vergütet. Familienhebammen hingegen können junge Mütter bis zum ersten Geburtstag des Säuglings begleiten. Dieser deutlich längere Betreuungszeitraum ermöglicht den Aufbau eines intensiven Vertrauensverhältnisses zwischen der Mutter und der Familienhebamme. Durch die Kontinuität der Betreuung wird gewährleistet, dass sich eingeübte Verhaltensweisen verstetigen. Zum Aufbau dieses Vertrauens trägt auch die Schweigepflicht der Hebammen bei. Sie dürfen bestimmte Vorgänge in der Familie nur melden, wenn eine Kindeswohlgefährdung konkret vorliegt oder zu erwarten ist.

Ein Tätigkeitsschwerpunkt der Arbeit einer Familienhebamme ist die Kooperation mit anderen Berufsgruppen und Institutionen, zum Beispiel Ärzten oder dem Jugendamt, und eine enge Vernetzung mit denselben. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass die Familie im Bedarfsfall in weiterführende Hilfen übergeleitet wird. Dafür ist ein umfassendes Wissen über Hilfeangebote vor Ort und rechtliche Rahmenbedingungen nötig. Da die Hebamme generell medizinische Leistungen der Gesundheitsfürsorge erbringt, die Familienhebamme aber auch dem Tätigkeitsfeld der Kinder-

und Jugendhilfe zuzuordnen ist, erhofft sich der Gesetzgeber eine Schlüssel-funktion der Familienhebammen bei der Vernetzung dieser beiden Bereiche.

Der Hebammenberuf ist traditionell in der Öffentlichkeit positiv gesehen. Man verbindet ihn mit Hilfe und Unterstützung und versteht den Einsatz einer Hebamme in der Regel nicht als Einmischung oder Eingriff. Gerade hier liegt das große Potenzial der Familienhebammen. Bereits während der Schwangerschaft und direkt nach der Geburt haben sie einen selbstverständlichen Zugang zu den Familien. Im Regelfall ist das Jugendamt in diese Hilfeart nicht involviert. Daher besteht bei der Inanspruchnahme eine wesentlich niedrigere Hemmschwelle als bei Hilfeangeboten des Jugendamtes.

Während des Gesetzgebungsverfahrens wurde die unklare Finanzierung der Familienhebammen lebhaft diskutiert. Ursprünglich sollte ihr Einsatz durch Mittel des Bundes für vier Jahre unterstützt werden. Danach wäre die Finanzierungsverantwortung an die Länder übergeben worden. Dies war für den Bundesrat nicht tragbar und daher einer der Gründe, warum dem BKiSchG zunächst die Zustimmung versagt wurde. Es wurde der Vermittlungsausschuss angerufen. Im letztendlich bewilligten Kompromissvorschlag wird die Finanzierung des Einsatzes von Familienhebammen durch den Bund in § 3 Abs. 4 KKG wie in Kapitel 5.1.1 bereits beschrieben langfristig sichergestellt. Aktuell wird der Einsatz von Familienhebammen in den Kommunen durch verschiedene Mittel ermöglicht. Die Regelleistungen werden durch die gesetzliche Krankenversicherung übernommen; hinzu kommen teilweise Projektmittel der Länder oder auch der Kommunen für den Ausbau der Frühen Hilfen, sowie Gelder der Jugendhilfe.

5.2.2 Das Familienhebammenprojekt des Main-Tauber-Kreises

Da durch das Jugendamt Main-Tauber-Kreis seit dem Jahr 2011 Familienhebammen im Einsatz sind, gehe ich nun darauf ein, wie dieses Hilfeangebot in der Praxis realisiert wurde, und welche Probleme aufgetreten sind.

5.2.2.1 Ausgangslage

Im Dezember 2010 schlossen drei freiberufliche Hebammen im Main-Tauber-Kreis die Zusatzausbildung zur Familienhebamme erfolgreich ab. Bereits am 23.09.2010 fand daher ein Gespräch zwischen Vertretern des Jugendamtes und den drei Hebammen statt, in dem über mögliche Formen der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Familienhebammen diskutiert wurde. Man konnte sich über gewisse Grundsätze zumindest insoweit einigen, dass im Frühjahr 2011 die erste Familienhebamme eingesetzt werden konnte.

Man verständigte sich auf folgende Finanzierung: Diejenigen Leistungen, die auch von einer Regelhebamme erbracht werden, wurden von den Hebammen mit den jeweiligen Krankenkassen abgerechnet. Die Hilfe, die darüber hinaus geleistet wurde, bezahlten die Krankenkassen nicht. Diese Kosten wurden beim Jugendamt in Rechnung gestellt und von diesem übernommen. Zuwendungen hierfür erhielt der Landkreis aus einem Förderprogramm des Ministeriums für Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg zur Förderung der Tätigkeit von Familienhebammen und Familienkinderkrankenschwestern in den Frühen Hilfen. Das Landesprogramm läuft bereits seit 2009 und noch bis 2014. Voraussetzung für die Förderung des Einsatzes von Familienhebammen ist, dass diese in ein Konzept des örtlichen Trägers der Jugendhilfe eingebunden sind. Daher musste der Einsatz der Familienhebammen über das Jugendamt koordiniert werden. Die Höhe der Zuwendung beträgt 40 € pro Einsatzstunde der Familienhebamme, nicht nur für die Arbeit unmittelbar in der Familie,

sondern auch für die Teilnahme an Runden Tischen, oder Fallbesprechungen. Das jährliche Fördervolumen wurde unter Einbeziehung der Geburtenzahlen im Main-Tauber-Kreis ermittelt. Zwischen den Jahren 2010 und 2012 erhielt der Main-Tauber-Kreis jeweils eine Zuwendung für den Einsatz von Familienhebammen von jährlich insgesamt ca. 2.000,00 €. Mit dem Geld aus dem Landesprogramm konnte der Einsatz der Familienhebammen in insgesamt vier Fällen ermöglicht werden. Aktuell sind die Landesmittel für das Jahr 2012 bereits aufgebraucht. Da der Landkreis keine eigenen Gelder für den Einsatz der Familienhebammen zur Verfügung gestellt hat, wurde die einzige, momentan noch laufende Hilfe in Form des Familienhebbammeneinsatzes beendet. Das Jugendamt Main-Tauber-Kreis wartet nun auf die Mittel aus der Bundesinitiative Familienhebammen. Bis auf Weiteres ist daher aktuell kein Einsatz der Familienhebammen geplant und möglich.

5.2.2.2 Neue Anforderungen durch das BKiSchG

Durch das neue Bundeskinderschutzgesetz sollen Familienhebammen zur Bestärkung der lokalen Netzwerke flächendeckend eingesetzt werden. Durch die Formulierung als Soll-Vorschrift, sind Ausnahmen zwar möglich, es sollte jedoch der Leitsatz gelten: „Sollen“ heißt „Müssen“, wenn man „kann“. Daher sollte es Ziel sein, die Leistungen der Familienhebammen ab dem 01.01.2012 standardmäßig im Main-Tauber-Kreis anzubieten.

Nach Einschätzung der Familienhebammen gibt es einen sehr großen Bedarf an dieser Hilfeart.¹ Sie führen aus, dass sie momentan Problemfälle mit persönlichem Engagement abdecken, welches ihnen aber nicht bezahlt wird. Die zuständigen Sozialpädagogen sowie der Amtsleiter des Jugendamtes taten sich schwer darin, den aktuellen Bedarf im Main-Tauber-Kreis einzuschätzen. Die Bedarfssituation abschließend zu beurteilen, ist schwierig. Die Hebammen erreichen eine Vielzahl von Familien und erhalten während ihrer Arbeit als Regelhebamme dort einen Einblick

¹ Dies ging aus den Telefonaten mit den drei Familienhebammen hervor.

in die besonderen Lebenslagen und die familiäre Situation. Bereits während ihrer Arbeit als Regelhebammen können sie im Einzelfall einschätzen, welche Familien aufgrund von bestehenden Problemen einen erhöhten Hilfebedarf haben. Um das Vertrauensverhältnis zwischen der Hebamme und der Mutter nicht zu zerstören, erfährt das Jugendamt allerdings nur von den Fällen, in denen eine Kindeswohlgefährdung konkret vorliegt. So mag zu erklären sein, warum die Hebammen einen erhöhten Bedarf an Familienhebammen sehen, wohingegen dem Jugendamt nur wenige konkrete Fälle bekannt sind. Hinzu kommt, dass die Einschätzung, ob ein Familienhebbammeneinsatz im konkreten Fall geeignet und notwendig ist, zwischen Jugendamt und Hebamme differieren kann.

Das Hilfeangebot der Familienhebammen hat, wie oben bereits erläutert, großes Potenzial. Vor allem aufgrund der vorhandenen Dunkelziffer kindeswohlgefährdender Situationen, sollte es im Einzelfall jedoch möglich sein, den Einsatz einer Familienhebamme zeitnah und weitestgehend unkompliziert durchzuführen. Daher ist es auch aufgrund des Bundeskinderschutzgesetzes und der darin geregelten Förderung von Familienhebammen im Rahmen der Frühen Hilfen angezeigt, ein Konzept zu erarbeiten, in dem der Einsatz von Familienhebammen und deren Zusammenarbeit mit dem Jugendamt geregelt wird.

5.2.2.3 Handlungskonzept

Ein konkretes Handlungskonzept für den Main-Tauber-Kreis sollte im Modellversuch bereits gut funktionierende Abläufe und Regelungen als Anknüpfungspunkt für die Zukunft nehmen und auf dieser Basis notwendige Handlungsschritte definieren. Die Erkenntnisse dieser Auswertung sind aufgrund der kleinen Fallzahl zwar nicht repräsentativ, zeigen aber dennoch mögliche Potenziale und Probleme auf. Beginnen wir zunächst mit den positiven Effekten, die der Einsatz der Familienhebammen bisher hatte. Besonders positiv wurde sowohl von den Sozialpädagogen des Jugendamtes als auch von den Familienhebammen das Hilfeangebot selbst

mit sämtlichen oben aufgezählten Vorteilen bewertet. Die Mitarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes begrüßen dieses Angebot einstimmig und würden im Bedarfsfall jederzeit und gerne wieder darauf zurückgreifen können. Auch die Zusammenarbeit zwischen dem Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes und den Familienhebammen wurde in den Einzelfällen als sehr gut beschrieben. Es gibt in dieser Hinsicht natürlich noch Optimierungspotenzial, da bei insgesamt vier Fällen noch keine Vorgehensweisen verfestigt wurden. Allerdings ist der Austausch zwischen den beteiligten Personen in den vier Fällen wohl gut gelungen. Es gab regelmäßige Helferkonferenzen und zudem telefonischen Kontakt zwischen dem Jugendamt und den Familienhebammen.

Wo siede ich die Familienhebammen an?

Zunächst sollte geklärt werden, bei welcher Institution die Familienhebammen angesiedelt werden können. Die Familienhebammen direkt beim Jugendamt anzusiedeln, halte ich für wenig erfolgversprechend. Der selbstverständliche Zugang zu den Familien würde so aufgehoben und die Hemmschwelle zur Beantragung dieser Hilfe wieder erhöht. Es wäre jedoch denkbar, das Hilfeangebot der Familienhebammen über das Gesundheitsamt anzubieten, da die Leistungen des Gesundheitsamtes, vor allem in Bezug auf Vorsorge, bei der Bevölkerung allgemein anerkannt und genutzt werden. Genauso wäre es möglich, die Hilfe über freie Träger der Jugendhilfe durchzuführen. Die Hilfe könnte dann direkt beim Gesundheitsamt oder den freien Trägern beantragt werden. Die Hebammen könnten fest angestellt werden, oder weiterhin freiberufliche arbeiten. In letzterem Fall würden sie im Auftrag des öffentlichen Gesundheitsdienstes, des freien Trägers oder des Jugendamtes eine Honorartätigkeit ausüben und ihre Leistungen jeweils bei der zuständigen Institution in Rechnung stellen. Wären die Hebammen fest angestellt, erhielten sie ihr monatliches Gehalt vom Gesundheitsamt oder von dem freien Träger. In beiden Fällen könnte das Jugendamt ein jährliches Budget für die Finanzierung der Einsätze der Familienhebammen zur Verfügung stellen. Die

Schwelle, die Mütter oder Familien übertreten müssen, bevor sie sich an das Jugendamt wenden, würde somit niedriger, oder sogar ganz vermieden.

Ausgestaltung der Zusammenarbeit

In der Vergangenheit fand nach dem ersten Gespräch, außer in konkreten Einzelfällen, kein Austausch mehr zwischen den Familienhebammen und dem Jugendamt statt. Die Familienhebammen sind über die aktuelle, insbesondere finanzielle Situation nicht informiert worden, haben sich aber auch nie direkt beim Jugendamt nach dem derzeitigen Sachstand erkundigt. Daher sollte es zunächst ein Gespräch zwischen Vertretern des Jugendamtes und den Familienhebammen geben, in dem die momentane (finanzielle) Situation besprochen wird, bei dem Fragen geklärt und Missverständnisse ausgeräumt werden können. Es sollten außerdem Perspektiven für eine zukünftige Zusammenarbeit diskutiert und ein konkretes Konzept hierfür erarbeitet werden. Wünschenswert ist, dass man hiernach in regelmäßigen Abständen, außerhalb des Kontaktes in Besprechungen zu konkreten Einzelfällen, einen generellen Austausch über die Arbeit der Familienhebammen zwischen diesen und dem Jugendamt pflegt. Dies könnte zum Beispiel im Rahmen des Frühwarnsystems erfolgen. Unabdinglich für eine gelingende Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Familienhebamme und der Institution, bei der die Familienhebammen angesiedelt werden, ist ein Konzept. Ich schlage vor, eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Beteiligten abzuschließen, die konkrete Dinge der Zusammenarbeit in Einzelfällen, aber auch im Allgemeinen regelt. Die von Seiten der Sozialpädagogen und der Hebammen als gut empfundene Zusammenarbeit müsste im Einzelfall verstetigt und konkrete Handlungsschritte und Zuständigkeiten müssten definiert werden. Diese Grundsätze der Zusammenarbeit sollten schriftlich und somit verbindlich festgehalten werden. Die Erstellung einer solchen Vereinbarung ist auch insoweit sinnvoll, da die Einbindung der Familienhebammen in ein Konzept des örtlichen Trägers der Jugendhilfe Voraussetzung nach der Verwaltungsver-

Einbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung des Einsatzes von Familienhebammen nach dem BKiSchG ist.

Die Vereinbarung sollte Aussagen zu gemeinsamen Zielen treffen sowie dazu, in welchen Fällen der Einsatz einer Familienhebamme geeignet und notwendig ist, damit man in diesem Bereich zu vergleichbaren Bedarfseinschätzungen gelangen kann. Außerdem sollte fixiert werden, wer über die Bewilligung der Hilfe im Einzelfall entscheidet, und wie über die Hilfe entschieden wird. Zielführend wäre meiner Meinung nach ein Team, vergleichbar mit dem in § 36 SGB VIII genannten Entscheidungsteam, an dem der Hilfeträger (freier Träger oder Gesundheitsamt), der fallzuständige Sozialpädagoge des Jugendamtes sowie die jeweilige Familienhebamme beteiligt sind. In diesem Team sollte über die Notwendigkeit und Geeignetheit der Hilfe entschieden, sowie das Ergebnis der Entscheidung dokumentiert werden. Weiterhin sollte die Kooperationsvereinbarung Zuständigkeiten definieren und Regelungen zur Informationsweitergabe enthalten, die die besondere Schweigepflicht der Hebammen berücksichtigen. Auch würde ich festschreiben, dass mindestens einmal im Monat ein Treffen zwischen den Beteiligten stattfindet, in dem über den Verlauf der Hilfe gesprochen wird.

Das Jugendamt sollte in jedem Fall in den Hilfeprozess involviert bleiben. Daher ist eine Hilfeplanung aus meiner Sicht durchaus notwendig. Die Hilfeplanung dient dazu, Ziele der Hilfe zu definieren und ihren Erreichungsgrad bei den Hilfeplangesprächen genau zu dokumentieren und somit laufend zu überprüfen. Der Hilfeplan ist ein Steuerungsinstrument, das es dem Jugendamt erlaubt, nachzuvollziehen, ob eine Hilfe geeignet, ausreichend oder auch, ob sie überhaupt noch notwendig ist. Diese Vorgehensweise darf von den Familienhebammen nicht als ein in-Frage-stellen ihrer Kompetenz oder Eingriff in ihre Arbeit verstanden werden. Im Sinne einer erfolgreichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit sollte darauf hingewirkt werden, regelhaft Hilfeplanungen unter Einbeziehung aller Beteiligten zu erstellen.

Die Finanzierung

Das Hauptproblem ist die unsichere Finanzierung. Diese könnte aber durch verschiedene Gelder gesichert werden. Zum einen läuft das Förderprogramm des Sozialministeriums Baden-Württemberg noch bis zum Jahr 2014. Das heißt, für die nächsten zwei Jahre kann und sollte das Jugendamt weiterhin Landesmittel für den Einsatz der Familienhebammen beantragen. Da keine größere Veränderung in den Geburtenzahlen zu erwarten ist, kann der Landkreis hier wiederum mit ca. 2.000,00 € pro Jahr rechnen. Zum anderen sollte überlegt werden, ob der Landkreis den Einsatz von Familienhebammen mit eigenen Mitteln unterstützen kann. Diese müssten über den Jugendhilfeausschuss und den Kreistag bewilligt werden, was aber nicht kurzfristig realisierbar ist. Dennoch sollte es ein Ziel für die kommenden Jahre sein, dass auch der Landkreis zeigt, dass er ein Interesse an diesem Hilfeangebot hat und es durch eigene Gelder unterstützen möchte.

Zu diesen Mitteln kommt noch die Förderung durch die Bundesinitiative Familienhebammen und Netzwerke Frühe Hilfen. Diese wird der Landkreis zusätzlich erhalten. In der Verwaltungsvereinbarung zur Verteilung der Bundesmittel auf die Länder wird nämlich ausdrücklich festgelegt, dass Länder, die bislang keine oder wenig Aktivitäten beim Einsatz von Familienhebammen gezeigt haben, dafür nicht privilegiert werden sollen. Sie erhalten die verhältnismäßig gleiche Förderung wie Länder, die in diesem Bereich schon sehr weit fortgeschritten sind. Da am 01.07.2012 erst die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Verteilung der Gelder der Bundesinitiative auf die Länder beschlossen wurde, ist momentan nur sicher, dass das Land Baden-Württemberg im Jahr 2012 insgesamt 2.951.199 € erhält. Die Förderrichtlinien des Landes Baden-Württemberg liegen aktuell noch nicht vor. Daher bleibt die Frage, wie viel Geld das Jugendamt Main-Tauber-Kreis aus dieser Förderung erhalten wird. In einer vereinfachten Berechnung des Jugendamtes wurde die Summe der Bundesgelder ermittelt, die der Landkreis in den nächsten

Jahren erwarten kann. Zugrunde gelegt wurden hierfür die Geburtenzahlen des Landkreises im Verhältnis zu denen aus ganz Deutschland. Nach dieser vereinfachten und vorläufigen Berechnung rechnet der Landkreis mit 42.000,00 € im Jahr 2012, mit 62.000,00 € im Jahr 2013 und mit 71.000,00 € ab dem Jahr 2014. Auch wenn diese Berechnung stark simplifiziert ist, wird der Unterschied zwischen den 2.000,00 € aus dem Landesprogramm und den oben genannten Summen deutlich. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass auch mit 71.000,00 € jährlich der Bedarf eventuell noch nicht abgedeckt werden kann. Diese Summe wird aufgeteilt auf den Auf- und Ausbau der Netzwerke und auf den Einsatz von Familienhebammen. Wenn man 2/3 des Geldes für die Familienhebammen ansetzt und einen Stundenlohn von 40,00 € zugrunde legt, könnten pro Jahr 1.183,33 Einsatzstunden ermöglicht werden. Wenn man nun davon ausgeht, dass eine Familienhebamme 2 Termine in der Woche pro Familie hat, die jeweils 2 Stunden dauern, bräuchte eine Familienhebamme für nur eine Familie 208 Stunden im Jahr. Es könnten mit dieser Geldsumme also in etwa 6 Familien ein komplettes Jahr hindurch betreut werden. 6 Familien pro Jahr mit jeweils 208 Stunden würden für eine Familienhebamme eine 24-Stunden-Woche bedeuten. Mit dem Geld aus der Bundesinitiative könnte man somit nicht einmal eine Familienhebamme in Vollzeit beschäftigen.

Auch eine alternative Finanzierung wäre denkbar. So habe ich im Rahmen einer Umfrage unter benachbarten Jugendämtern herausgefunden, dass der Einsatz einer Familienhebamme teilweise als Hilfe zur Erziehung nach § 27 Abs. 2 SGB VIII finanziert wird. Da der Einsatz von Familienhebammen nach dem KKG gefördert wird, handelt es sich streng genommen nicht um eine Hilfe nach dem SGB VIII. Trotzdem wäre eine Finanzierung als Hilfe zur Erziehung nach § 27 Abs. 2 SGB VIII oder aber als eine Hilfe im Rahmen der Allgemeinen Förderung in der Familie nach § 16 SGB VIII durchaus überlegenswert.

Das Problem des Stundenlohnes

Der Stundenlohn war bereits in der Vergangenheit ein Streitpunkt. Die Empfehlungen des Deutschen Hebammenverbandes e.V. besagen, dass ein Stundenlohn von 40,00 € - 60,00 €, bzw. EG 9 eine adäquate Finanzierung der Familienhebammentätigkeit darstellt. Der bisher vom Jugendamt gezahlte Stundensatz in Höhe von 40,00 € wurde mit den Jugendämtern der umliegenden Stadt- und Landkreise der Höhe nach abgestimmt. Er ist außerdem mit dem Stundensatz eines Erziehers oder Sozialpädagogen für Fachleistungsstunden, die mit den freien Trägern vereinbart wurden, abgeglichen worden, welcher bereits unter 40,00 € liegt. Auch hat man die Höhe in Anlehnung an die vorgeschlagenen Stundenlöhne für verschiedene Berufsgruppen für Individuelle Zusatzleistungen angepasst. Die Förderrichtlinien des Landes Baden-Württemberg zur Verteilung der Bundesmittel zur Förderung des Einsatzes von Familienhebammen nach den BKiSchG sollten Empfehlungen über einen angemessenen Stundenlohn enthalten. So könnte dieser landesweit einheitlich geregelt werden.

5.2.3 Bewertung

Durch die gesetzliche Anerkennung der Frühen Hilfen wird eine gesicherte Grundlage für den präventiven Kinderschutz geschaffen. Die Hilfeform, die eine Familienhebamme anbietet, ist zwar nicht neu, aber sie hat durch ihren niedrigschwelligen Zugang und die sowohl inhaltlich als auch zeitlich umfassende Begleitung der jungen Familien ein beträchtliches Potenzial. Daher sollte ihr Einsatz flächendeckend und im Bedarfsfall regelhaft erfolgen. Allerdings bleibt festzuhalten, dass diese Hilfeart nur mit den dafür bereit gestellten Mitteln angeboten werden kann. Der Bundesgesetzgeber hat bereits ein deutliches Zeichen gesetzt, indem er den Ländern Bundesmittel hierfür zur Verfügung stellt. Die Verteilung derselben sollte nun zügig vorangetrieben werden, um die Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes nicht weiter zu verzögern. Da auch die Hilfe einer Familienhebamme zeitlich begrenzt ist, muss gewährleistet werden, dass die

Familie nach dem ersten Geburtstag des Kindes nicht allein gelassen wird, sondern dass im Bedarfsfall eine erfolgreiche Überleitung in weiterführende Hilfeangebote stattfindet. Problematisch ist, dass die Familienhebammen gegenüber anderen Berufsgruppen kein hierarchisches Gewicht haben. Es bleibt dem guten Willen der Kooperationspartner überlassen, mit den Familienhebammen zusammen zu arbeiten. Außerdem sollte man nicht allein auf die Familienhebammen setzen. Das Gesetz macht ausdrücklich deutlich, dass der Einsatz von Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen, wenn sie vergleichbar qualifiziert sind, ebenfalls über die Bundesinitiative unterstützt werden soll. Wenn die nunmehr bewilligten Bundesmittel in den einzelnen Stadt- und Landkreisen ankommen, muss das Angebot der Familienhebamme beworben werden. Das Wissen um dieses Angebot muss in die Bevölkerung transportiert werden. Denn wenn der Bürger nichts von dem Angebot der Familienhebammen weiß, kann er deren Hilfe auch nicht in Anspruch nehmen.

Eine andere oder auch zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit der Familienhebammen wäre die Ausweitung der Hebammenleistungen, die von der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem SGB V übernommen werden. Ein generelles Problem ist hierbei, dass sich das Bundesgesundheitsministerium nicht an den Beratungen und Verhandlungen zum BKiSchG und somit auch nicht an der Finanzierung der einzelnen Änderungen, insbesondere der Frühen Hilfen beteiligt hat. Der Haushalt der Kinder- und Jugendhilfe ist daher stellvertretend für die eigentlich originären Leistungen der Gesundheitshilfe eingesprungen. Dies ist langfristig nicht tragbar. Daher sollte es ein Ziel der Politik und des Gesetzgebers sein, eine Regelfinanzierung dieser Leistungen über das Gesundheitssystem zu erreichen. Denn mit der Fondslösung, die durch den Vermittlungsausschuss initiiert wurde, bewegt sich der Bund an der Grenze des verfassungsrechtlich Möglichen.¹

¹ Siehe hierzu ausführlich: Meysen/Eschelbach: Das neue Bundeskinderschutzgesetz, S. 81 f.

6. Fazit

Durch das Bundeskinderschutzgesetz wurde eine Vielzahl von Änderungen gesetzlich verankert, die den Kinderschutz in Deutschland verbessern sollen. Hier sind teilweise sehr gute Ansätze vorhanden. Hervor zu heben ist insbesondere der Bereich der Frühen Hilfen. Hier wurden gerade auch durch die Förderung des Einsatzes von Familienhebammen und die Anerkennung der Bedeutung der Netzwerkarbeit Bedingungen geschaffen, die geeignet sind, eine nachhaltige Verbesserung des Kinderschutzes zu erreichen.

Es bleibt jedoch festzuhalten, dass es lediglich in der Hand des Gesetzgebers liegt, diese Änderungen anzustoßen. Die konkrete Umsetzung derselben und die damit gegebenenfalls einhergehenden Verbesserungen im Kinderschutz müssen in der Praxis vor Ort geschehen. Da sich das Aufgabenspektrum der Jugendämter in vielerlei Hinsicht erweitert hat, werden hierfür auch mehr finanzielle und personelle Ressourcen benötigt. Wenn diese Ressourcen vor Ort nicht vorhanden sind, hat die einzelne Kommune bzw. der einzelne Landkreis wenig Chancen, die Änderungen umzusetzen und so den Kinderschutz zu optimieren. Eben dies war, wie oben bereits erläutert, zum Beispiel auch beim Familienhebammeneinsatz im Main-Tauber-Kreis der Fall. Da die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland aktuell stark belastet sind, wird es vielen Kommunen schwer fallen, die Neuerungen zu realisieren. Ohne ausreichende finanzielle Ausstattung der Jugendhilfeträger vor Ort, bedeuten die gesetzlichen Änderungen und Neuerungen lediglich auf dem Papier eine Verbesserung des Kinderschutzes. Um es mit den Worten von Dr. Thomas Meysen zu sagen: „Wenn wir einen besseren Kinderschutz in Deutschland wollen, müssen wir auch bereit sein, ihn zu bezahlen.“¹ Der Bundesgesetzgeber hat allerdings ein deutliches Zeichen gesetzt, indem er den

¹ Vgl. Meysen, Thomas, Stellungnahme zur Anhörung des BKiSchG im FSFJ-Ausschuss.

Aus- und Aufbau Früher Hilfen im Bereich der Netzwerkarbeit und der Familienhebammen nunmehr langfristig fördert.

Für dringend erforderlich halte ich eine bessere Verknüpfung des SGB VIII mit den anderen Sozialgesetzbüchern, insbesondere dem SGB V, da Kinderschutz nicht nur eine Aufgabe der Jugendhilfe ist. Genutzt werden sollte die Verpflichtung in Artikel 4 BKiSchG, die Wirkungen des Gesetzes bis zum Jahr 2015 zu evaluieren. So könnte die Wirksamkeit der gesetzlich angestoßenen Neuerungen in der Praxis vor Ort überprüft und bewertet werden. Gegebenenfalls noch bestehende Regelungslücken könnten identifiziert und geschlossen, aufgetretene Probleme behoben und auf positiven Entwicklungen könnte aufgebaut werden. So könnte man die Verbesserungen im Bereich des Kinderschutzes kontinuierlich vorantreiben.

Literaturverzeichnis

- **Balloff, Rainer:** Kinderrechte bei Mediation, Beratung des Kindes, Erziehungsberatung und Familientherapie, in: FPR, 2012,216
- **Bund Deutscher Hebammen e.V.:** Die Familienhebamme, Oktober 2004
- **Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter:** Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zum Bundeskinderschutzgesetz des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 26.09.2011, Ausschuss-Drucksache 17(13)116f
- **Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., AFET:** Kinderrechte in die Verfassung, Stellungnahme vom 15.06.2007; Homepage des AFET, Veröffentlichungen, Stellungnahmen, [Aufruf am 24.05.2012]
http://www.afet-ev.de/veroeffentlichungen/Stellungnahmen/10.Stellungn-Kinderrechte_15-06.pdf
- **Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., AFET:** Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Bundeskinderschutzgesetz“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 26.09.2011, Ausschuss-Drucksache 17(13)116k
- **Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände:** Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Bundeskinderschutzgesetz“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 26.09.2011, Ausschuss-Drucksache 17(13)116c
- **Deutscher Hebammenverband e.V.:** 5-Punkte-Papier zum Thema Familienhebamme, Juli 2009
- **Deutscher Hebammenverband e.V.:** Homepage, Aktuelles, <http://www.hebammenverband.de> [Aufruf am 04.06.2012]
- **Deutscher Hebammenverband e.V.:** Positionspapier zur Abgrenzung der Begriffe Familienhebamme und Familiengesundheitshebamme, Februar 2011

- **Deutscher Hebammenverband e.V.:** Stellungnahme zur Abgrenzung der Tätigkeitsfelder der Hebamme, Familienhebamme und der Sozialpädagogischen Familienhilfe, November 2011
- **Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.:** Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Bundeskinderschutzgesetz“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 26.09.2011
- **Deutsches Rotes Kreuz (DRK):** Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zum Bundeskinderschutzgesetz des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 26.09.2011, Ausschuss-Drucksache 17(13)116i
- **Diakonie Rheinland Westfalen Lippe:** Rundschreiben „Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen“ an die Träger und Leitungen von Einrichtungen und Diensten in der Diakonie RWL und des Ev. Fachverbandes für Erzieherische Hilfen RWL, vom 17.01.2012
- **DIJUF:** Synopse zum Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen, BGBl I 2011, 2975
- **Familienhebamme.de:** Homepage, Wir über uns, <http://familienhebamme.de> [Aufruf am 04.06.2012]
- **Fegert, Jörg:** Stellungnahme zum Bundeskinderschutzgesetz vom 19.09.2011
- **Hebammenverband Baden-Württemberg:** Familienhebamme, <http://www.hebammen-bw.de> [Aufruf am 04.06.2012]
- **Heilmann, Stefan:** Wann muss das Jugendamt eingreifen? Eine Behörde zwischen Elternrecht und Kindeswohl, Homepage Landesjugendamt Bayern, Textoffice, Fachbeiträge, Mitteilungsblatt 01/2002 [<http://www.blja.bayern.de> [Aufruf am 24.05.2012],

- **Homepage der Bundesregierung:** Nachrichten, Artikel vom 27.10.2011 „Meilenstein für Kinderschutz in Deutschland“ und 03.01.2012 „Neues Kinderschutzgesetz eingeführt“
<http://www.bundesregierung.de> [Aufruf am 26.04.2012]
- **Kunkel, Peter-Christian:** Der Schutzauftrag der Jugendhilfe nach § 8 a SGB VIII (aktualisierte Version mit Stand vom 01.11.2010), Schutzauftrag Teil 2, 2010, gefunden über die Homepage „Verwaltung Modern“ der Hochschulen Kehl und Ludwigsburg, (www.verwaltungmodern.de), Archiv des Autors Prof. Peter-Christian Kunkel, Hochschule für Öffentliche Verwaltung Kehl, [Aufruf am 11.06.2012]
- **Kurz-Adam, Maria:** Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Bundeskinderschutzgesetz“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 26.09.2011, Ausschuss-Drucksache 17(13)116h
- **Meysen, Thomas / Eschelbach, Diana:** Das neue Bundeskinderschutzgesetz, 1. Auflage, 2012
- **Meysen, Thomas:** Zur Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 26.09.2011 zum Gesetzentwurf BKiSchG, Ausschuss-Drucksache: 17(13)116I
- **Nationales Zentrum Frühe Hilfen:** Homepage, www.nzfh.de, mehrmals aufgerufen zu verschiedenen Themen
- **Salgo, Ludwig:** Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen
- **Schone, Reinhold:** Prävention durch Soziale Frühwarnsysteme, Präsentation im Rahmen der Fachtagung „Kinderschutz“ der FH Münster am 14.11.2006, Quelle: Unterlagen des Jugendamtes Main-Tauber-Kreis

- **Staschek, Barbara:** Familienhebammen – Auf den Anfang kommt es an! Sachverständigenanhörung zum BKiSchG im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 26.09.2011, Ausschuss-Drucksache 17(13)116a
- **Thyen, Ute:** Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Bundeskinderschutzgesetz“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 26.09.2011, Ausschuss-Drucksache 17(13)116e
- **Uhle:** Beck-Online Kommentar zu Artikel 6 Abs. 2 Grundgesetz, in: Eppling / Hillgruber (Hrsg): Beck'scher Online-Kommentar GG, Ed. 14 - April 2012, Rn 44 – 60 <http://beck-online.beck.de> [Aufruf am 24.05.2012]
- **Wiesner, Reinhard:** Das Bundeskinderschutzgesetz – Vortragsreihe des Amtes für Jugend und Familie Landkreis Würzburg in Kooperation mit den koordinierenden Kinderschutzstellen (koki) aus der Stadt Würzburg und dem Landkreis Würzburg, 26.04.2012
- **Wiesner, Reinhard:** Homepage www.sgb-wiesner.de , „Aktuelle Informationen“ [Aufruf am 07.05.2012]
- **Wiesner, Reinhard:** Kommentierung der Normen des SGB VIII, die durch Art. 2 des BKiSchG geändert oder neu eingefügt wurden, 2012
- **Wiesner, Reinhard:** Nachtragskommentierung zum Bundeskinderschutzgesetz, bestehend aus einer Einführung zum BKiSchG sowie einer Kommentierung des neuen KKG, 2012
- **Wiesner, Reinhard:** Was sagt die Verfassung zum Kinderschutz? in Kindler/Lillig/Blüml/Meysen/Werner (Hg.): Handbuch zur Kindeswohlgefährdung nach § 1666 und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), München, Verlag Deutsches Jugendinstitut, 2006
- **Wikipedia, die freie Enzyklopädie:** Konkurrierende Gesetzgebung-
<http://de.wikipedia.org> [Aufruf am 04.06.2012]

Erklärung

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit „Das neue Bundeskinderschutzgesetz – Herausforderung für die Kommunale Praxis“ selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe.

Datum

Unterschrift

Anlagen

Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG)

Vom 22. Dezember 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

Artikel 1	Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)
Artikel 2	Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch
Artikel 3	Änderungen anderer Gesetze
Artikel 4	Evaluation
Artikel 5	Neufassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch
Artikel 6	Inkrafttreten

Artikel 1

Gesetz

zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)

§ 1

Kinderschutz und staatliche Mitverantwortung

(1) Ziel des Gesetzes ist es, das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu schützen und ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung zu fördern.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder und Jugendlichen sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft ist es, soweit erforderlich, Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsrechts und ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen, damit

1. sie im Einzelfall dieser Verantwortung besser gerecht werden können,
2. im Einzelfall Risiken für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkannt werden und
3. im Einzelfall eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen vermieden oder, falls dies im Einzelfall nicht mehr möglich ist, eine weitere Gefährdung oder Schädigung abgewendet werden kann.

(4) Zu diesem Zweck umfasst die Unterstützung der Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsrechts und ihrer Erziehungsverantwortung durch die staatliche Gemeinschaft insbesondere auch Information, Beratung und Hilfe. Kern ist die Vorhaltung eines möglichst frühzeitigen, koordinierten und multiprofessionellen Angebots im Hinblick auf die Entwicklung von Kindern vor allem in den ersten Lebensjahren für Mütter und Väter sowie schwangere Frauen und werdende Väter (Frühe Hilfen).

§ 2

Information der Eltern über Unterstützungsangebote in Fragen der Kindesentwicklung

(1) Eltern sowie werdende Mütter und Väter sollen über Leistungsangebote im örtlichen Einzugsbereich zur Beratung und Hilfe in Fragen der Schwangerschaft, Geburt und der Entwicklung des Kindes in den ersten Lebensjahren informiert werden.

(2) Zu diesem Zweck sind die nach Landesrecht für die Information der Eltern nach Absatz 1 zuständigen Stellen befugt, den Eltern ein persönliches Gespräch anzubieten. Dieses kann auf Wunsch der Eltern in ihrer Wohnung stattfinden. Sofern Landesrecht keine andere Regelung trifft, bezieht sich die in Satz 1 geregelte Befugnis auf die örtlichen Träger der Jugendhilfe.

§ 3

Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz

(1) In den Ländern werden insbesondere im Bereich Früher Hilfen flächendeckend verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit der zuständigen Leistungsträger und Institutionen im Kinderschutz mit dem Ziel aufgebaut und weiterentwickelt, sich gegenseitig über das jeweilige Angebots- und Aufgabenspektrum zu informieren, strukturelle Fragen der Angebotsgestaltung und -entwicklung zu klären sowie Verfahren im Kinderschutz aufeinander abzustimmen.

(2) In das Netzwerk sollen insbesondere Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Einrichtungen und Dienste, mit denen Verträge nach § 75 Absatz 3 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch bestehen, Gesundheitsämter, Sozialämter, Gemeinsame Servicestellen, Schulen, Polizei- und Ordnungsbehörden, Agenturen für Arbeit, Krankenhäuser, Sozialpädiatrische Zentren, Frühförderstellen, Beratungsstellen für soziale Problemlagen, Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, Einrichtungen und Dienste zur Müttergenesung sowie zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, Familienbildungsstätten, Familiengerichte und Angehörige der Heilberufe einbezogen werden.

(3) Sofern Landesrecht keine andere Regelung trifft, soll die verbindliche Zusammenarbeit im Kinderschutz als Netzwerk durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe organisiert werden. Die Beteiligten sollen die Grundsätze für eine verbindliche Zusammenarbeit in Vereinbarungen festlegen. Auf vorhandene Strukturen soll zurückgegriffen werden.

(4) Dieses Netzwerk soll zur Beförderung Früher Hilfen durch den Einsatz von Familienhebammen gestärkt

werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt den Aus- und Aufbau der Netzwerke Frühe Hilfen und des Einsatzes von Familienhebammen auch unter Einbeziehung ehrenamtlicher Strukturen durch eine zeitlich auf vier Jahre befristete Bundesinitiative, die im Jahr 2012 mit 30 Millionen Euro, im Jahr 2013 mit 45 Millionen Euro und in den Jahren 2014 und 2015 mit 51 Millionen Euro ausgestattet wird. Nach Ablauf dieser Befristung wird der Bund einen Fonds zur Sicherstellung der Netzwerke Frühe Hilfen und der psychosozialen Unterstützung von Familien einrichten, für den er jährlich 51 Millionen Euro zur Verfügung stellen wird. Die Ausgestaltung der Bundesinitiative und des Fonds wird in Verwaltungsvereinbarungen geregelt, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen mit den Ländern schließt.

§ 4

Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung

(1) Werden

1. Ärztinnen oder Ärzten, Hebammen oder Entbindungspflegern oder Angehörigen eines anderen Heilberufes, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,
2. Berufspsychologinnen oder -psychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung,
3. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberaterinnen oder -beratern sowie
4. Beraterinnen oder Beratern für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist,
5. Mitgliedern oder Beauftragten einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes,
6. staatlich anerkannten Sozialarbeiterinnen oder -arbeitern oder staatlich anerkannten Sozialpädagoginnen oder -pädagogen oder
7. Lehrerinnen oder Lehrern an öffentlichen und an staatlich anerkannten privaten Schulen

in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sollen sie mit dem Kind oder Jugendlichen und den Personensorgeberechtigten die Situation erörtern und, soweit erforderlich, bei den Personensorgeberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.

(2) Die Personen nach Absatz 1 haben zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft. Sie sind zu diesem Zweck befugt, dieser Person die dafür erforderlichen Daten zu übermitteln; vor einer Übermittlung der Daten sind diese zu pseudonymisieren.

(3) Scheidet eine Abwendung der Gefährdung nach Absatz 1 aus oder ist ein Vorgehen nach Absatz 1 erfolglos und halten die in Absatz 1 genannten Personen ein Tätigwerden des Jugendamtes für erforderlich, um eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen abzuwenden, so sind sie befugt, das Jugendamt zu informieren; hierauf sind die Betroffenen vorab hinzuweisen, es sei denn, dass damit der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen in Frage gestellt wird. Zu diesem Zweck sind die Personen nach Satz 1 befugt, dem Jugendamt die erforderlichen Daten mitzuteilen.

Artikel 2

Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 2011 (BGBl. I S. 1306) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Nach der Angabe zu § 8a wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 8b Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen“.

- b) Die Angabe zum Fünften Abschnitt wird wie folgt gefasst:

„Fünfter Abschnitt

Beurkundung, vollstreckbare Urkunden“.

- c) Die Angabe zu § 59 wird wie folgt gefasst:

„§ 59 Beurkundung“.

- d) Die Angabe zu § 72a wird wie folgt gefasst:

„§ 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen“.

- e) Nach der Angabe zu § 79 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 79a Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe“.

- f) Die Angabe zu § 81 wird wie folgt gefasst:

„§ 81 Strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen“.

- g) Die Angabe zu § 86c wird wie folgt gefasst:

„§ 86c Fortdauernde Leistungsverpflichtung und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel“.

2. In § 2 Absatz 3 Nummer 12 werden die Wörter „und Beglaubigung“ gestrichen.

3. § 8 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten, wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist und solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. § 36 des Ersten Buches bleibt unberührt.“

4. § 8a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „abzuschätzen“ durch das Wort „einzuschätzen“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist, sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen.“

cc) In Satz 3 werden die Wörter „den Personensberechtigten oder“ gestrichen.

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:

„(4) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass

1. deren Fachkräfte bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung eines von ihnen betreuten Kindes oder Jugendlichen eine Gefährdungseinschätzung vornehmen,
2. bei der Gefährdungseinschätzung eine insoweit erfahrene Fachkraft beratend hinzugezogen wird sowie
3. die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche in die Gefährdungseinschätzung einbezogen werden, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.

In die Vereinbarung ist neben den Kriterien für die Qualifikation der beratend hinzuzuziehenden insoweit erfahrene Fachkraft insbesondere die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte der Träger bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die Gefährdung nicht anders abgewendet werden kann.“

c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und in Satz 1 werden die Wörter „die Personensberechtigten oder“ gestrichen

d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und in Satz 1 werden die Wörter „die Personensberechtigten oder“ gestrichen.

e) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Werden einem örtlichen Träger gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sind dem für die Gewährung von Leistungen zuständigen örtlichen Träger die Daten mitzuteilen, deren Kenntnis zur Wahrnehmung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a erforderlich ist. Die Mitteilung soll im

Rahmen eines Gespräches zwischen den Fachkräften der beiden örtlichen Träger erfolgen, an dem die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche beteiligt werden sollen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.“

5. Nach § 8a wird folgender § 8b eingefügt:

„§ 8b

Fachliche Beratung und Begleitung
zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

(1) Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern oder Jugendlichen stehen, haben bei der Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung im Einzelfall gegenüber dem örtlichen Träger der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft.

(2) Träger von Einrichtungen, in denen sich Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages aufhalten oder in denen sie Unterkunft erhalten, und die zuständigen Leistungsträger, haben gegenüber dem überörtlichen Träger der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung bei der Entwicklung und Anwendung fachlicher Handlungsleitlinien

1. zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Gewalt sowie
2. zu Verfahren der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an strukturellen Entscheidungen in der Einrichtung sowie zu Beschwerdeverfahren in persönlichen Angelegenheiten.“

6. In § 10 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§§ 14 bis 16“ durch die Wörter „den §§ 14 bis 16g“ ersetzt.

7. § 16 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Müttern und Vätern sowie schwangeren Frauen und werdenden Vätern sollen Beratung und Hilfe in Fragen der Partnerschaft und des Aufbaus elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen angeboten werden.“

b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.

8. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Im Fall der Trennung und Scheidung sind Eltern unter angemessener Beteiligung des betroffenen Kindes oder Jugendlichen bei der Entwicklung eines einvernehmlichen Konzepts für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge und der elterlichen Verantwortung zu unterstützen; dieses Konzept kann auch als Grundlage für einen Vergleich oder eine gerichtliche Entscheidung im familiengerichtlichen Verfahren dienen.“

b) In Absatz 3 werden die Wörter „(§ 622 Absatz 2 Satz 1 der Zivilprozessordnung)“ gestrichen und das Wort „Parteien“ durch die Wörter „beteiligte Eheleute und Kinder“ ersetzt.

9. § 37 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Pflegeperson hat vor der Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Anspruch auf Beratung und Unterstützung; dies gilt auch in den Fällen, in denen für das Kind oder den Jugendlichen weder Hilfe zur Erziehung noch Eingliederungshilfe gewährt wird oder die Pflegeperson nicht der Erlaubnis zur Vollzeitpflege nach § 44 bedarf. Lebt das Kind oder der Jugendliche bei einer Pflegeperson außerhalb des Bereichs des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, so sind ortsnahe Beratung und Unterstützung sicherzustellen. Der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die aufgewendeten Kosten einschließlich der Verwaltungskosten auch in den Fällen zu erstatten, in denen die Beratung und Unterstützung im Wege der Amtshilfe geleistet wird. § 23 Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend.“

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Die Art und Weise der Zusammenarbeit sowie die damit im Einzelfall verbundenen Ziele sind im Hilfeplan zu dokumentieren. Bei Hilfen nach den §§ 33, 35a Absatz 2 Nummer 3 und § 41 zählen dazu auch der vereinbarte Umfang der Beratung der Pflegeperson sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen. Eine Abweichung von den dort getroffenen Feststellungen ist nur bei einer Änderung des Hilfebedarfs und entsprechender Änderung des Hilfeplans zulässig.“

10. In § 42 Absatz 2 Satz 3 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „; § 39 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.“ ersetzt.

11. Dem § 43 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„§ 72a Absatz 1 und 5 gilt entsprechend.“

12. Dem § 44 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„§ 72a Absatz 1 und 5 gilt entsprechend.“

13. § 45 wird wie folgt gefasst:

„§ 45

Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung

(1) Der Träger einer Einrichtung, in der Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten, bedarf für den Betrieb der Einrichtung der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer

1. eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Jugendbildungseinrichtung, eine Jugendherberge oder ein Schullandheim betreibt,
2. ein Schülerheim betreibt, das landesgesetzlich der Schulaufsicht untersteht,
3. eine Einrichtung betreibt, die außerhalb der Jugendhilfe liegende Aufgaben für Kinder oder Jugendliche wahrnimmt, wenn für sie eine entsprechende gesetzliche Aufsicht besteht oder im Rahmen des Hotel- und Gaststättengewerbes der Aufnahme von Kindern oder Jugendlichen dient.

(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn

1. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind,
2. die gesellschaftliche und sprachliche Integration in der Einrichtung unterstützt wird sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie
3. zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten Anwendung finden.

(3) Zur Prüfung der Voraussetzungen hat der Träger der Einrichtung mit dem Antrag

1. die Konzeption der Einrichtung vorzulegen, die auch Auskunft über Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung gibt, sowie
2. im Hinblick auf die Eignung des Personals nachzuweisen, dass die Vorlage und Prüfung von aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen sowie von Führungszeugnissen nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes sichergestellt sind; Führungszeugnisse sind von dem Träger der Einrichtung in regelmäßigen Abständen erneut anzufordern und zu prüfen.

(4) Die Erlaubnis kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. Zur Sicherung des Wohls der Kinder und der Jugendlichen können auch nachträgliche Auflagen erteilt werden.

(5) Besteht für eine erlaubnispflichtige Einrichtung eine Aufsicht nach anderen Rechtsvorschriften, so hat die zuständige Behörde ihr Tätigwerden zuvor mit der anderen Behörde abzustimmen. Sie hat den Träger der Einrichtung rechtzeitig auf weitergehende Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften hinzuweisen.

(6) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden, so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Sozialhilfe an der Beratung zu beteiligen, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen erteilt werden, die zur Beseitigung einer eingetretenen oder Abwendung einer drohenden Beeinträchtigung oder Gefährdung des Wohls der Kinder oder Jugendlichen erforderlich sind. Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirkt, so entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglich-

keit in Übereinstimmung mit Vereinbarungen nach den §§ 75 bis 80 des Zwölften Buches auszugestalten.

(7) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn das Wohl der Kinder oder der Jugendlichen in der Einrichtung gefährdet und der Träger der Einrichtung nicht bereit oder nicht in der Lage ist, die Gefährdung abzuwenden. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Rücknahme oder den Widerruf der Erlaubnis haben keine aufschiebende Wirkung.“

14. § 47 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung hat der zuständigen Behörde unverzüglich

1. die Betriebsaufnahme unter Angabe von Name und Anschrift des Trägers, Art und Standort der Einrichtung, der Zahl der verfügbaren Plätze sowie der Namen und der beruflichen Ausbildung des Leiters und der Betreuungskräfte,
2. Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen, sowie
3. die bevorstehende Schließung der Einrichtung anzuzeigen.“

15. Die Überschrift des Fünften Abschnitts des Dritten Kapitels wird wie folgt gefasst:

„Fünfter Abschnitt

Beurkundung, vollstreckbare Urkunden“.

16. § 59 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 59

Beurkundung“.

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nummer 9 werden die Wörter „§ 648 der Zivilprozessordnung“ durch die Wörter „§ 252 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „und Beglaubigungen“ gestrichen.

17. In § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „dem Vormundschafts- oder“ gestrichen.

18. § 72a wird wie folgt gefasst:

„§ 72a

Tätigkeitsausschluss
einschlägig vorbestrafter Personen

(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dürfen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184f, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den betroffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen.

(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe sicherstellen, dass diese keine Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, beschäftigen.

(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen sicherstellen, dass unter ihrer Verantwortung keine neben- oder ehrenamtlich tätige Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat. Hierzu sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe über die Tätigkeiten entscheiden, die von den in Satz 1 genannten Personen auf Grund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts dieser Personen mit Kindern und Jugendlichen nur nach Einsichtnahme in das Führungszeugnis nach Absatz 1 Satz 2 wahrgenommen werden dürfen.

(4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe sowie mit Vereinen im Sinne des § 54 sicherstellen, dass unter deren Verantwortung keine neben- oder ehrenamtlich tätige Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat. Hierzu sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der freien Jugendhilfe Vereinbarungen über die Tätigkeiten schließen, die von den in Satz 1 genannten Personen auf Grund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts dieser Personen mit Kindern und Jugendlichen nur nach Einsichtnahme in das Führungszeugnis nach Absatz 1 Satz 2 wahrgenommen werden dürfen.

(5) Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen von den nach den Absätzen 3 und 4 eingesehenen Daten nur den Umstand, dass Einsicht in ein Führungszeugnis genommen wurde, das Datum des Führungszeugnisses und die Information erheben, ob die das Führungszeugnis betreffende Person wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist. Die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen diese erhobenen Daten nur speichern, verändern und nutzen, soweit dies zum Ausschluss der Personen von der Tätigkeit, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Führungszeugnis gewesen ist, erforderlich ist. Die Daten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Sie sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme keine Tätigkeit nach Absatz 3 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens drei Monate nach der Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen.“

19. § 74 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. die fachlichen Voraussetzungen für die geplante Maßnahme erfüllt und die Beachtung der Grundsätze und Maßstäbe der Qualitätsent-

wicklung und Qualitätssicherung nach § 79a gewährleistet,“.

20. § 79 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen gewährleisten, dass zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch

1. die erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen; hierzu zählen insbesondere auch Pfleger, Vormünder und Pflegepersonen;
2. eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung nach Maßgabe von § 79a erfolgt.

Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln haben sie einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden.“

21. Nach § 79 wird folgender § 79a eingefügt:

„§ 79a

Qualitätsentwicklung
in der Kinder- und Jugendhilfe

Um die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 zu erfüllen, haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung für

1. die Gewährung und Erbringung von Leistungen,
2. die Erfüllung anderer Aufgaben,
3. den Prozess der Gefährdungseinschätzung nach § 8a,
4. die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen. Dazu zählen auch Qualitätsmerkmale für die Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen und ihren Schutz vor Gewalt. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe orientieren sich dabei an den fachlichen Empfehlungen der nach § 85 Absatz 2 zuständigen Behörden und an bereits angewandten Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität sowie Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung.“

22. § 81 wird wie folgt gefasst:

„§ 81

Strukturelle Zusammenarbeit
mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation junger Menschen und ihrer Familien auswirkt, insbesondere mit

1. den Trägern von Sozialleistungen nach dem Zweiten, Dritten, Vierten, Fünften, Sechsten und dem Zwölften Buch sowie Trägern von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz,
2. den Familien- und Jugendgerichten, den Staatsanwaltschaften sowie den Justizvollzugsbehörden,
3. Schulen und Stellen der Schulverwaltung,

4. Einrichtungen und Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und sonstigen Einrichtungen und Diensten des Gesundheitswesens,

5. den Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und Suchtberatungsstellen,

6. Einrichtungen und Diensten zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen,

7. den Stellen der Bundesagentur für Arbeit,

8. Einrichtungen und Stellen der beruflichen Aus- und Weiterbildung,

9. den Polizei- und Ordnungsbehörden,

10. der Gewerbeaufsicht und

11. Einrichtungen der Ausbildung für Fachkräfte, der Weiterbildung und der Forschung

im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse zusammenzuarbeiten.“

23. § 86c wird wie folgt gefasst:

„§ 86c

Fortdauernde Leistungsverpflichtung
und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel

(1) Wechselt die örtliche Zuständigkeit für eine Leistung, so bleibt der bisher zuständige örtliche Träger so lange zur Gewährung der Leistung verpflichtet, bis der nunmehr zuständige örtliche Träger die Leistung fortsetzt. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass der Hilfeprozess und die im Rahmen der Hilfeplanung vereinbarten Hilfeziele durch den Zuständigkeitswechsel nicht gefährdet werden.

(2) Der örtliche Träger, der von den Umständen Kenntnis erhält, die den Wechsel der Zuständigkeit begründen, hat den anderen davon unverzüglich zu unterrichten. Der bisher zuständige örtliche Träger hat dem nunmehr zuständigen örtlichen Träger unverzüglich die für die Hilfestellung sowie den Zuständigkeitswechsel maßgeblichen Sozialdaten zu übermitteln. Bei der Fortsetzung von Leistungen, die der Hilfeplanung nach § 36 Absatz 2 unterliegen, ist die Fallverantwortung im Rahmen eines Gesprächs zu übergeben. Die Personensorgeberechtigten und das Kind oder der Jugendliche sowie der junge Volljährige oder der Leistungsberechtigte nach § 19 sind an der Übergabe angemessen zu beteiligen.“

24. In § 89a Absatz 2 werden die Wörter „oder wird“ gestrichen.

25. § 98 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 in Pflegestellen durchführen, und die von diesen betreuten Kinder,“.

b) Nummer 9 wird wie folgt gefasst:

„9. Maßnahmen des Familiengerichts,“.

c) Nach Nummer 12 wird folgende Nummer 13 eingefügt:

„13. Gefährdungseinschätzungen nach § 8a“.

26. § 99 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) Bei Buchstabe i wird nach dem Wort „Hilfe“ ein Komma eingefügt und das Wort „sowie“ gestrichen.

bb) Nach Buchstabe i wird folgender Buchstabe j eingefügt:

„j) vorangegangene Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1 sowie“.

b) In Absatz 2 Nummer 1 werden nach den Wörtern „Zeitpunkt des Beginns und Dauer der Maßnahme,“ die Wörter „Durchführung auf Grund einer vorangegangenen Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1,“ eingefügt.

c) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Erhebungsmerkmale bei der Erhebung zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a sind Kinder und Jugendliche, bei denen eine Gefährdungseinschätzung nach Absatz 1 vorgenommen worden ist, gegliedert

1. nach der Art des Trägers, bei dem der Fall bekannt geworden ist, der die Gefährdungseinschätzung anregenden Institution oder Person, der Art der Kindeswohlgefährdung sowie dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung,

2. bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich zu den in Nummer 1 genannten Merkmalen nach Geschlecht, Alter und Aufenthaltsort des Kindes oder Jugendlichen zum Zeitpunkt der Meldung sowie dem Alter der Eltern und der Inanspruchnahme einer Leistung gemäß den §§ 16 bis 19 sowie 27 bis 35a und der Durchführung einer Maßnahme nach § 42.“

d) Nach Absatz 6a wird folgender Absatz 6b eingefügt:

„(6b) Erhebungsmerkmal bei den Erhebungen über Maßnahmen des Familiengerichts ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen, bei denen wegen einer Gefährdung ihres Wohls das familiengerichtliche Verfahren auf Grund einer Anrufung durch das Jugendamt nach § 8a Absatz 2 Satz 1 oder § 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 oder auf andere Weise eingeleitet worden ist und

1. den Personensorgeberechtigten auferlegt worden ist, Leistungen nach diesem Buch in Anspruch zu nehmen,

2. andere Gebote oder Verbote gegenüber den Personensorgeberechtigten oder Dritten ausgesprochen worden sind,

3. Erklärungen der Personensorgeberechtigten ersetzt worden sind,

4. die elterliche Sorge ganz oder teilweise entzogen und auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger übertragen worden ist,

gegliedert nach Geschlecht, Alter und zusätzlich bei Nummer 4 nach dem Umfang der übertragenen Angelegenheit.“

e) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 Buchstabe c werden vor dem Wort „Anzahl“ die Wörter „Art und“ eingefügt.

bb) Nummer 3 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchstabe c wird das Wort „tägliche“ gestrichen.

bbb) In Buchstabe d wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

ccc) Nach Buchstabe d wird folgender Buchstabe e angefügt:

„e) Gruppenzugehörigkeit.“

f) Absatz 7b wird wie folgt gefasst:

„(7b) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 durchführen und die von diesen betreuten Kinder sind die Zahl der Tagespflegepersonen und die Zahl der von diesen betreuten Kinder jeweils gegliedert nach Pflegestellen.“

27. § 101 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 5 sowie nach Absatz 6b bis 7b und 10 sind jährlich durchzuführen, die Erhebungen nach § 99 Absatz 1, soweit sie die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche betreffen, beginnend 2007. Die Erhebung nach § 99 Absatz 6 erfolgt laufend. Die übrigen Erhebungen nach § 99 sind alle vier Jahre durchzuführen, die Erhebungen nach Absatz 8 beginnend 1992, die Erhebungen nach Absatz 9 beginnend mit 2006. Die Erhebung nach § 99 Absatz 8 wird für das Jahr 2012 ausgesetzt.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 8 wird die Angabe „6,“ gestrichen und nach der Angabe „6a“ wird die Angabe „ , 6b“ eingefügt.

bb) In Nummer 10 wird nach dem Wort „März“ ein Komma und danach folgende Nummer 11 angefügt:

„11. § 99 Absatz 6 sind zum Zeitpunkt des Abschlusses der Gefährdungseinschätzung“.

28. Dem § 103 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfe-statistiken gemäß den §§ 98 und 99 dürfen auf der Ebene der einzelnen Gemeinde oder des einzelnen Jugendamtsbezirkes veröffentlicht werden.“

Artikel 3

Änderung anderer Gesetze

(1) § 21 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046, 1047), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

2. Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 7 angefügt:

„7. das Angebot, Beratung durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung in Anspruch zu nehmen.“

(2) Das Schwangerschaftskonfliktgesetz vom 27. Juli 1992 (BGBl. I S. 1398), das zuletzt durch Artikel 36 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 1 werden nach dem Wort „Beratungsstelle“ die Wörter „auf Wunsch anonym“ eingefügt.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Zur Information über die Leistungsangebote im örtlichen Einzugsbereich und zur Sicherstellung einer umfassenden Beratung wirken die Beratungsstellen in den Netzwerken nach § 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz mit.“

b) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

Artikel 4

Evaluation

Die Bundesregierung hat die Wirkungen dieses Gesetzes unter Beteiligung der Länder zu untersuchen und dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Dezember 2015 über die Ergebnisse dieser Untersuchung zu berichten.

Artikel 5

Neufassung des
Achten Buches Sozialgesetzbuch

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kann den Wortlaut des Achten Buches Sozialgesetzbuch in der vom 1. Januar 2012 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

Artikel 6

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 22. Dezember 2011

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Kristina Schröder

Konzeption zu § 8 a SGB VIII**Inhaltsverzeichnis**

	Vorbemerkung	3
1.	Gesetzliche Grundlagen	4
2.	Gesetzlicher Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe und des Kinderschutzes	7
3.	Gewichtige Anhaltspunkte	7
4.	Abschätzung des Gefährdungsrisikos, gem. § 8a SGB VIII; Handlungsablauf	9
5.	Standardisiertes Vorgehen im Jugendamt Main-Tauber-Kreis	10
5.1	Der Kinderschutz	10
5.2	Die Inobhutnahme	11
5.3	Die Erscheinungsformen von Kindeswohlgefährdung	13
5.3.1	Die Vernachlässigung	13
5.3.2	Die psychische Misshandlung	15
5.3.3	Die körperliche Misshandlung	15
5.3.4	Der sexuelle Missbrauch	18
6.	Dokumentation und Schutzplan	22
7.	Zuständigkeitswechsel bei Kindeswohlgefährdung	23
8.	Qualitätssicherung	24
9.	Anhang	25
9.1	Roter Meldebogen	25
9.2	Protokoll Gefahreneinschätzung	26
9.3	Ablauf im Kinderschutzfall	27
9.4	Ablauf im Missbrauchsfall	27
9.5	Anregungen zum Gespräch mit missbrauchten Kindern/Jugendlichen	29
9.6	Vorgehen bei sexuellem Missbrauch	30
10.	Literaturhinweis	31

Vorbemerkung

In den vergangenen Jahren sorgten Strafverfahren gegen Mitarbeiter aus Jugendämtern für Aufsehen. In von ihnen betreuten Familien war es zum Tod eines Kindes gekommen und sie wurden mit dem Vorwurf der fahrlässigen Tötung konfrontiert.

Die anschließende Fachdiskussion machte auch beim Kreisjugendamt Main-Tauber-Kreis die Notwendigkeit von verbindlichen Fachstandards bei der Bearbeitung entsprechender Einzelfälle deutlich.

Der Kinderschutzauftrag des öffentlichen Jugendhilfeträgers ist daher eine wichtige Motivation, die allen Orten vorangetriebene Diskussion um Qualitätsentwicklung in der Jugendhilfe nicht nur auf die Weiterentwicklung der „Leistungen“ und ihre Wirksamkeit zu beschränken, sondern auch und gerade im Bereich der „anderen Aufgaben“ qualifiziert und verlässlich zu arbeiten.

Daher hat unser Kreisjugendamt bereits im Jahr 2000 Handlungsrichtlinien/Arbeitshilfen für vorläufige Schutzmaßnahmen von Kindern und Jugendlichen gem. § 42/43 SGB VIII und Hilfen zur Erziehung § 27 SGB VIII in familiären Krisensituationen erarbeitet.

Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder – und Jugendhilfe (KICK) ist am 01.10.2005 in Kraft getreten. Eine der wesentlichen Neuerungen ist die Einführung des § 8a SGB VIII, *der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung*, die Veränderung des § 42 SGB VIII, *die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen*, sowie die Streichung des § 43 SGB VIII, *die Herausnahme des Kindes oder Jugendlichen ohne Zustimmung des Personensorgeberechtigten*. Der Kinderschutzauftrag des Jugendamtes wird damit gestärkt.

Gemäß §8a SGB VIII sind mit Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, Vereinbarungen zum Kinderschutz zu treffen. Darüber hinaus legt das Gesetz fest, dass die Einschätzung des Gefährdungsrisiko für ein Kind/Jugendlichen im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte zu erfolgen hat.

Auf diesem Hintergrund wurde die vorliegende Konzeption überarbeitet und an die neuen gesetzlichen Vorgaben angepasst. Sie betrifft die internen Arbeitsabläufe des Jugendamtes nach § 8a SGB VIII. Vereinbarungen mit Trägern und Einrichtungen sowie die Neuregelungen zum Tätigwerden des Familiengerichtes werden gesondert getroffen und sind nicht Gegenstand dieser Konzeption.

Die Konzeption soll - wie bisher - die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Sozialen Dienstes darin unterstützen, in konkreten Krisensituationen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien beratend tätig werden zu können, unter dem Gesichtspunkt des Wächteramtes des Staates aber auch begründet eingreifen zu können.

1. Gesetzliche Grundlagen zum Kinderschutzauftrag

Grundgesetz

Art. 6 (2) *Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.*

Bürgerliches Gesetzbuch

§ 1666 Gefährdung des Kindeswohls (1) *Wird das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder sein Vermögen durch missbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge, durch Vernachlässigung des Kindes, durch unverschuldetes Versagen der Eltern oder durch das Verhalten eines Dritten gefährdet, so hat das Familiengericht, wenn die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden, die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu treffen.*

§ 1666 a Trennung des Kindes von der elterlichen Familie; Entziehung der Personensorge insgesamt (1) *Maßnahmen, mit denen eine Trennung des Kindes von der elterlichen Familie verbunden ist, sind nur zulässig, wenn der Gefahr nicht auf andere Weise, auch nicht durch öffentliche Hilfen begegnet werden kann.*
(2) *Die gesamte Personensorge darf nur entzogen werden, wenn andere Maßnahmen erfolglos geblieben sind oder wenn anzunehmen ist, dass sie zur Abwendung der Gefahr nicht ausreichen.*

Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz)

§ 1 Recht auf Erziehung, Elternverantwortung, Jugendhilfe

(1) *Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.*
(2) *Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.*
(3) *Jugendhilfe soll zur Verwirklichung des Rechts nach Absatz 1 insbesondere*
1. *junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, 2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen, 3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen, 4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.*

§ 2 Aufgaben der Jugendhilfe (1) *Die Jugendhilfe umfasst Leistungen und andere Aufgaben zugunsten junger Menschen und Familien.*

(2) *Leistungen der Jugendhilfe sind:*

1. *Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14),*
2. *Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21),*
3. *Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (§§ 22 bis 25),*
4. *Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 bis 35, 36, 37, 39, 40),*
5. *Hilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche und ergänzende Leistungen (§§ 35a bis 37, 39, 40),*
6. *Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (§ 41).*

(3) *Andere Aufgaben der Jugendhilfe sind*

1. *die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (§ 42),*

2. (weggefallen)
3. die Erteilung, der Widerruf und die Zurücknahme der Pflegeerlaubnis (§§ 43, 44),
4. die Erteilung, der Widerruf und die Zurücknahme der Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung sowie die Erteilung nachträglicher Auflagen und die damit verbundenen Aufgaben (§§ 45 bis 47, 48a),
5. die Tätigkeitsuntersagung (§§ 48, 48a),
6. die Mitwirkung in Verfahren vor den Vormundschafts- und den Familiengerichten (§50),
7. die Beratung und Belehrung in Verfahren zur Annahme als Kind (§ 51),
8. die Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz (§ 52),
9. die Beratung und Unterstützung von Müttern bei Vaterschaftsfeststellung und Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen sowie von Pflegern und Vormündern (§§52a, 53),
10. die Erteilung, der Widerruf und die Zurücknahme der Erlaubnis zur Übernahme von Vereinsvormundschaften (§ 54),
11. Beistandschaft, Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft und Gegenvormundschaft des Jugendamts (§§ 55 bis 58),
12. Beurkundung und Beglaubigung (§ 59),
13. die Aufnahme von vollstreckbaren Urkunden (§ 60).

§ 8 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht, dem Vormundschaftsgericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.

(2) Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an das Jugendamt zu wenden.

(3) Kinder und Jugendliche können ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten beraten werden, wenn die Bearbeitung aufgrund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist und solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde.

§ 8a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuschätzen. Dabei sind die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche einzubeziehen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten anzubieten.

(2) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass deren Fachkräfte den Schutzauftrag nach Absatz 1 in entsprechender Weise wahrnehmen und bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos eine insoweit erfahrene Fachkraft hinzuziehen. Insbesondere ist die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte bei den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die angenommenen Hilfen nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden.

(3) Hält das Jugendamt das Tätigwerden des Familiengerichts für erforderlich, so hat es das Gericht anzurufen; dies gilt auch, wenn die Personensorgeberechtigten oder die Erziehungsberechtigten nicht bereit oder in der Lage sind, bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos mitzuwirken. Besteht eine dringende Gefahr und kann die Entscheidung des Gerichts nicht abgewartet werden, so ist das Jugendamt verpflichtet, das Kind oder den Jugendlichen in Obhut zu nehmen.

(4) Soweit zur Abwendung der Gefährdung das Tätigwerden anderer Leistungsträger, der Einrichtungen der Gesundheitshilfe oder der Polizei notwendig ist, hat das Jugendamt auf die Inanspruchnahme durch die Personensorgeberechtigten oder die Erziehungsberechtigten hinzuwirken. Ist ein sofortiges Tätigwerden erforderlich und wirken die Personensorgeberechtigten oder die Erziehungsberechtigten nicht mit, so schaltet das Jugendamt die anderen zur Abwendung der Gefährdung zuständigen Stellen selbst ein.

§ 42 Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (1) Das Jugendamt ist berechtigt und verpflichtet, ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn

1. das Kind oder der Jugendliche um Obhut bittet oder
2. eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen die Inobhutnahme erfordert und a) die Personensorgeberechtigten nicht widersprechen oder b) eine familiengerichtliche Entscheidung nicht rechtzeitig eingeholt werden kann oder
3. ein ausländisches Kind oder ein ausländischer Jugendlicher unbegleitet nach

Deutschland kommt und sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten. Die Inobhutnahme umfasst die Befugnis, ein Kind oder einen Jugendlichen bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder in einer sonstigen Wohnform vorläufig unterzubringen; im Fall von Satz 1 Nr. 2 auch ein Kind oder einen Jugendlichen von einer anderen Person wegzunehmen.

(2) Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme die Situation, die zur Inobhutnahme geführt hat, zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen zu klären und Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung aufzuzeigen. Dem Kind oder dem Jugendlichen ist unverzüglich Gelegenheit zu geben, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Das Jugendamt hat während der Inobhutnahme für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zu sorgen und dabei den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe sicherzustellen. Das Jugendamt ist während der Inobhutnahme berechtigt, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen notwendig sind; der mutmaßliche Wille der Personensorge- oder der Erziehungsberechtigten ist dabei angemessen zu berücksichtigen.

(3) Das Jugendamt hat im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten unverzüglich von der Inobhutnahme zu unterrichten und mit ihnen das Gefährdungsrisiko abzuschätzen. Widersprechen die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten der Inobhutnahme, so hat das Jugendamt unverzüglich

1. das Kind oder den Jugendlichen den Personensorge- oder Erziehungsberechtigten zu übergeben, sofern nach der Einschätzung des Jugendamts eine Gefährdung des Kindeswohls nicht besteht oder die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten bereit und in der Lage sind, die Gefährdung abzuwenden oder
2. eine Entscheidung des Familiengerichts über die erforderlichen Maßnahmen zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen herbeizuführen. Sind die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten nicht erreichbar, so gilt Satz 2 Nr. 2 entsprechend. Im Fall des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 3 ist unverzüglich die Bestellung eines Vormunds oder Pflegers zu veranlassen. Widersprechen die Personensorge-berechtigten der Inobhutnahme nicht, so ist unverzüglich ein Hilfeplanverfahren zur Gewährung einer Hilfe einzuleiten.

(4) Die Inobhutnahme endet mit 1. der Übergabe des Kindes oder Jugendlichen an die Personensorge oder Erziehungsberechtigten, 2. der Entscheidung über die Gewährung von Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch.

(5) Freiheitsentziehende Maßnahmen im Rahmen der Inobhutnahme sind nur zulässig, wenn und soweit sie erforderlich sind, um eine Gefahr für Leib oder Leben des Kindes oder des Jugendlichen oder eine Gefahr für Leib oder Leben Dritter abzuwenden. Die Freiheitsentziehung ist ohne gerichtliche Entscheidung spätestens mit Ablauf des Tages nach ihrem Beginn zu beenden.

(6) Ist bei der Inobhutnahme die Anwendung unmittelbaren Zwangs erforderlich, so sind die dazu befugten Stellen hinzuzuziehen

§ 50 Mitwirkung in Verfahren vor den Vormundschafts- und den Familiengerichten

(1) Das Jugendamt unterstützt das Vormundschaftsgericht und das Familiengericht bei allen Maßnahmen, die die Sorge für die Person von Kindern und Jugendlichen betreffen. Es hat in Verfahren vor dem Vormundschafts- und dem Familiengericht mitzuwirken, die in den §§ 49 und 49a des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit genannt sind.

(2) Jugendamt unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin.

(3) (weggefallen)

2. Gesetzlicher Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe und des Kinderschutzes

Die Garantenpflicht laut Strafgesetzbuch

§ 13 Begehen durch Unterlassen. (1) Wer es unterlässt, einen Erfolg abzuwenden, der zum Tatbestand eines Strafgesetzes gehört, ist nach diesem Gesetz nur dann strafbar, wenn er rechtlich dafür einzustehen hat, dass der Erfolg nicht eintritt, und wenn das Unterlassen der Verwirklichung des gesetzlichen Tatbestandes durch ein Tun entspricht.

Der gesetzliche Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe:

Der Handlungsauftrag für das Jugendamt lautet, die Eltern bei den Aufgaben der Versorgung und Erziehung ihrer Kinder zu unterstützen und sie zu entlasten, sowie die Kinder präventiv oder aktuell zu schützen (z.B. durch Hilfen zur Erziehung **§ 27 ff KJHG**).

Lt. **§ 42 Abs. 3 KJHG** ist das Jugendamt verpflichtet, ein Kind/Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn eine dringende Gefahr für sein Wohl besteht.

In **§ 1666 BGB** ist geregelt, dass der Staat sein Wächteramt ausführen kann, wenn ein objektiver Gefahrenzustand für die Kindesentwicklung vorhanden und sein Wohl gefährdet ist.

Eine sozialpädagogische Fachkraft sollte sich mit dem spannungsreichen Handlungsauftrag zw. Elternrecht, Kindeswohl und staatlichem Wächteramt auskennen und damit umgehen können. Sie sollte über Wahrnehmungs- und Deutungskompetenz der Lebenssituation, der Hilfebedürftigkeit und der Entwicklungspotentiale von Eltern und Kindern, insbesondere in sozial belasteten Verhältnissen, verfügen. Dazu sind Kenntnisse über differenzierte und flexible Angebote der Jugendhilfe für Familien nötig. Zudem sind Kompetenz und der Zugang zu Formen kollegialer und professioneller Reflexion und Kontrolle erforderlich.

3. Gewichtige Anhaltspunkte

Es handelt sich hier um einen undefinierten Rechtsbegriff. In den meisten Fällen gibt es nur Anhaltspunkte aus der eigenen Wahrnehmung des ASD oder aus Mitteilungen der Familie oder von Dritten. Diese Anhaltspunkte werden erst durch (gemeinsame) fachliche Bewertungen zu **gewichtigen** Anhaltspunkten. Die subjektive Wahrnehmung wird mit Hilfe der kollegialen Beratung verobjektiviert.

Sind gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung bekannt geworden, so führt das Jugendamt seine Aufgabe aus. Gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung sind Hinweise oder Informationen über Handlungen gegen Kinder und Jugendliche oder Lebensumstände, die das leibliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder Jugendlichen gefährden, unabhängig davon, ob sie durch eine missbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge, durch Vernachlässigung des Kindes oder Jugendlichen, durch unverschuldetes Versagen der Eltern oder durch das Verhalten eines Dritten bestehen (vgl. hierzu auch § 1666 BGB).

Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung beim Kind oder Jugendlichen sind:

- Nicht plausibel erklärbare sichtbare Verletzungen (auch Selbstverletzungen)
- Körperliche oder seelische Krankheitssymptome (z. B. Einnässen, Ängste, Zwänge...)
- Unzureichende Flüssigkeits- oder Nahrungszufuhr
- Fehlende, aber notwendige ärztliche Vorsorge und Behandlung
- Zuführung die Gesundheit gefährdender Substanzen
- Für das Lebensalter mangelnde Aufsicht

- Hygienemängel (z. B. Körperpflege, Kleidung...)
- Unbekannter Aufenthalt (z. B. Weglaufen, Streunen...)
- Fortgesetzte unentschuldigte Schulversäumnisse oder fortgesetztes unentschuldigtes Fernbleiben von der Tageseinrichtung
- Gesetzesverstöße

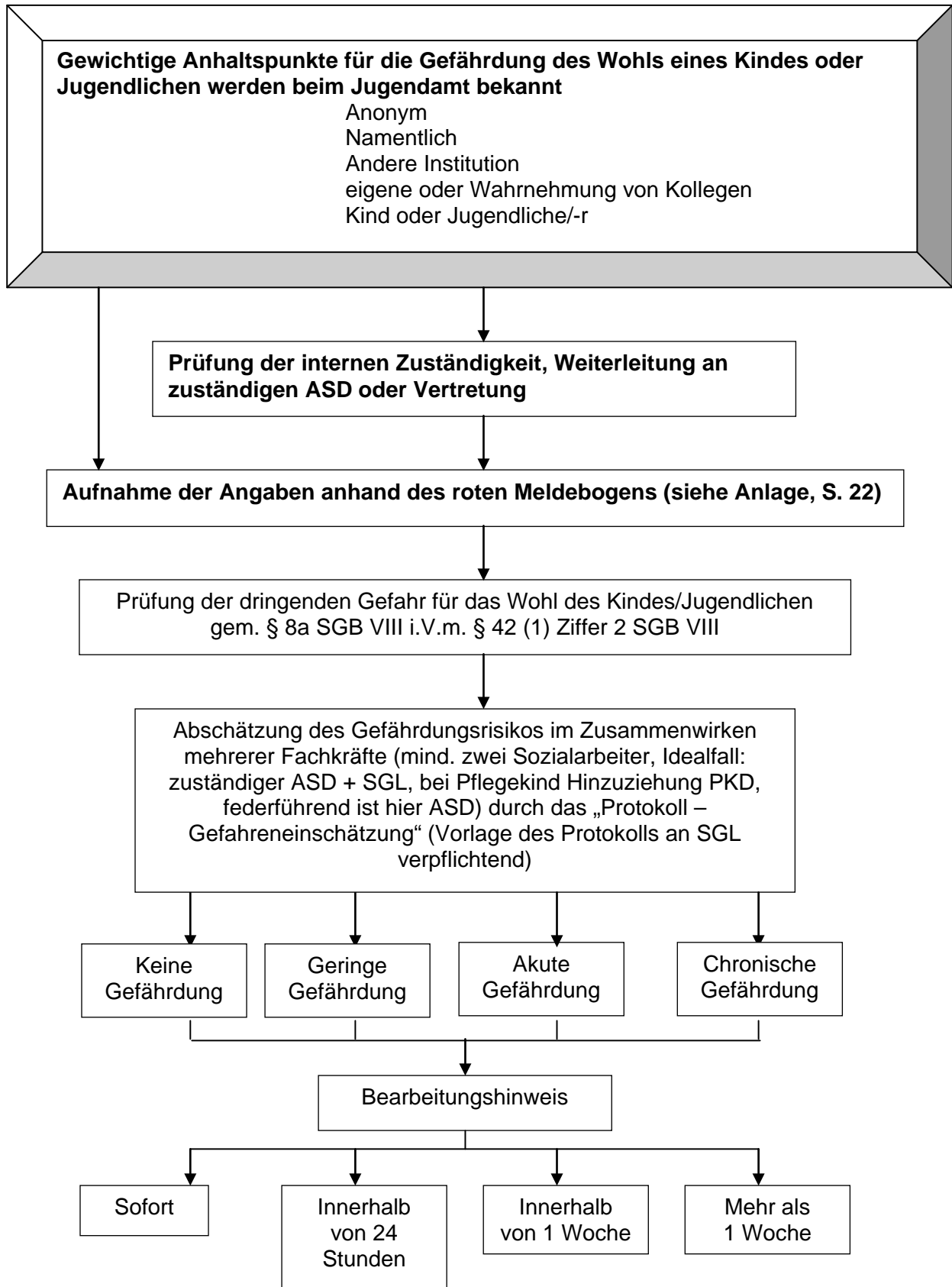
Anhaltspunkte in Familie und Lebensumfeld für eine Kindeswohlgefährdung sind:

- Gewalttätigkeiten in der Familie
- Sexuelle oder kriminelle Ausbeutung des Kindes oder Jugendlichen
- Psychisch kranke oder suchtkranke Eltern, körperlich oder geistig beeinträchtigte Eltern
- Familie in finanzieller bzw. materieller Notlage
- Desolate Wohnsituation (z. B. Vermüllung, Wohnfläche, Obdachlosigkeit...)
- Traumatisierende Lebensereignisse (z. B. Verlust eines Angehörigen, Unglück...)
- Schädigendes Erziehungsverhalten und fehlende Entwicklungsförderung durch Eltern
- Soziale Isolierung der Familie
- Desorientierendes soziales Milieu bzw. desorientierende soziale Abhängigkeiten

Anhaltspunkte zur Mitwirkungsbereitschaft und –fähigkeit bei einer Kindeswohlgefährdung sind:

- Kindeswohlgefährdung ist durch Erziehungs- oder Personensorgeberechtigte nicht abwendbar
- Fehlende Problemeinsicht
- Unzureichende Kooperationsbereitschaft
- Mangelnde Bereitschaft Hilfe anzunehmen
- Bisherige Unterstützungsversuche sind unzureichend geblieben
- Frühere Sorgerechtsvorfälle

4. Abschätzung des Gefährdungsrisikos gem. § 8a SGB VIII; Handlungsablauf



5. Standardisiertes Vorgehen im Jugendamt Main-Tauber-Kreis

Ausgangspunkt für die Entwicklung der nachfolgenden Standards waren die Empfehlungen des KVJS vom Frühjahr 2006. Die Standards wurden in einem Arbeitskreis anhand der vorliegenden Erfahrungen und der aktuellen Literatur diskutiert und formuliert. Die Standards sollen zwar auch der Orientierung dienen, müssen aber in der Praxis umgesetzt werden. Sie gelten für alle Mitarbeiter der Sozialen Dienste, soweit die Fallkonstellation eine Anwendung erforderlich macht und zulässt.

5.1 Der Kinderschutz

Neben den allgemeinen Aufgaben zum Kinderschutz, die von verschiedenen Fachbereichen des Jugendamtes wahrgenommen werden, beschäftigt sich der Soziale Dienst mit dem Kinderschutz im Speziellen.

Kinderschutz im Sozialen Dienst bedeutet zunächst, die Eigenkräfte der Familien zu stärken, soziale Konflikte und Notlagen zu erkennen und konkrete Hilfe zu leisten. Kinderschutz ist Familienschutz und als solcher Garant des Kindeswohls.

Begriffsbestimmung Kindeswohl:

Damit das Kind zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit heranwachsen kann, müssen seine Rechte, seine Interessen und seine Bedürfnisse befriedigt werden.

Die im folgenden benannten **Grundbedürfnisse von Kindern (Basic Needs)** gelten weltweit und beinhalten die Befriedigung folgender Bedürfnisse:

- | |
|---|
| <ul style="list-style-type: none">○ Liebe, Akzeptanz, Zuwendung○ Stabile Bindungen○ Ernährung und Versorgung○ Gesundheit bzw. Gesundheitsfürsorge○ Schutz vor materieller und sexueller Ausbeutung○ Wissen, Bildung und hinreichende Erfahrung |
|---|

Wenn diese Bedürfnisse erheblich gefährdet und dauerhaft nicht befriedigt werden, ist das Kindeswohl gefährdet. Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung sind die wesentlichen Formen einer Kindeswohlgefährdung.

Der Kinderschutz hat somit eine doppelte Aufgabe:

- Familien zu unterstützen, Kindern und Eltern zu helfen (Hilfefunktion)
- Falls Eltern nicht in der Lage oder nicht bereit sind, ihr Kind vor einer Gefährdung zu schützen, müssen Fachkräfte des Kinderschutzes stellvertretend das Wohl des Kindes sichern. Sie greifen dann – im Konfliktfall aufgrund einer Entscheidung des Familiengerichtes ein und treten an die Stelle der Eltern (Nothilfefunktion).

Zum Schutz des Kindes hat das Jugendamt folgende Möglichkeiten:

- Die Hilfe zur Erziehung für Eltern und Kind, die den Eltern die volle Erziehungsverantwortung belässt, die aber darauf gerichtet ist – anknüpfend an Ressourcen – die Erziehungsfähigkeit der Eltern und die Entwicklungsbedingungen für das Kind zu verbessern (§§ 27 KJHG).
- Die Anrufung des Familiengericht im Konfliktfall – also bei kontroverser Einschätzung der Situation – mit dem Ziel, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Kind auch ohne Zustimmung und ggf. auch ohne Mitwirkung der Eltern die notwendigen pädagogischen/therapeutischen Hilfen erhält. Die Befugnis zum Eingriff selbst bleibt dem Familiengericht vorbehalten, das unter den Voraussetzungen der §§ 1666, 1666a BGB einen Vormund oder

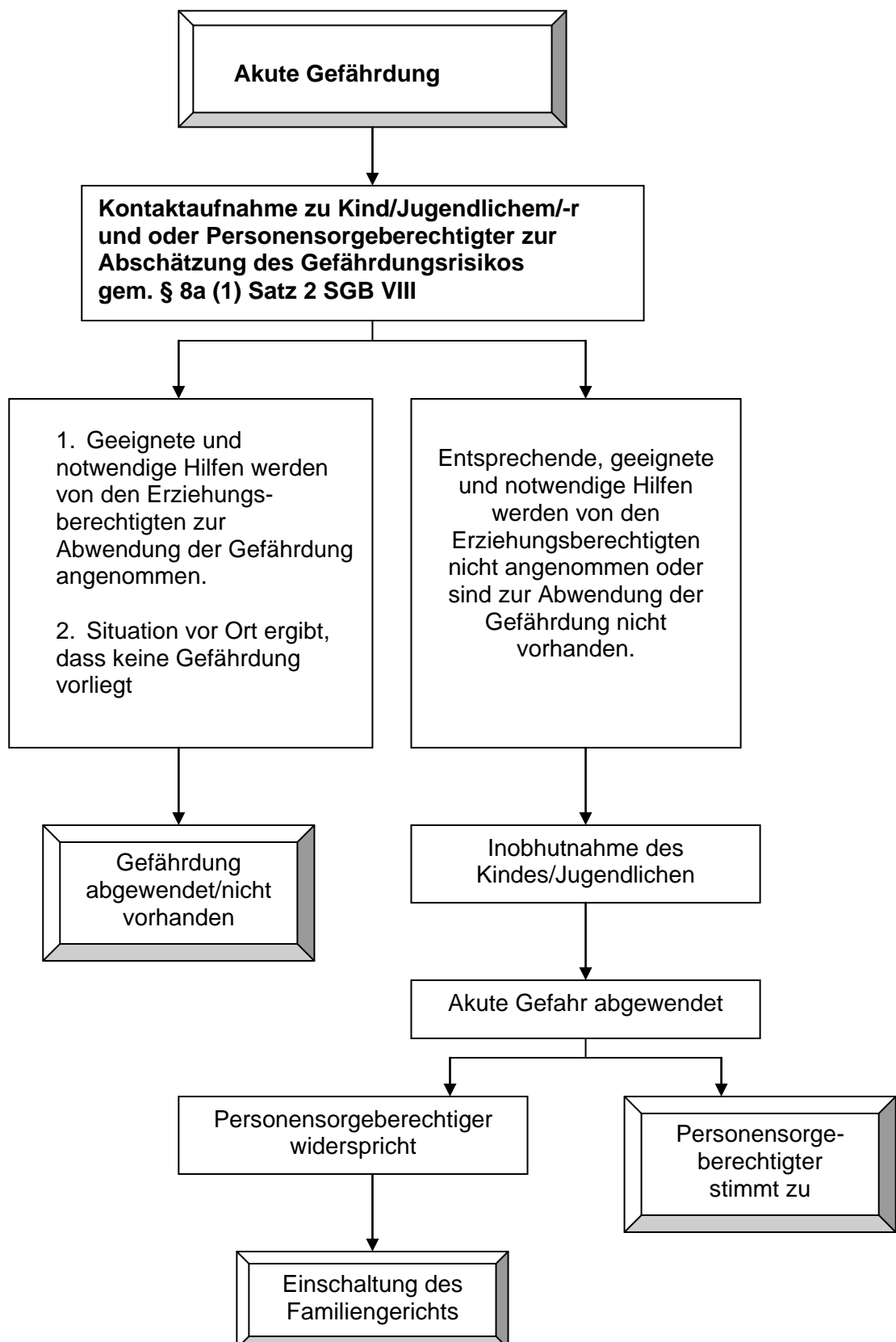
Pfleger für das Kind bestellt, der dann für das Kind die notwendigen Sorgerechtsentscheidungen fällt.

Mit der Beratung von Kindern und Jugendlichen (§ 8a Abs.3 SGB VIII), im Konfliktfall mit der Inobhutnahme (§ 42 SGB VIII) sind Rechtsgrundlagen geschaffen worden, die den Schutz von Kindern im Krisenfall erweitern. Bei Lebensgefahr oder drohenden gravierenden Schädigungen sind die Bürger, vor allem aber die Fachkraft des Jugendamtes verpflichtet zur Hilfeleistung im Notfall, um eine drohende Gefährdung abzuwenden. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus den § 34 StGB (Notstand) und dem § 323c StGB (unterlassene Hilfeleistung).

5.2 Die Inobhutnahme

- Inobhutnahmen sind Pflichtaufgabe des Jugendamtes, gem. § 42 SGB VIII und gelten für Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres
- Eine Risikoeinschätzung mit 2 Fachkräften, mit den Personensorgeberechtigten und dem Kind oder Jugendlichen hat stattgefunden, eine Abwendung der Kindeswohlgefährdung oder der Einbezug der Sorgeberechtigten war nicht möglich
- Zuständigkeit: Örtlich zuständig für Inobhutnahmen ist das Jugendamt des tatsächlichen Aufenthaltes des jungen Menschen (§ 87 SGB VIII)
- Die Entscheidung über die Erforderlichkeit einer Inobhutnahme liegt bei dem Sachbearbeiter, der aktuell mit dem Fall vertraut ist
- Die Leitungsebene des Jugendamtes (Amtsleitung oder stellvertretende Amtsleitung oder Leitung des Sozialen Dienste) wird in der Regel vor der Inobhutnahme informiert, ansonsten anschließend
- Wenn unmittelbarer Zwang erforderlich ist, wird die Polizei hinzugezogen.
- Besondere Umstände können die Geheimhaltung des Aufenthaltsortes der Inobhutnahme notwendig machen
- Bei einer Inobhutnahme wird das Kind/Jugendliche bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder in einer sonstigen Wohnform (kann auch Hotel, Jugendherberge... sein) vorläufig untergebracht
- Während der Inobhutnahme muss der Soziale Dienst zusammen mit dem Kind/dem Jugendlichen und den Sorgeberechtigten, dessen Situation klären und Hilfen aufzeigen
- Der ASD übt während der Inobhutnahme die relevanten Teile der Personensorge (Erziehung, Aufenthalt, Aufsicht) aus.
- Sind die sorgeberechtigten Eltern nicht erreichbar (gilt auch für unbegleitete Minderjährige) muss über das Familiengericht eine Entscheidung herbeigeführt werden
- Widersprechen die Eltern einer notwendigen Inobhutnahme muss unverzüglich das Familiengericht angerufen werden
- Widersprechen Eltern der Inobhutnahme nicht, ist auf den Beginn einer geeigneten Jugendhilfemaßnahme hinzuwirken (Antragsstellung durch Sorgeberechtigten)
- Freiheitsentziehende Maßnahmen (falls erforderlich zum Selbstschutz des Kindes/Jugendlichen oder zum Fremdschutz) im Rahmen einer Inobhutnahme sind nur zulässig, wenn und soweit sie erforderlich sind, um eine Gefahr für Leib oder Leben des Kindes oder des Jugendlichen oder eine Gefahr für Leib oder Leben Dritter abzuwenden. Die Freiheitsentziehung ist ohne gerichtliche Entscheidung spätestens mit Ablauf des Tages nach ihrem Beginn zu beenden (§ 42 (5) SGB VIII)
- Der Beginn und das Ende der Inobhutnahme werden mit den entsprechenden bekannten Formularen schriftlich fixiert. Eine Kopie hiervon erhält jeweils der Sachgebietsleiter und die Leitung des Sozialen Dienstes, bei einer Unterbringung in einer Bereitschaftspflegestelle erhält auch der Pflegekinderdienst eine Mehrfertigung des Formulars
- **Die Inobhutnahme endet mit Rückgabe des Kindes an die sorgeberechtigten Eltern, weil die Kindeswohlgefährdung nicht länger besteht oder mit der Entscheidung über eine Jugendhilfemaßnahme.**

Handlungsschema für die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen, gem. § 42 SGB VIII



5.3 Die Erscheinungsformen von Kindeswohlgefährdung

Vernachlässigung (körperlich und seelisch)
Psychische Misshandlung
Körperliche Misshandlung
Sexuelle Gewalt

5.3.1 Die Vernachlässigung

Vernachlässigung ist eine Form von Kindeswohlgefährdung. Im Unterschied zu körperlichen Kindesmisshandlungen zeichnet sich Vernachlässigung in der Regel durch einen schleichenden Verlauf aus, bei dem sich Beeinträchtigungen der kindlichen Entwicklung erst allmählich zeigen.

Begriffsbestimmung

In Anlehnung an den **Deutschem Kinderschutzbund** liegt Vernachlässigung dann vor, wenn die sorgeverantwortlichen Personen – bewusst oder unbewusst – die notwendige Versorgung des Kindes in sozial-emotionaler, kognitiver und/oder physischer Hinsicht andauernd oder wiederholt nicht gewährleisten.

Vernachlässigung ist auch das Unterlassen der Beauftragung geeigneter Dritter mit einem solchen Handeln durch Eltern oder andere Sorgeberechtigte.

Körperliche Vernachlässigung wird definiert als: „Nicht hinreichende Versorgung und Gesundheitsfürsorge, die zu massiven Gedeih- und Entwicklungsstörungen führen kann“ (bis hin zu tödlichen Verläufen).“

Emotionale Vernachlässigung (Deprivation) wird definiert als: „Ein nicht hinreichendes oder ständig wechselndes und dadurch nicht ausreichendes emotionales Beziehungsangebot.“

Formen der Vernachlässigung

körperlicher Vernachlässigung	(z.B. unzureichende Versorgung mit Nahrung, Flüssigkeit, sauberer Kleidung, Hygiene, Wohnraum und medizinischer Versorgung)
kognitiver und erzieherischer Vernachlässigung	(z.B. Mangel an Konversation, Spiel und anregenden Erfahrungen, fehlende erzieherische Einflussnahme auf einen unregelmäßigen Schulbesuch, Delinquenz oder Suchtmittelgebrauch des Kindes, fehlende Beachtung eines besonderen und erheblichen Erziehungs- oder Förderbedarfs),
emotionale Vernachlässigung	(z.B. Mangel an Wärme in der Beziehung zum Kind, fehlende Reaktion auf emotionale Signale des Kindes)
unzureichender Beaufsichtigung	(z.B. Kind bleibt längere Zeit allein und auf sich gestellt, keine Reaktion auf eine längere unangekündigte Abwesenheit des Kindes)

Standards zur Vorgehensweise des ASD

1. **Formlose Betreuung i.S.v. „Fuß in die Tür“ in Form von Hausbesuchen in kurzen Intervallen (entsprechend des individuell erstellten Schutzplans)**
2. **Wie nehmen Eltern ihr Kind wahr?**
3. **Welcher Tagesablauf hat die Familie?**
4. **Vernachlässigung wegen Desinteresse am Kind oder Unvermögen der Eltern? Vermittlung entsprechende Angebote an Eltern (Elternseminare, Beratungsstelle, Therapie, HzE)**
5. **Medizinische Untersuchung, einschl. Zahnarzt einfordern (ggf. Vorladung über Gesundheitsamt)**
6. **Entwicklungsüberprüfung (durch Fachkräfte)**
7. **Wer kann entlasten? Erhebung der Ressourcen im familiären u. sozialen Umfeld**
8. **Erstellen eines Schutzplanes (siehe Seite 20)**
9. **Fachliche Grenzen einhalten und entsprechende Fachkraft einschalten**

Spezielle Vorgehensweise bei Drogenmüttern/-väter

Drogenabhängigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang akute Abhängigkeit bei regelmäßigem und intensivem Drogenkonsum. Kinder drogenabhängiger Mütter stellen eine besondere Risikogruppe dar und können ihre Kinder nicht alleine versorgen. Auch substituierte Mütter können ihre Kinder nicht automatisch alleine versorgen. Das Ziel in der Arbeit mit Drogenmüttern ist zunächst der Schutz des Kindes. Dabei soll die Kindsmutter befähigt werden das Kind alleine zu versorgen. (Ressourcen mobilisieren, geeignete Therapieform finden, Zuverlässigkeit überprüfen, ggf. Hilfe zur Erziehung)

• **Die Kindsmutter wird dem Jugendamt bereits vor der Geburt bekannt**

Die Kontaktaufnahme erfolgt durch die Kindsmutter (evtl. zusammen mit deren Eltern oder Verwandten), um über die aktuelle und zukünftige Situation zu sprechen. Der ASD fragt nach:

- voraussichtlichem Geburtstermin, Mutterpass
- Wohnsituation (allein, mit Kindsvater, in eigener Familie)
- finanzielle Situation (Einkommen, Schulden, ggf. Verweis an Beratungsstelle)
- Vorbereitungen für Kind (Erstausstattung, Möbel)
- Schweigepflichtentbindungen (für Ärzte der Mutter, Kinderärzte/-klinik, Drogenberatung)
- Kontakt zu Krankenhaus empfehlen
- auf Vorsorgeuntersuchungen hinweisen
- Drogenkonsum vor u. während der Schwangerschaft und aktuell erfragen
- Drogenscreenings empfehlen
- Kontakt mit Drogenberatungsstelle empfehlen ggf. anbahnen
- Substitutionsprogramm und oder Therapie empfehlen
- HzE-Bedarf erheben (private Pflegeperson oder Pflegefamilie notwendig?)
- Vaterschaft thematisieren, Adoption thematisieren
- prophylaktisch evtl. Bedarf beim Pflegekinderdienst für Vollzeitpflege anmelden
- Beratung und Hausbesuch anbieten

- **Die Kindsmutter wird dem Jugendamt nach Geburt bekannt :**

(ggf. sind einzelne Punkte von 1. zu übernehmen/abzuklären/einzuleiten)

Risikoeinschätzung vor Entlassung aus der Entbindungsklinik vornehmen:

- Bedarfserhebung (ggf. HzE einleiten oder Begleitung gem. § 16/18 SGB VIII durch das Jugendamt)
- Haltung der Kindsmutter, Risikofaktoren und Ressourcen feststellen
- Kooperationsbereitschaft und Motivation der Kindsmutter regelmäßig abfragen und überprüfen, ob Absprachen eingehalten werden
- Schweigepflichtentbindung gegenüber Dritten
- Regelmäßiger Austausch/Kontakt mit den beteiligten Institutionen/Ärzten
- Substitutionsprogramm (notwendig und möglich?)
- Kooperation mit Drogenberatung, Arzt
- Entgiftungsverlauf des Säuglings begleiten
- sich beim Krankenhaus/Pflegepersonal über die Art des Umgangs der Kindsmutter mit dem Säugling informieren (Verhalten, Beziehung, Pflege- und Versorgung)
- Kindsvater einbeziehen
- Weitere Beratungsstellen empfehlen
- ggf. Inobhutnahme aussprechen
- Kann die Kindsmutter bei Drogenproblematik keine geeignete, private Person vorweisen, die die Verantwortung für das Kind zunächst übernimmt (bspw. bis Therapiebeginn oder bis die Kindsmutter nachweislich mindestens 6 – 12 Monate drogenfrei ist), ist auf die Beantragung einer Hilfe zur Erziehung hinzuwirken, ggf. ist nach § 8a KJHG i.V.m. 1666 BGB die Anrufung des Familiengerichts durch das Jugendamt erforderlich.

Mögliches Ende der besonderen Vorgehensweise ist :

- Der Therapieantritt der Kindsmutter mit oder ohne Kind
- Die nachgewiesene Drogenfreiheit der Kindsmutter (Drogenscreening)
- Die Inanspruchnahme einer Hilfe zur Erziehung gem. § 27 ff SGB VIII

5.3.2 Die psychische Misshandlung

(entspricht emotionaler und seelischer Misshandlung)

Definition: „...wiederholte Verhaltensmuster der Betreuungsperson oder Muster extremer Vorfälle, die Kindern zu verstehen geben, sie seien wertlos, voller Fehler, ungeliebt, ungewollt, sehr in Gefahr oder nur dazu nütze, die Bedürfnisse eines anderen Menschen zu erfüllen.“

Es lassen sich fünf verschiedene Unterformen nennen, die einzeln oder in Kombination auftreten können und als psychische Misshandlung angesehen werden müssen, wenn sie die Beziehung eines Elternteils zum Kind kennzeichnen:

- **feindselige Ablehnung** (z.B. ständiges Herabsetzen, Beschämen, Kritisieren oder Demütigen eines Kindes);
- **Ausnutzen und Korumpieren** (z.B. Kind wird zu einem selbstzerstörerischen oder strafbaren Verhalten angehalten oder gezwungen bzw. ein solches Verhalten des Kindes wird widerstandslos zugelassen);
- **Terrorisieren** (z.B. Kind wird durch ständige Drohung in einem Zustand der Angst gehalten);
- **Isolieren** (z.B. Kind wird in ausgeprägter Form von altersentsprechenden sozialen Kontakten fern gehalten);
- **Verweigerung emotionaler Responsivität** (z.B. Signale des Kindes und seine Bedürfnisse nach emotionaler Zuwendung werden anhaltend und in ausgeprägter Form übersehen und nicht beantwortet).

Im Kontext psychischer Kindesmisshandlung werden teilweise eine Reihe besonderer Fallgruppen angesprochen. Hierzu zählen Kinder, die wiederholt massive Formen der Partnergewalt in der Familie erleben müssen oder Kinder, die nach einer Trennung der Eltern gezielt der Entfremdung von einem Elternteil ausgesetzt sind. Als weitere besondere Fallgruppen bei psychischer Misshandlung werden in der Literatur wiederholt parentifizierte Kinder genannt sowie Kinder, bei denen psychosoziale Gründe erheblich zu einer Gedeihstörung beitragen.

Standards zur Vorgehensweise des ASD

1. **Formlose Betreuung i.S.v. Arbeitsbeziehung zur Familie aufbauen durch regelmäßige Hausbesuche**
2. **Gespräch zur Ressourcenermittlung: Wie nehmen Eltern ihr Kind wahr? Wie nehmen Eltern ihre eigenen Reaktionen auf das Kind wahr?**
3. **Welche Erziehungsmethoden liegen zugrunde ? (Beispiele nennen lassen)**
4. **Mit welchen Worten und wie beschreiben Eltern ihre Beziehung zu ihrem Kind und wie dessen Wesen (Bsp. der ist wie sein Scheißvater..)?**
5. **Wie beschrieben Eltern die Stärken und Schwächen ihres Kindes?**
6. **Erstellen eines Schutzplanes**
7. **Einschalten von Hilfen (Erziehungsberatung, HzE, Therapie...)**

5.3.3 Die körperliche Misshandlung

Begriffsklärung: Unter körperlicher Kindesmisshandlung können alle Handlungen von Eltern oder anderen Bezugspersonen verstanden werden, die durch Anwendung von körperlichem Zwang bzw. Gewalt für einen einsichtigen Dritten vorhersehbar zu erheblichen physischen oder psychischen Beeinträchtigungen des Kindes und seiner Entwicklung führen oder vorhersehbar ein hohes Risiko solcher Folgen bergen. Körperliche Misshandlungen sind nicht zufällige körperliche Verletzungen eines Kindes in Folge von Handlungen der Eltern oder Erziehungsberechtigten. (Siehe § 1631 BGB)

Standards zur Vorgehensweise des ASD

1. **Hausbesuche in Augenscheinnahme des Kindes zunächst Einschätzung, ob leichte oder schwere, ob einmalige oder chronische Formen der Misshandlung vorliegen**
2. **Erstellen eines Schutzplanes bei sichtbaren Hinweisen oder hohem Verdacht**
3. **Vorstellen beim Kinderarzt/Kinderklinik ggf. Aufnahme in Kinderklinik zur Entwicklungsüberprüfung und gleichzeitigem Untersuchung auf alte und innere Verletzungen**
4. **Erziehungsverhalten und Erziehungsstrategien abfragen, ggf. Angebote für Erziehungsberatung, Therapie, ambulante oder teilstationäre Hilfe zur Erziehung**
5. **Falls keine elterlichen Ressourcen oder keine Kooperationsbereitschaft der Eltern vorhanden sind, Inobhutnahme gem. § 42 oder Einleitung einer stationären Hilfe zur Erziehung**

Münchhausen-Stellvertreter-Syndrom:

Eine Sonderform stellt das Münchhausen-Stellvertreter-Syndrom dar: Eine schwere seelische Störung, bei der Mütter an ihren Kindern Krankheiten vortäuschen oder willentlich erzeugen. Die Kinder tragen neben körperlichen Beschwerden schwere seelische Störungen davon. Hier manipulieren dann die Mütter nicht an sich (wenngleich bisweilen zusätzlich), sondern an einem oder mehreren ihrer Kindern. Es sollen also Symptome vorgetäuscht oder verstärkt werden, um das Kind in Kliniken aufnehmen zu lassen, ja um medizinische Eingriffe bis hin zu Operationen zu provozieren.

Solche Mütter erscheinen - nach außen - erst einmal besonders fürsorglich und besorgt. Dabei fällt zuerst einmal die überaus enge Beziehung zwischen beiden auf sowie der sonderbare Umstand, dass dieses Kind selbst schmerzhaft Eingriffe geduldig über sich ergehen lässt, wenn sie von der Mutter in die Wege geleitet wurden.

Solchen Müttern empfinden und behandeln das Kind nicht als eigenes Individuum, sondern als ein Teil des eigenen Lebens und der eigenen Person.. Will sich also die Mutter psychologisch durch Selbstmanipulationen entlasten, kann sie das beim erweiterten Münchhausen-Syndrom auch dadurch, dass sie ihr Kind in nutzlose medizinische Manipulationen schickt. Und wird ihr das verwehrt, so ist ihr damit eine Art "selbst-therapeutische Behandlungsschiene" genommen, und sie gerät in eine schwere psychische Notsituation.

Ursachen liegen u. a. in Überforderung, Unsicherheit in der Mutter-/Betreuerrolle und einem übersteigerten Bedürfnis nach Anerkennung, "Gebrauchtwerden" und Liebe.

Standards zur Vorgehensweise des ASD

- 1. Zunächst muss man um diese seltene und besondere Form der Kindesmisshandlung wissen; das sichere Erkennen ist schwierig.**
- 2. Mögliche Hinweise beachten wie: dringliche Vorstellung beim Arzt bei geringfügigen Problemen; häufige Arztbesuche und wechselnde Ärzte und Kliniken; Eltern schildern vor der ärztlichen Untersuchung die vollständige Anamnese und Diagnosen mit Fachbegriffen.**
- 3. Wenn ein solcher Verdacht besteht, sollten bei einer stationären Behandlung keine RoomingIn-Möglichkeiten gegeben werden bzw. Mutter und Kind getrennt voneinander gehalten werden.**
- 4. Die Vorgehensweise ist eng mit den behandelnden Ärzten, Psychologen bzw. Psychiatern abzustimmen.**

5.3.4 Der sexuelle Missbrauch

Grundsatz: dem Kind, dem Jugendlichen wird Glauben geschenkt

Ziel: Schutz des Kindes, des Jugendlichen

Weg: Überprüfung des familiären und sozialen Umfeldes, Schutzmaßnahme ergreifen, Perspektiven erarbeiten und anbieten, ggf. Hilfeangebote

Definition: Sex. Gewalt gegen Kinder stellen alle sex. Handlungen eines Erwachsenen/Jugendlichen mit, an oder vor einem Kind dar, die dazu dienen, seine eigenen Bedürfnisse nach Nähe und Intimität, nach Macht und Kontrolle, nach Sex zu befriedigen. Dabei nutzt der Täter seine Macht und Autorität aus, um gegenüber dem abhängigen und/oder körperlich unterlegenen Kind seine Interessen (mit Geheimhaltungsgebot durch Druck und Drohungen) durchzusetzen. Das Kind ist aufgrund seiner kognitiven, emotionalen und psychosexuellen Entwicklung nicht fähig, im wissentlichen Einverständnis den sexuellen Kontakten zuzustimmen oder abzulehnen.

Dynamik von Sex. Missbrauch:

- **Vertrauensmissbrauch:** Sexuelle Handlungen werden aus einem vertrauten Verhältnis heraus „scheinbar unmerklich“ in alltägliche Spielsituationen eingebunden. Oder es wird suggeriert, dass das Handeln des Täters „normal“ sei. Täter redet dem Kind ein, selbst Verantwortung an dem Geschehen zu tragen und ihn „verführt“ zu haben. Aufgrund des Vertrauensverhältnisses glaubt das Kind dem Täter, obwohl ihm die Handlungen „komisch“ vorkommen.
- **Geheimhaltung:** aufgrund des Vertrauensverhältnisses, dem Machtgefälle und dem kindlichen Gefallen an Geheimnissen wird Geheimhaltung erreicht. Geheimhaltung wird verstärkt durch Drohungen, Schläge und Isolation durch Abwertung/Bevorzugung des Kindes im Familienverband. Dadurch wiederum wird die Beziehung zur Mutter/ Geschwistern gestört. Das Kind kann sich niemanden mehr anvertrauen. Hinzu kommt die Angst des Kindes, durch Aufdeckung des Geheimnisses die Familie zu zerstören.
- Wenn das soziale Umfeld/ Mutter nichts bemerkt/bemerken will, glaubt das Kind, dass sein Erleben gesellschaftlich und familiär gebilligt und deshalb normal ist.
➔ aufgrund der beschriebenen Dynamik wird der Missbrauch schweigend ertragen.

Symptome für sexuellen Missbrauch:

Es gibt kein Missbrauchssyndrom! Viele Alarmsignale sind unspezifisch und können eben so gut auch Signale für andere psychische Belastungen des Kindes/Jugendlichen sein. Auch körperliche Befunde sind nur selten eindeutige Hinweise.

Momentan gelten folgende spezifische Verletzungen als deutlichere Hinweise auf sex. Übergriffe: Verletzungen im Genitalbereich, an den Innenseiten der Oberschenkel, im Brustbereich, altersunangemessenes sexualisiertes Verhalten.

Aber sie sind immer im Kontext der gesamten Entwicklung des Kindes/Jugendlichen und der Einflüsse zu betrachten.

Gefährdende Faktoren:

- emotionale Deprivation und soziale Isolation
- Zuneigung zu dem Erwachsenen, der das Kind ausbeuten will
- Anfälligkeit für Belohnungen, die der Erwachsene anbietet
- Angst vor Strafen
- körper- und sexualfeindliche Erziehung
- mangelnde Info über körperliche und sexuelle Vorgänge
- Gewohnheit, eigene Bedürfnisse zu Gunsten anderer – insb. Erwachsener zurückzustellen
- Gewöhnung an die Missachtung der persönlichen Integrität
- Erleben eigener Macht- und Hilflosigkeit in Beziehungen zu Erwachsenen

Standards zur Vorgehensweise des ASD

Meldung/Kenntnis von sexuellem Missbrauch (Phase 1)

Mögliche Anzeichen im Verhalten, in Aussagen und in der körperlichen Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen können entsprechend der o.a. Erläuterungen beobachtet und wahrgenommen werden. In diesem Stadium kann sich ein **vager Verdacht** entwickeln.

Abklärung folgender Fragen:

- Liegen die Verdachtsmomente innerhalb oder außerhalb der Familie?
- Wird der Missbrauch im Rahmen eines Familiengerichtsverfahrens genannt?
- Berichtet ein betroffenes Kind/ein Jugendlicher von sich aus vom Missbrauch und bittet um Hilfe?
- Handelt es sich um ein kleines Kind, mit dem Gespräch noch nicht/kaum möglich sind?
- Lebt das Kindes/Jugendlichen in seiner Familie, in einer Pflegefamilie oder in einer Jugendhilfeeinrichtung?
- Gegen wen richtet sich der Verdacht?
- Aus welchem Kulturkreis stammt das Kind und seine Familie?

Verdachtsabklärung (Phase 2):

Ziel dieser Phase ist es, für das Kind, den Jugendlichen besonders aufmerksam zu sein, Kontakt zu dem Kind/Jugendlichen zu intensivieren und die Art der möglichen Belastung genauer abzuklären. Es geht also nicht darum, fertige Diagnosen zu erstellen oder gar Indizien für Beweise zu erhalten.

Die Fachkraft für sexuellen Missbrauch ist hier obligatorisch einzuschalten zur kollegialen Beratung bzw. zur Einberufung einer Helferkonferenz.

(Siehe hierzu „Anregungen zum Gespräch mit dem missbrauchten Kind/Jugendlichen“ im Anhang S. 26)

Verdachtsaufklärung (Phase 3):

Der vage Verdacht hat sich erhärtet. Von einer Aufklärung des Verdachtes kann dann gesprochen werden, wenn das Kind mit einer Vertrauensperson über den Missbrauch spricht und berichtet, was geschieht/geschehen ist. Abhängig ob der Missbrauch innerhalb oder außerhalb des familiären Umfeldes stattfindet erfolgt die Offenlegung. Mit Offenlegung muss der Missbrauch sofort beendet werden, d.h. Schutzmaßnahmen müssen detailliert vorbereitet sein.

Das Gespräch mit den Eltern, von denen ein Teil der mutmaßliche Täter ist:

Grundsatz: Eltern, die ihr Kind missbrauchen/missbrauchen lassen, geht es in einem solchen Gespräch nicht per se um das Wohl des Kindes. Will man den Missbraucher erreichen oder zu einem (Teil-)Geständnis bringen, muss man viel über die Tat wissen (wie ist der Verdacht entstanden? Wer hat wann was zu wem gesagt? Wer hat wann was wo beobachtet?)

Zur Klärung dieser Fragen ist eine Helferkonferenz im Vorfeld hilfreich; hier soll auch entschieden werden, ob und welche Maßnahmen zur Verdachtsklärung vor der Offenlegung durchgeführt werden sollen und welche Kinderschutzmaßnahmen nötig sind. Ggf. muss ein Kind vor dem Offenlegungsgespräch in Obhut genommen werden, weil Täter den Druck auf das Kind erhöhen, wenn die Gefahr der Aufdeckung besteht.

Rahmen: Gespräch sollte immer von zwei Jugendamtsmitarbeitern geführt werden. Ort sollte das Jugendamt, die Beratungsstelle, aber nicht die Privatwohnung der Familie sein. Die Zeit muss genau festgelegt werden und die Inobhutnahme des Kindes vorbereitet sein.

Grundhaltung des Jugendamtes gegenüber den Eltern ist klar und offen, dabei werden Verdacht und Konsequenzen deutlich benannt. Es ist hilfreich, wenn bereits im Vorfeld/Helferkonferenz Ansprechpartner für die Eltern gefunden sind, so dass diesen Hilfe angeboten werden kann, soweit sie kooperationsbereit sind.

Ziele des Offenlegungsgespräches:

1. Kennenlernen der Eltern (familiäre Gewohnheiten/ Rituale, Auftreten der Eltern Umgang mit Sexualität, Grenzen der Einzelpersonen); Kennenlerngespräche dienen nicht dazu, den Missbrauchsverdacht zu klären. Der Weg zur Klärung des Verdachtes geht immer über das Kind und mögliche Zeugen. Diese Kennenlerngespräche können bereits vor einem Offenlegungsgespräch, evtl. im Rahmen eines Hausbesuches geführt werden, um die Wahrnehmung zu sensibilisieren, und um einen eigenen Eindruck zu gewinnen.

2. Konfrontation mit dem Verdacht und Absprachen:

Je mehr Details zum Missbrauch bekannt sind, um so eher gelingt es die Kooperationsbereitschaft der Eltern zu gewinnen. Der Täter muss erkennen, dass er keine Chance hat, den Missbrauch zu leugnen und dass er durch Kooperation/Geständnis sogar Vorteile hat (in der Familie, beim Familiengericht, beim Strafverfahren). Das Jugendamt kann allerdings nicht versprechen, dass es nie zu einer Anzeige kommen wird, da das Kind irgendwann alleine darüber entscheiden wird.

3. Das Jugendamt versucht in diesem Gespräch, die Einwilligung der Eltern zu Schutz- und Hilfsmaßnahmen für das Kind und ggf. zu weiteren Maßnahmen zur Verdachtsklärung zu erreichen. Dabei kann das Jugendamt versuchen, den „liebvollen/fürsorglichen Anteil“ in der Täterperson anzusprechen. Hier ist absolute Klarheit des Jugendamtes erforderlich (denn der Täteranteil in einer Person wird i.d.R. leugnen, verschleiern, bagatellisieren).

Das Offenlegungsgespräch sollte mit genauen Absprachen enden: Zieht der Täter aus? Wohin kommt das Kind? Welche Auflagen für den Beschuldigten? wer unterstützt den anderen Elternteil? Was soll bis zum nächsten Elterngespräch erledigt sein? Wird Anzeige erstattet? Alle Absprachen aber auch alle Verweigerungen müssen schriftlich festgehalten werden. Am Ende dieses Gespräches muss klar sein, ob die weiteren Schritte mit den Eltern gemeinsam oder mit einem Elternteil geplant werden können oder ob die Anrufung des Familiengerichtes notwendig ist (evtl. Entzug des Sorgerechts, Aussetzung des Umgangs). Grundsätzlich muss beiden Elternteilen Hilfe angeboten werden: Beratung, um den nicht- missbrauchenden Elternteil zur Kooperation zu gewinnen, Täterberatung/-therapie.

Grundsätzlich gilt: Je näher die familiäre Bindung des Täters (Kindsvater, Opa mütterlicherseits) zum Kind ist, um so verworrener sind die Beziehungen innerhalb der Familie untereinander (Bsp. Kindsmutter ist als Ehefrau, Mutter oder Tochter betroffen), um so schwieriger sind dann auch Schutzmöglichkeiten für das Kind innerhalb seiner Familie.

Schutzmaßnahmen (Phase 4)

Rechtliche Handlungsfelder des Jugendamtes:

- vorläufige Schutzmaßnahme durch Inobhutnahme (§ 42 KJHG)
- Mitteilung an das Familiengericht (§ 8a KJHG)
- Familiengerichtliche Maßnahmen:

Die Situation, Interessen und Wünsche der Minderjährigen sind dabei vorrangig zu berücksichtigen. Dennoch ist die Trennung von Täter und Opfer nach Offenlegung wichtiges Ziel. Je nach Situation gibt es unterschiedliche rechtliche Vorgehensweisen:

1. Vater ist der Täter und Mutter will sich von ihm trennen: Mutter beantragt beim Familiengericht das alleinige Sorgerecht, den Ausschluss des Umgangs und ggf. die Zuweisung der Ehewohnung. Außerdem kann sie beim Familiengericht nach § 1666 BGB beantragen, dass der Kindsvater die Wohnung zu verlassen hat und ein Kontaktverbot erteilt wird.
2. Der Stiefvater/Freund der Mutter ist der Täter, sie will sich trennen: Kindsmutter beantragt beim Familiengericht ein Umgangsverbot verbunden mit der Anweisung, die Wohnung zu verlassen = „Go-Order“ (§ 1666 BGB)

3. Mutter will sich nicht trennen (egal, ob vom Kindsvater, Stiefvater oder Freund): das Jugendamt beantragt beim Familiengericht den Entzug des Sorgerechts, Herausgabe des Kindes/Jugendlichen und Kontaktverbot (§ 1666 BGB)
4. Die Mutter ist nach der Scheidung allein sorgeberechtigt: Wird das Kind/der Jugendliche während des Besuchkontaktes vom Kindsvater sex. missbraucht, soll die Kindsmutter den Ausschluss des Umgangs beantragen
5. Der nicht sorgeberechtigte Vater oder ein Dritter ist der Täter: Beim Familiengericht ist Kontaktverbot oder Ausschluss des Umgangs zu beantragen. Daneben kommt auch eine Unterlassungsklage bzw. Unterlassungsverfügung des allgem. Zivilgesetzes in Betracht.

Verfahrenspfleger: Das Familiengericht bestellt i.d.R. einen Verfahrenspfleger (=Anwalt des Kindes; § 70 FGG), wenn Maßnahmen wegen Kindeswohlgefährdung wie Trennung des Kindes/Jugendlichen von seiner Familie oder Entziehung der gesamten Personensorge in Betracht kommen. Falls das FG nicht tätig wird, kann das JA auf die Notwendigkeit eines Verfahrenspflegers hinweisen. Verfahrenspfleger wird nicht benötigt, wenn das Kindes/Jugendliche von einem Rechtsanwalt oder einer anderen geeigneten Person angemessen vertreten wird.

Ergänzungspfleger:

Schränkt das Familiengericht die Personensorge nur für bestimmte Bereiche ein, erhält das Kind/der Jugendliche für diese Angelegenheiten einen Ergänzungspfleger (evtl. vorläufig). Im Falle eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens sind Eltern rechtlich verhindert, über das Zeugnisverweigerungsrecht (§ 52 StPO) des Kindes/Jugendlichen zu entscheiden, sobald ein Elternteil beschuldigt ist. Aussagegenehmigungen erteilt dann ein Ergänzungspfleger, sobald er geprüft hat, ob das Strafverfahren dem Interesse des Kindes/Jugendlichen dient und wie das Kind/der Jugendliche unterstützt werden muss.

Strafrechtliches Ermittlungsverfahren:

Das Jugendamt ist nicht verpflichtet, einen Verdacht sexuellen Missbrauchs den Strafverfolgungsbehörden zu melden; die Entscheidung hierfür muss es in eigener fachlicher Verantwortung im Rahmen von kollegialer Teamberatung treffen. Ggf. sollte man sich bei fachlicher Unsicherheit von externen Spezialisten (z.B. Juristen, Polizei, Ärzte) beraten lassen.

Bei einer Intervention bzgl. sex. Missbrauchs muss immer damit gerechnet werden, dass es zu einem Strafverfahren kommt, deshalb muss sich der Sachbearbeiter entsprechend verhalten. D.h. alle Infos, alle getroffenen Entscheidungen und die eingeleiteten Maßnahmen sind sorgfältig zu dokumentieren (Vgl. Aktenführungsheft Jugendamt Main-Tauber-Kreis).

Umgang des Täters mit Kind:

Ob der Verdacht sexuellen Missbrauchs einen völligen Abbruch der Umgangskontakte rechtfertigt, hängt von der Intensität des Tatverdachts ab. Wenn es aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse möglich erscheint, dass ein sex. Missbrauch begangen wurde, ist eine Einschränkung des Umgangs bis hin zum Ausschluss grundsätzlich notwendig.

Eine Beschränkung auf ein begleitetes Umgangsrecht kann die dem Kindeswohl drohende Gefahren nicht hinreichend abwehren. Sollte gerade ein Strafverfahren laufen, kann der Täter versuchen, (indirekt) Einfluss auf das Kind zu nehmen, so dass das Kind in einen Loyalitätskonflikt kommen kann. Außerdem kann ein erneutes Zusammentreffen mit dem Täter eine Retraumatisierung hervorrufen.

Fachkräfte für sexuellen Missbrauch:

Intern: Frau Knödler

Extern: Frau Hach-Wilimzik Kontaktstelle gegen sex. Missbrauch bei CV Tauberbischofsheim

Die Vorgehensweise unterscheidet sich bei missbrauchten Kindern und Jugendlichen! (siehe Anhang S. 27)

6. Dokumentation und Schutzplan

Die Dokumentation

Grundsätzlich ist das vorliegende Aktenführungskonzept zu verwenden. Darüber hinaus ist im Kinderschutzfall folgendes besonders zu beachten:

- Fallbesprechungen und Arbeitsabsprachen sind für alle Beteiligten transparent zu dokumentieren
- Alle Entscheidungen mit ihren Begründungen und alle Äußerungen des Kindes, des Jugendlichen, der Eltern bzw. anderen Personen, die den Entscheidungen zugrunde liegen müssen nachvollziehbar schriftlich festgehalten werden
- Alle Absprachen, aber auch alle Verweigerungen müssen schriftlich festgehalten werden
- Fakten und Bewertungen sind deutlich voneinander zu trennen. Alle beteiligten Fachkräfte dokumentieren den in ihren Aufgabenbereich fallende Hinweise und Einschätzungen.
- Die Bündelung aller Informationen erfolgt durch den fallzuständigen ASD

Der Schutzplan

Nachdem gemeinsam mit den Personensorgeberechtigten eine Risikoabschätzung zur Kindeswohlgefährdung erfolgt ist, kann gemeinsam ein Schutzplan entwickelt und fixiert werden. Voraussetzungen für die Erstellung des Schutzplans sind die Einsicht der Eltern, dass eine Gefährdung für das Kindeswohl besteht, und die gleichzeitige Bereitschaft, diese Situation aktiv verändern und Missstände beseitigen zu wollen. Dabei sind mit den Eltern eigene Ressourcen zu erarbeiten und geeigneten Hilfen zur Abwendung der Kindeswohlgefährdung anzubieten. Es kann sich hierbei auch um Hilfen nach dem SGB VIII (§§ 16, 17, 18, 19, 22, 27ff) handeln.

Es muss gemeinsam mit dem ASD ein individueller Schutzplan für das betroffene Kind entwickelt werden. Die entsprechenden Prozesse müssen ausführlich dokumentiert werden. Es ist erforderlich, den Schutzplan gemeinsam mit den Personensorgeberechtigten zu fixieren und verbindlich zu unterzeichnen. Dabei müssen die Personensorgeberechtigten die Absprachen einhalten und umsetzen, der ASD hat dabei die Kontrollfunktion.

Der Schutzplan muss die Handlungsschritte konkret und nachvollziehbar benennen und verbindliche Zeiträume (ggf. auch Konsequenzen) festlegen, in denen die Absprachen erledigt sein müssen. Die Personensorgeberechtigten werden über die Kontrollmaßnahmen des Jugendamtes informiert. Die dritten Helfer werden bei den Absprachen einbezogen bzw. durch das Jugendamt zumindest informiert. Entsprechende und pünktliche Kontrollen erfolgen durch das Jugendamt.

Selbst wenn die Vermittlung in eine andere Hilfe gelungen ist, ist der Schutzauftrag noch nicht erledigt. Sondern es muss darauf geachtet werden, ob eine positive Entwicklung erkennbar ist. Über einen zu definierenden Zeitraum muss das JA die Umsetzung des Schutzplanes begleiten, die Effekte einschätzen, ggf. Änderungen vornehmen und Erfolgs- und Abbruchkriterien entwickeln.

Beispiele, die im Schutzplan enthalten sein können:

- ✓ unaufgeforderte Vorlage des Vorsorgehefts
- ✓ Vorstellen des Kindes beim (Kinder-)Arzt im 14-tägigen (variabel) Rhythmus
- ✓ Vorstellen des Kindes in der Kinderklinik zur Entwicklungsüberprüfung
- ✓ Schweigepflichtentbindung (Jugendamt, Arzt, Beratungsstelle, Schule, Kindergarten...)
- ✓ unangemeldete Hausbesuche durch ASD
- ✓ Kooperation mit dem Jugendamt
- ✓ Einbeziehung familiärer oder privater Ressourcen („Kooperationsverträge“)
- ✓ Einbeziehung anderer professioneller Helfer mit gleichzeitiger Schweigepflichtentbindung
- ✓ Vorlegen von Drogenscreenings (nur über Gesundheitsamt) über mind. ½ Jahr hinweg
- ✓ Absprachen für Umgangskontakte

- ✓ mindestens ein Elternteil muss das Kind vor der Gefahr (z.B. vor Übergriffe durch Dritte) schützen
- ✓ Zeitlicher Bezug, mit genauer Angabe wann der Schutzplan „abgearbeitet“ sein muss
- ✓ Einleitung einer HzE-Maßnahme (damit alleine ist der Schutzauftrag noch nicht erledigt)

Ein Kinderschutzfall beginnt mit einer Meldung und der anschließenden Gefahren-einschätzung, differenziert sich durch die unterschiedlichen Erscheinungsformen und endet, wenn alle entsprechenden Standards zur jeweiligen Vorgehensweise (siehe 5.3) abgearbeitet wurden.

7. Zuständigkeitswechsel bei Kindeswohlgefährdung

Das Kreisjugendamt Main-Tauber-Kreis verfährt im Falle eines Zuständigkeitswechsels bei Kindeswohlgefährdung, in Anlehnung an die entsprechende Empfehlung des Deutschen Städtetags:

Die abgebende Fachkraft muss Fallübergabe so gestalten, dass die übernehmende Fachkraft darauf vertrauen kann, alle relevanten Infos, insbesondere die über eine mögliche Kindeswohlgefährdung erhalten zu haben. Für die Transparenz der Darstellung ist die abgebende Fachkraft verantwortlich.

Deshalb ist vor der Fallabgabe ein zusammenfassender Sachstandsvermerk anzufertigen. Dabei müssen besondere Probleme/Konflikte gekennzeichnet sein und Aspekte der Zusammenarbeit mit der Familie deutlich hervorgehoben werden. Bei Verdacht auf Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung sind die Anhaltspunkte und Einschätzungen besonders kenntlich zu machen. Grundsätzlich muss ein persönliches Übergabegespräch zwischen abgebender und übernehmender Fachkraft stattfinden. Die Leitung des Sozialen Dienstes bestätigt durch Unterschrift die Kenntnisnahme des zusammenfassenden Sachstandsvermerks.

Ist wegen der Entfernung ein persönliches Übergabegespräch nicht möglich, so soll der zusammenfassende Sachstandsvermerk dem übernehmendem Jugendamt umgehend in doppelter Ausfertigung zugesandt und telefonisch der übernehmenden Fachkraft erläutert werden. Dieses Telefonat ist vom abgebenden Jugendamt kurz zu dokumentieren, an das übergebende Jugendamt zum Gegenzeichnen weiterzuleiten. Die gegengezeichnete Niederschrift des Telefonats wird dann wieder an das abgebende Jugendamt zurückgeschickt.

8. Qualitätssicherung

Die Sicherung der Qualität in Kinderschutzfällen im Jugendamt Main-Tauber-Kreis erfolgt durch:

- Die Einhaltung der Verbindlichen Standards im Kinderschutzfall
- Kollegialer Austausch
- Regelmäßige Fortbildung
- Supervision
- Regelmäßige Überarbeitung und Anpassung der Konzeption
- Orientierung an den Vorgaben des KVJS

9. Anhang

9.1 Roter Meldebogen

Meldung einer Kindeswohlgefährdung

(als Ergänzung zum Aktenvermerk)

persönlich ☐ telefonisch ☐ schriftlich ☐ selbst ☐ fremd ☐ anonym ☐

Datum, Uhrzeit	
Name u. Alter des betroffenen Kindes/ Jugendlichen	weitere Kinder:
Adresse, Tel. Nr.:	
Wer hat das SoR ?	
Kindergarten/ Schule Hort/ Tagespflege o. ä.	
Wo ist das Kind/Jugendliche momentan ?	
Wer meldet? (verwandt, Institution..) Name, Adresse, Tel. am besten erreichbar?	
Wer oder was gefährdet das Kind/Jugendlichen (Einschätzung des Melders); eigene Beobachtungen, Hörensagen, Vermutung Situation der Eltern(Gewalt, Alkohol, Drogen, Krankheit)	
Seit wann besteht diese Gefährdung? (Einschätzung des Melders), einmalig, langfristig	
Warum die Meldung gerade jetzt? akut?	
Was hat der Melder bislang unternommen, um dem Kind/Jugendlichen zu helfen?	
Wer kann noch Informationen geben?	
Steht eine Person/Fähigkeit als Ressource zur Verfügung?	
Was erwartet der Melder vom JA? Ist Fam. über Meldung informiert? Sind bereits andere Dienste informiert?	
Vereinbarung mit dem Melder (Hinweis: Anruf beim JA entbindet nicht von der eigenen Verantwortung); Kooperation mit Melder möglich?	

aufgenommen von:

.....
Name, Funktion

9.2 Protokoll – Gefahreneinschätzung

Vorinformationen durch Einwohnermeldeamt,
Kindergarten, Schule

Name des Kindes/der Kinder:

Tag/Zeit der Einschätzung:

Ort der Einschätzung:

Fallverantw. Sozialarbeiter:

Beteiligte Fachkräfte:

Folgende Kriterien geben im Rahmen einer Gefährdungsmeldung oder eines anderweitigen Kontaktes einen Hinweis auf einen unverzüglichen Handlungsbedarf:

Einschätzungshinweise:

Belege:

Es werden Verhaltensweisen einer gegenwärtigen Betreuungsperson geschildert, die zu schweren Verletzungen bzw. Gesundheitsgefährdungen geführt haben oder leicht dazu hätten führen können.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Ein betroffenes Kind ist aufgrund von Alter oder Gesundheitszustand als besonders verletzlich anzusehen.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Es liegen Hinweise auf ein unberechenbares Verhalten einer Betreuungsperson vor, etwa aufgrund von Suchtmittelmissbrauch, psychischer Erkrankung oder ausgeprägter Erregung.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Es ist bekannt, dass eine Betreuungsperson in der Vergangenheit ein Kind erheblich gefährdet oder geschädigt hat.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Eine andere Person, die das Kind aktuell schützen könnte, ist nicht vorhanden.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Sonstiges:	
Zu den oben genannten Kriterien liegen zu wenige Informationen vor.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

Gefährdungseinschätzung:

keine Gefährdung ☐
geringe Gefährdung ☐
akute Gefährdung ☐
chronische Gefährdung ☐

Bearbeitungshinweise:

sofort ☐
innerhalb 24 Stunden ☐
innerhalb einer Woche ☐
mehr als eine Woche ☐

Datum, Unterschrift

Zur Vorlage an Sachgebietsleitung!

9.3 Ablauf im Kinderschutzfall

- Eine erste Einschätzung hat bereits stattgefunden, zugrunde liegt der „Rote Meldebogen“ und das „Protokoll Gefahreneinschätzung“
- Bei Gefahr in Verzug ist die Polizei und/oder das Rote Kreuz einzuschalten
- Ein Hausbesuch ist aufgrund der Gefahreneinschätzung erforderlich
- Bevor man das Jugendamt verlässt, denken an:
 - „Notfall – Koffer“ (Inhalt: Familiengericht -Kurzbericht, Vordruck Inobhutnahme, Schutzplan, Schweigepflichtentbindungen wichtige Telefonnummern, 20 €-Schein für Notfall)
 - Handy, Kindersitze

Erster Hausbesuch	zu zweit, nach Möglichkeit durch Mann und Frau, (sachgebietsübergreifend)
Kennen lernen der aktuellen Situation	alle Mitglieder der Kernfamilie kennen lernen mindestens aber das betroffene Kind und ein Elternteil sehen und sprechen
Wohnungsbegehung	Mind. Kinderzimmer, Küche, Bad/WC anschauen
Gespräch mit den Betroffenen	Anlass des Hausbesuches und Auftrag des Jugendamtes bekannt geben Tagesablauf schildern lassen Betreuungssituation Besonderheiten abfragen
Augenscheinnahme des Kindes, sich ein „Bild“ vom Kind machen (mit dem Bewusstsein um den Inhalt der Kinderschutzbögen)	Kind anschauen (Säuglinge wickeln lassen), altersgerechtes Gespräch mit Kind führen U-Heft zeigen lassen
Informationsmöglichkeiten erweitern	Schweigepflichtentbindungen geben lassen (Arzt, Kindergarten, Schule) ggf. im Umfeld (Nachbarn) nachfragen
Dokumentation	Beobachtungen, Eindrücke und Wahrnehmungen (sehen, hören, riechen) dokumentieren, evtl. mit Kamera festhalten
Kollegiale Beratung vor, während und nach dem Hausbesuch	Einschätzung von: Versorgung, Erscheinungsbild, Kooperationsbereitschaft Hypothesen aufstellen und dokumentieren
Zweiter und weitere Hausbesuch bei Bedarf zur prozesshaften Begleitung	Hypothesen abchecken, belegen oder widerlegen und dokumentieren. Orientierungskataloge nach und nach bearbeiten/ausfüllen mit dem Bewusstsein herauszuarbeiten, welche Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden.

Als Alarmzeichen gelten:

„tief“ traurige Kinder, distanzloses Verhalten, Entwicklungsverzögerungen, Sprachverzögerungen, fehlende Gesundheitsfürsorge, mangelnde Hygiene, unzureichende Kleidung, unangemessene, mangelnde Nahrung, Untergewicht, Kleinwuchs, Nichterkennen von Gefahren, Verletzung der Aufsichtspflicht, vermüllte Wohnung

Als Risikogruppen gelten:

Säuglinge und Kleinkinder (0-3 Jahre), Risikokinder, suchtmittelabhängige Eltern, psychisch auffällige Eltern, alleinerziehende Mütter, (meist junge) überforderte Eltern, Eltern, die auffallen durch Unwissen, mangelnde Handlungsstrategien, fehlender Kooperationsbereitschaft und Passivität)

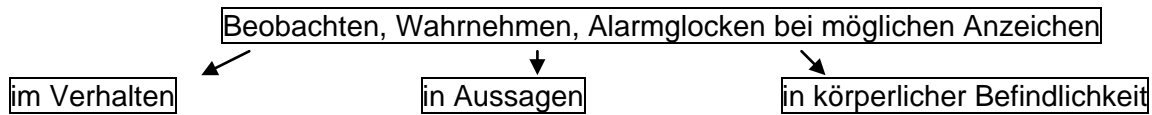
Zur Beurteilung von Gefährdungssituationen sind ggf. andere Stellen einzuschalten, z.B.:

Polizei, Gesundheitsamt, Ärzte/Kliniken, Beratungsstellen, Schulen/Kindergärten, Betreuungseinrichtungen, -personen, Notunterkünfte, Ordnungsämter, Ausländeramt
AGAS/Sozialamt

9.4 Ablauf im Missbrauchsfall

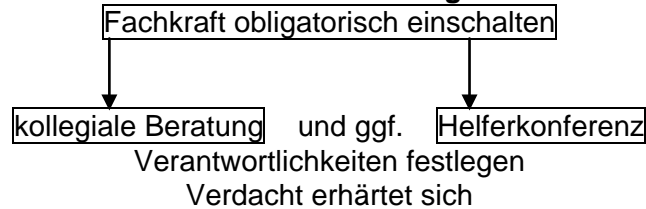
1. Phase des vagen Verdachts:

Meldung/Kennntnis von Sex. Missbrauch

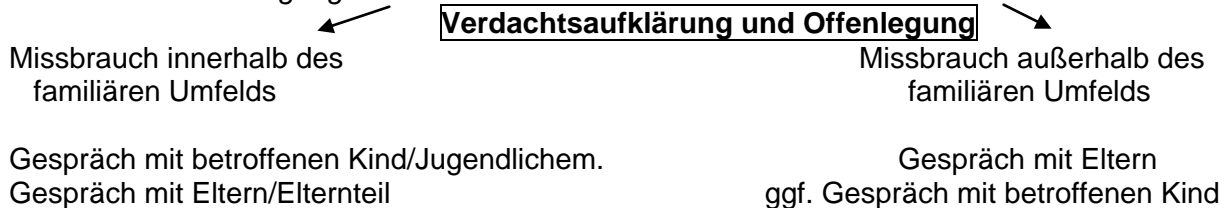


2. Phase der Klärung des Verdachts

Verdachtbklärung

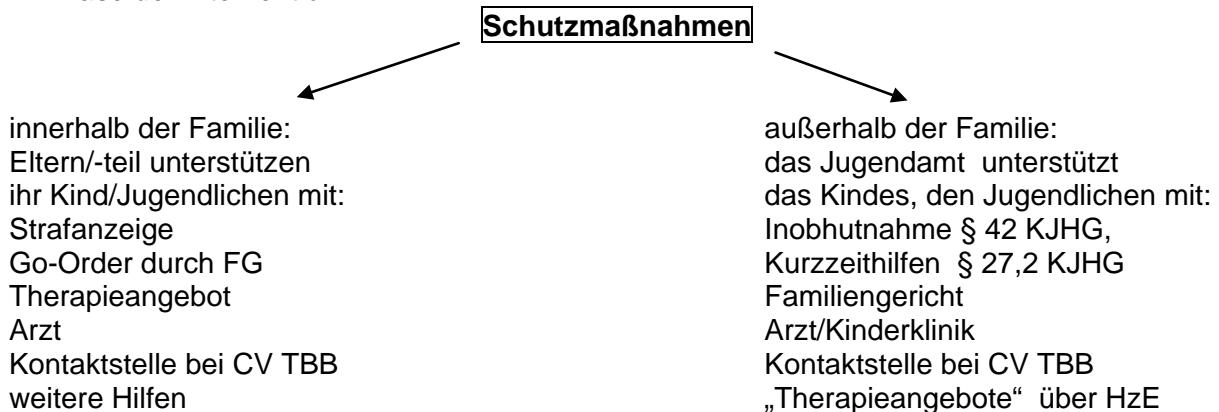


3. Phase der Offenlegung:



Nach Offenlegung muss der Missbrauch sofort beendet werden, d.h. Schutzmaßnahmen müssen detailliert vorbereitet sein.

4. Phase der Intervention:



9.5 Anregungen zum Gespräch mit dem missbrauchten Kind/Jugendlichen:

- * Die Aufklärung geschieht meistens während einer aufmerksamen und einfühlsamen Begleitung des Kindes durch eine Vertrauensperson (KiTa, KiGa, Schule, Einrichtung, Erziehungsbeistand/Therapeut, Tagesmutter u.ä.).
- * Aus Sicht des Kindes ist es zunächst wichtig, dass es sich anvertrauen kann, ohne dass sofort über Konsequenzen gesprochen wird.
- * Kinder und Jugendliche benötigen Zeit, sich Alternativen zu ihrer bisherigen Lebenssituation vorstellen und annehmen zu können.
- * Ob, wann, in welcher Form und an welchen Orten und Situationen sexueller Missbrauch stattfindet, kann nur mit Hilfe des betroffenen Kindes geklärt werden.
- * Wer mit dem Kind das entscheidende Aufklärungsgespräch führt, muss in der Helferkonferenz abgesprochen werden.
- * Es gibt widersprüchliche, vielleicht verworrene Angaben oder Verhaltensweisen von Kindern, die auch vor dem Hintergrund des gesamten Entwicklungsstandes nur schwer einzuschätzen sind, dann ist es ratsam, dass ein kinderpsychologisch geschulter Experte das Gespräch führt.
- * Möglicherweise müssen weitere medizinische bzw. psychiatrische Untersuchungen durchgeführt werden.
- * Bei sehr kleinen Kindern, mit denen noch nicht gesprochen werden kann, ist eine gutachterliche Diagnostik erforderlich.
- * Das Setting sollte sich an den Wünschen des Kindes orientieren (Schmusetier, Vertrauensperson), ruhigen und sicheren Gesprächsrahmen wählen (keinesfalls in der Wohnung des potentiellen Täters), ausreichend Zeit muss zur Verfügung stehen, und richtiger Zeitpunkt ist zu wählen.
- * Eröffnung Bsp.: „Du bist in der letzten Zeit so still, traurig, wütend....Ich glaube, dass dich etwas bedrückt. Magst du mir erzählen, was los ist?“ Falls das Kind schweigen will, muss das zunächst akzeptiert werden. Missbrauchte Kinder unterliegen einem Schweigegebot, deshalb ist es notwendig, explizit die Erlaubnis zum Sprechen zu geben, Unterschied zwischen guten und schlechten Geheimnissen aufzuzeigen. Wenn sich das Kind äußert, lässt man es erzählen.
- * Wenn es Details der sexuellen Handlungen schildert, nicht ausweichen, sondern sich auf die Sprache des Kindes einlassen (also auch von Pipi/Pimmel sprechen und nicht von Vagina/Penis).
- * W-Fragen sind erlaubt (wer hat dich angefasst? Was hat er mit dir gemacht? Wo hat er dich berührt? Kannst du mir das sagen oder willst du mir das zeigen?
- * Suggestives Fragen und Warum - Fragen (warum hast du das nicht früher erzählt? Warum hast du dich nicht gewehrt?) sind unangebracht. Letztendlich geht es durch diese Fragetechniken auch darum, dass der Täter als aktiver Part benannt wird und keine zusätzlichen Schuldgefühle bei dem Kind ausgelöst werden.

9.6 Vorgehen bei sexuellem Missbrauch von Kindern innerhalb der Familie:

- Ruhe bewahren!
- Überstürztes Handeln schadet nur! Bei einer zu frühen Konfrontation des Täters verschließt sich die Familie und das Opfer bleibt dem Missbrauch schutzlos ausgeliefert.
- Für eigene Entlastung sorgen durch die Anspruchnahme von
- Kollegialer Beratung, Beratung durch Fachkraft für sexuellen Missbrauch oder fallbezogene Supervision
- Kinder kommen meist nicht selbst zum Jugendamt, sondern der Missbrauch wird über eine Vertrauens- / Kontaktperson gemeldet. Diese Person gilt es zunächst zu unterstützen, damit sie den Kontakt zum Kind intensiviert und eine tragfähige Beziehung herstellt
- Klären, welche weiteren Personen Kontakt zum Kind/zur Familie haben (Kindergarten, Arzt, Lehrer) und ob es eine Kontaktperson zur Mutter gibt.
- Fakten zusammentragen (Äußerungen des Kindes in der Schule/Kindergarten) und schriftlich dokumentieren.
- Kontaktpersonen davon abhalten, unüberlegt anzuzeigen.
- Helferkonferenzen organisieren, um Fakten zusammenzutragen, auszuwerten und Verantwortungen zu verteilen.
- Unterbringung für Kind, Geschwister und Mutter vorbereiten.
- Gespräch mit der Mutter über den Missbrauch mit dem Ziel, diese zu unterstützen und für eine Zusammenarbeit zu gewinnen.
- Konfrontation des Täters
- Umgehende räumliche Trennung des Täters vom Opfer. Falls der Täter nicht auszieht oder die Mutter sich nicht sofort für eine Trennung vom Partner entscheiden kann, muss das Kind aus der Familie herausgenommen werden. Auf jeden Fall ist darauf hinzuwirken, dass der Täter die Wohnung verlässt - auch zum Schutz der Geschwisterkinder und der Mutter.
- Aufzeigen von Beratungs- und Therapieangeboten für Opfer, Geschwister und Mutter (Mutter und Opfer benötigen jeweils eine eigene parteiliche Beratung).
- Falls Täter geständig ist, diesen in ein Therapieangebot vermitteln.
- Klären, ob Anzeige sinnvoll und im Interesse des Opfers ist oder ob zivil-/ familienrechtliche Maßnahmen ausreichen, um den Schutz zu gewährleisten.
- Im Falle einer Anzeige sollten die Interessen des Opfers durch eine Nebenklage vertreten werden.

Vorgehen bei sex. Missbrauch von Jugendlichen innerhalb der Familie:

- Ruhe bewahren! Überstürztes Handeln schadet nur!
- Für eigene Entlastung sorgen durch die Anspruchnahme von
- Kollegialer Beratung, Beratung durch Fachkraft für sexuellen Missbrauch oder fallbezogene Supervision
- dem Jugendlichen glauben, dass er missbraucht wurde, auch wenn er noch weiter mit dem Täter zusammenleben möchte und nicht detailliert über den Missbrauch spricht
- Mit dem Jugendlichen überlegen, wie er sich wehren kann; welche Widerstandsformen hat er bereits entwickelt
- Dem Opfer zusichern, dass man nichts unternimmt, was nicht zuvor mit ihm gemeinsam besprochen wurde. Aber auch sagen, dass der ASD jetzt Verantwortung für das Opfer übernimmt und ggf. eine Entscheidung für seinen Schutz treffen muss.
- Alternativen zum Elternhaus aufzeigen
- Die Isolation des Opfers langsam lösen, indem weitere Vertrauenspersonen des Opfers im gemeinsamen Gespräch informiert und deren Unterstützungsbereitschaft für das Opfer geweckt wird
- Fakten zusammentragen (Hinweise des Jugendlichen) und schriftlich dokumentieren.
- Falls bereits Anzeige erstattet wurde oder eine Anzeige geschaltet werden soll, Anwalt mit Nebenklage beauftragen
- Helferkonferenzen organisieren und durchführen, um Fakten zusammenzutragen, auszuwerten und Verantwortungen zu verteilen
- Ggf. Gespräch mit der Mutter über den Missbrauch mit dem Ziel, diese zu unterstützen und für eine Zusammenarbeit zu gewinnen
- Ggf. Konfrontation des Täters
- Falls der Täter von Dritten über den Verdacht informiert wurde, muss der Schutz des Jugendlichen gewährleistet sein (räumliche Trennung)
- Vermittlung in Therapie oder Selbsthilfegruppe.

10 Literaturverzeichnis

- Grundgesetz
- Bürgerliches Gesetzbuch
- Sozialgesetzbuch (SGB VIII)
- Strafgesetzbuch
- UN-Kinderrechtskonventionen
- Deutscher Kinderschutzbund
- Praxishandbuch „Kindeswohlgefährdung“ für den ASD
- DJJ
- Gegen sexuellen Missbrauch, Manuela Dörsch & Karin Aliochin
- Kindesmisshandlung, Erkennen und Helfen 1993, BmFS
- Verändertes Kinder- und Jugendhilferecht, Reader 2005
- Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz, Münder 2000
- Stuttgarter Kinderschutzbogen
- Orientierungskatalog

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Ausübung des staatlichen Wächteramtes im Kinderschutz

Der Staat muss bei einer Intervention im Rahmen des staatlichen Wächteramtes immer den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten. Das Elternrecht soll so wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Ein Eingriff in das elterliche Erziehungsrecht ist dann verhältnismäßig, wenn er geeignet, erforderlich und angemessen ist. Das heißt, es muss der Grad des elterlichen Versagens bestimmt werden. Daraus werden dann Maßnahmen abgeleitet, um das Defizit der Eltern auszugleichen.

Diese Maßnahmen sind geeignet, wenn sie kausal dazu führen können, dass die Erziehungskompetenz der Eltern verbessert und das Kindeswohl in der Familie gesichert wird. Erforderlich ist ein Mittel, wenn durch ein milderer Mittel, eines dass die Allgemeinheit oder die Eltern weniger belastet, nicht der gleiche Erfolg erzielt werden kann. Angemessen ist eine Maßnahme, wenn die Vorteile gegenüber den Nachteilen überwiegen. An dieser Stelle findet regelmäßig eine Güterabwägung statt. Die Intensität des staatlichen Eingriffs hängt von der Schwere des elterlichen Versagens ab. Vor Ergreifen von staatlichen Maßnahmen sind das Ausmaß und die Wahrscheinlichkeit der Beeinträchtigung des Kindeswohls einzuschätzen. Je schwerwiegender eine mögliche Kindeswohlbeeinträchtigung ist, desto geringer darf die Eintrittswahrscheinlichkeit sein.

Verwaltungsvereinbarung
„Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“
2012 – 2015

(gem. § 3 Absatz 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz)

Die Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch

das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

- nachstehend „Bund“ genannt -

und

das Land Baden-Württemberg,

der Freistaat Bayern,

das Land Berlin,

das Land Brandenburg

die Freie Hansestadt Bremen

die Freie und Hansestadt Hamburg,

das Land Hessen,

das Land Mecklenburg-Vorpommern,

das Land Niedersachsen,

das Land Nordrhein-Westfalen,

das Land Rheinland-Pfalz,

das Saarland,

der Freistaat Sachsen,

das Land Sachsen-Anhalt,

das Land Schleswig-Holstein,

der Freistaat Thüringen

- nachstehend „Länder/Land“ genannt -

schließen folgende Verwaltungsvereinbarung über die oben genannte Bundesinitiative:

P r ä a m b e l

Alle Kinder haben ein Recht auf ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen. Säuglinge und Kleinkinder sind besonders verletzlich und damit schutzbedürftig. Daher ist es wichtig, die ersten Lebensmonate und -jahre im Blick zu haben. Diese sind von herausragender Bedeutung für die gesamte weitere Entwicklung des Kindes. Die meisten Kinder wachsen in behüteten und liebevollen Verhältnissen auf, manche werden jedoch in belastende Lebensumstände hineingeboren. In diesen Fällen sind Frühe Hilfen ein Mittel, die Eltern bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen und damit auch präventiv und wirksam Vernachlässigung und Misshandlung vorzubeugen. Viel Leid kann verhindert werden, wenn wir - die Gesellschaft und alle einzelnen - Verantwortung für das gesunde Aufwachsen von Kindern übernehmen.¹

Es gibt bereits viele gute Angebote für junge Familien. Die Hilfe- und Unterstützungsangebote sind breit gefächert. Zahlreiche Einrichtungen und Dienste stehen bereit, um Familien zu unterstützen. Als starke und erfahrene Partner stehen in Deutschland das Gesundheitssystem und die Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung. Jedoch mangelt es manchmal am Wissen um die Möglichkeiten des anderen. Die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Systemen ist wichtig. Auf diese Weise können frühzeitig Belastungen von Familien erkannt und passende Unterstützung angeboten werden. Zum Wohle der Kinder ist es unerlässlich, dass die Verantwortlichen in den Systemen in regelmäßigem Kontakt miteinander stehen, dass persönliche oder strukturelle Hemmnisse für Kooperation abgebaut werden.

Ziel ist eine Stärkung der Frühen Hilfen, die sich an alle Eltern ab der Schwangerschaft und an Eltern mit Kleinkindern wenden, um über Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren und insbesondere Eltern in belasteten Lebenslagen spezifische Hilfen anzubieten. Bund und Länder wollen faire Chancen und gute Lebensbedingungen von Anfang an für Kinder im gesamten Bundesgebiet sicherstellen. Dafür ist eine intensive Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen und Dienste (§ 3 Absatz 2 KKG) notwendig, die in einem lokalen Netzwerk unter Einbindung von Familienhebammen und auch unter Einbeziehung ehrenamtlicher Strukturen koordiniert werden müssen. (Fußnote Definition NZFH)

¹ NZFH (2009): Begriffsbestimmung „Frühe Hilfen“ (online). Köln: NZFH, 01.09.2009 (Zitierdatum: 24.08.2010), abrufbar unter http://www.fruehehilfen.de/fileadmin/user_upload/fruehehilfen.de/downloads/60816KonzeptFrueheHilfen.pdf

Die Bundesinitiative soll die bereits bestehenden Aktivitäten von Ländern und Kommunen zur Etablierung verbindlicher Netzwerke mit Zuständigkeit für Frühe Hilfen und zur Einbindung von Familienhebammen und vergleichbaren Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich in diese Netzwerke ergänzen, das heißt mit zusätzlichen Maßnahmen deren Ausbau und die Weiterentwicklung befördern oder in den Bereichen, wo es noch keine entsprechenden Strukturen und Angebote gibt, den Auf- und Ausbau modellhaft anregen. Dazu greift sie auch auf die Erfahrungen im Aktionsprogramm des Bundes „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ von 2006 bis 2010 und die in diesem Zusammenhang in den Ländern erprobten Konzepte zurück. Die Maßnahmen der Bundesinitiative sollen regionale Gegebenheiten berücksichtigen, um nicht bereits vorhandene Strukturen zu ersetzen oder Parallelstrukturen aufzubauen.

Artikel 1

Ziel der Bundesinitiative

- (1) Das Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) ist Grundlage der Bundesinitiative. Ziel dieses Gesetzes ist es, das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu schützen und ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung zu fördern. Dazu dient die Bundesinitiative mit den in § 3 KKG festgelegten Schwerpunkten.

- (2) Die Bundesinitiative soll für Bund und Länder übergreifende Erkenntnisse erbringen hinsichtlich
 1. der strukturellen Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Ausstattung von Netzwerken mit Zuständigkeit für Frühe Hilfen, und des systematischen Einbezuges des Gesundheitswesens,
 2. der Einsatzmöglichkeiten, der Anbindung und der Funktion von Familienhebammen und vergleichbaren Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich in Netzwerken mit Zuständigkeit für Frühe Hilfen,
 3. der Möglichkeiten und Grenzen des Einbezugs ehrenamtlichen Engagements im Kontext der Frühen Hilfen zum Beispiel hinsichtlich der Übergänge von ehrenamtlichem Engagement und professionellem Handeln und der Qualitätsstandards für den Einsatz Ehrenamtlicher.

Dabei soll untersucht werden, ob und wie mit diesen Maßnahmen eine Verbesserung der Situation von belasteten Eltern und ihren Kindern im Sinne der Ziele des KKG erreicht werden kann.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden mit Blick auf die Notwendigkeit der weiteren Ausgestaltung gesetzgeberischer Regelungen und die Überprüfung von bestehenden Gesetzen unter besonderer Berücksichtigung der Verschränkung von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen ausgewertet. Auch die Ausgestaltung des Fonds soll auf der Grundlage der Erkenntnisse der Bundesinitiative erfolgen.

Artikel 2

Gegenstand der Förderung

- (1) Förderfähig im Sinne dieser Verwaltungsvereinbarung sind ausschließlich Maßnahmen, die nicht schon am 1. Januar 2012 bestanden haben. Darüber hinaus sind erfolgreiche modellhafte Ansätze förderfähig, die als Regelangebot ausgebaut werden sollen.

- (2) Die Bundesinitiative fördert den Aus- und Aufbau und die Weiterentwicklung von Netzwerken mit Zuständigkeit für Frühe Hilfen. Sie sind Voraussetzung für den Einsatz von Familienhebammen und vergleichbaren Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich auch unter Einbeziehung ehrenamtlicher Strukturen. Ihr Einsatz ist auch in der Aufbauphase von Netzwerken förderfähig. Bei den vorgesehenen Personalstellen gilt das Besserstellungsverbot. Die Vergütung der freiberuflich tätigen Familienhebammen und vergleichbaren Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich wird nur in angemessener Höhe gewährt. Einzelheiten regeln die Fördergrundsätze der Länder.

- (3) Förderfähig sind Netzwerke mit Zuständigkeit für Frühe Hilfen,
 - die mindestens die Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe, relevante Akteure aus dem Gesundheitswesen (wie zum Beispiel der öffentliche Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Geburts- und Kinderkliniken, Kinderärzte und -ärztinnen sowie Hebammen), Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes sowie Einrichtungen der Frühförderung einbinden sollen (§ 3 Absatz 2 KKG),

- bei denen der örtliche Träger der Jugendhilfe (sofern Landesrecht keine andere Regelung trifft) eine Koordinierungsstelle mit fachlich qualifizierter Koordination vorhält,
- die Qualitätsstandards - auch zum Umgang mit Einzelfällen - und Vereinbarungen für eine verbindliche Zusammenarbeit im Netzwerk vorsehen,
- und die regelmäßig Ziele und Maßnahmen zur Zielerreichung auf der Grundlage der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII festlegen und die Zielerreichung überprüfen.

Gefördert werden insbesondere Sach- und Personalkosten für:

1. den Einsatz von Netzwerkkoordinatoren und -koordinatorinnen in den Koordinierungsstellen,
2. Qualifizierung und Fortbildung der Netzwerkkoordinatoren und -koordinatorinnen,
3. Maßnahmen zur Dokumentation und Evaluation der Netzwerkprozesse,
4. Förderung der konkreten Arbeit von Netzwerkpartnern in Form von - im Schwerpunkt interdisziplinär ausgerichteten - Veranstaltungen oder Qualifizierungsangeboten,
5. Maßnahmen zur unterstützenden Öffentlichkeitsarbeit.

(4) Förderfähig sind der Einsatz von Familienhebammen und vergleichbaren Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich im Kontext Früher Hilfen. Sie sollen dem vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen (NZFH) erarbeiteten Kompetenzprofil entsprechen oder in diesem Sinne qualifiziert und in ein für Frühe Hilfen zuständiges Netzwerk eingegliedert werden. Die Länder haben die Möglichkeit, ein darüber hinausgehendes Profil festzulegen.

Gefördert werden insbesondere Sach- und Personalkosten für:

1. den Einsatz von Familienhebammen und Familiengesundheitshebammen, sowie den Einsatz von Hebammen, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegern, Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen, Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegern, Familiengesundheitspflegerinnen und Familiengesundheitspflegern, die dem Kompetenzprofil entsprechen.
2. Qualifizierung, Fortbildung, Fachberatung und Supervision für die genannten Fachkräfte,
3. Erstattung von Aufwendungen für die Teilnahme der genannten Fachkräfte an der Netzwerkarbeit,

4. Maßnahmen zur Qualitätssicherung wie der Dokumentation des Einsatzes in den Familien.

(5) Förderfähig sind Ehrenamtsstrukturen und in diese Strukturen eingebundene Ehrenamtliche im Kontext Früher Hilfen, die

- in ein für Frühe Hilfen zuständiges Netzwerk eingebunden sind,
- hauptamtliche Fachbegleitung erhalten,
- Familien alltagspraktisch begleiten und entlasten und zur Erweiterung sozialer familiärer Netzwerke beitragen.

Gefördert werden insbesondere Sach- und Personalkosten für:

1. Maßnahmen zur Qualitätssicherung für den Einsatz von Ehrenamtlichen,
2. Koordination und Fachbegleitung der Ehrenamtlichen durch hauptamtliche Fachkräfte,
3. Schulungen und Qualifizierungen von Koordinatoren und Koordinatorinnen und Ehrenamtlichen,
4. Fahrtkosten, die beim Einsatz der Ehrenamtlichen entstehen.
5. Erstattungen von Aufwendungen für die Teilnahme der Koordinatorinnen und Koordinatoren sowie der Ehrenamtlichen an der Netzwerkarbeit.

(6) Gefördert werden nach bedarfsgerechter Zurverfügungstellung der in Absatz 3 und 4 genannten Maßnahmen auch weitere zusätzliche Maßnahmen zur Förderung Früher Hilfen, die nicht bereits am 01.01.2012 bestanden haben. Darüber hinaus sind erfolgreiche modellhafte Ansätze förderfähig, die als Regelangebot ausgebaut werden sollen. Die genannten Voraussetzungen müssen dem Bund gesondert dargelegt werden.

(7) Förderfähig ist die in Artikel 5 näher bezeichnete Koordination auf Landesebene.

(8) Förderfähig ist die in Artikel 6 näher bezeichnete Koordination auf Bundesebene.

Artikel 3

Grundlage und Höhe der Bundesmittel

Der Bund gewährt auf dieser Grundlage die Finanzmittel im Rahmen der Bundesinitiative zweckgebunden und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel wie folgt:

Haushaltsjahr 2012	30 Millionen Euro
Haushaltsjahr 2013	45 Millionen Euro
Haushaltsjahr 2014	51 Millionen Euro
Haushaltsjahr 2015	51 Millionen Euro

Artikel 4

Verteilung und Verwaltung der Bundesmittel

- (1) Die Bundesmittel werden wie folgt verwaltet:
 1. Für die unter Artikel 2 Absatz 1 bis 7 genannten Förderbereiche werden die Bundesmittel durch die Länder verwaltet.
 2. Für den unter Artikel 2 Absatz 8 genannten Förderbereich werden die Bundesmittel durch den Bund verwaltet.

- (2) Die Verteilung der Bundesmittel auf die Länder erfolgt, nach Vorweg-Abzug der Kosten für die Koordination des Bundes (Artikel 6) und der Länder (Artikel 5) nach einem Verteilschlüssel, der sich jeweils zu 1/3 nach dem Königsteiner Schlüssel, der unter 3-jährigen im SGB II Leistungsbezug und der Anzahl der unter 3-jährigen berechnet. Diese Verteilung ist der beigefügten Tabelle I zu entnehmen.

- (3) Für die Förderbereiche der Bundesinitiative, in denen die Bundesmittel durch die Länder an die Kreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden (sofern Landesrecht vorsieht, dass sie örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind) weitergeleitet werden, erarbeiten die Länder Fördergrundsätze im Einvernehmen mit dem Bund, mit denen eine flächendeckende Partizipation dieser kommunalen Gebietskörperschaften ermöglicht werden kann. Hierbei finden die von den Ländern erstellten Konzepte Beachtung.

- (4) Die Länder stellen im Rahmen der Fördergrundsätze sicher, dass die kommunalen Gebietskörperschaften ebenfalls ihren bisherigen Ausbau im Bereich der Frühen Hilfen darlegen und ihr jeweiliges Entwicklungsinteresse darstellen.
- (5) Die Länder teilen dem Bund beginnend mit dem Jahr 2013 bis zum 15.10. eines jeden Jahres mit, ob die zugewiesenen Mittel im laufenden Haushaltsjahr in vollem Umfang verbraucht werden. Sollten Mittel zurückfließen oder werden Mittel von Ländern nicht abgerufen, entscheidet der Bund über deren weitere Verwendung im Rahmen der Ziele dieser Verwaltungsvereinbarung.

Artikel 5

Koordination auf Landesebene

- (1) Die Länder richten für die Dauer der Bundesinitiative eine Koordinierungsstelle für Qualifizierung, Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung in den einzelnen Förderbereichen nach Artikel 2 und für den länderübergreifenden fachlichen Austausch einschließlich des Vollzuges dieser Verwaltungsvereinbarung sowie die Beratung der Kommunen ein. Ferner unterstützen sie die Koordinierungsstelle auf Bundesebene bei der Evaluation der Bundesinitiative. Dafür stehen jedem Land jährliche Mittel zur Verfügung, die der beigefügten Tabelle II zu entnehmen sind.
- (2) Die Länder erhalten Mittel zur Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen für Netzwerkkoordinatorinnen und -koordinatorinnen, Familienhebammen und vergleichbaren Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich sowie für Koordinatoren und Koordinatorinnen von Ehrenamtlichen.
- (3) Für die Koordinierung nicht verbrauchte Mittel können in den einzelnen Förderbereichen nach Artikel 2 und Artikel 5 Absatz 2 eingesetzt werden.

Artikel 6

Koordination auf Bundesebene

- (1) Der Bund richtet für die Dauer der Bundesinitiative beim NZFH eine Koordinierungsstelle ein. Aufgaben sind die inhaltliche Umsetzung und Koordinierung auf Bundesebene, die modellhafte Erprobung und Evaluation der Praxis zwecks Qualitätsentwicklung und Qualifizierung sowie die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Strukturaufbaus in Ländern und

Kommunen. Die Evaluation der Bundesinitiative erfolgt unter Berücksichtigung der in den Ländern bereits vorliegenden Evaluationsergebnisse. Ziel ist die Ermittlung der Versorgungsqualität der Familien und ihrer Kinder durch die Bundesinitiative und im Rahmen der dauerhaften Fondslösung. Darin enthalten sind ebenfalls Studien zur Weiterentwicklung der Frühen Hilfen in den Förderbereichen nach Artikel 2. Für die Koordinierungsstelle werden Bundesmittel in Höhe von insgesamt 4 Mio. € jährlich gewährt (2012: 1,1 Mio. Euro). Sie soll ihre Arbeit spätestens zum 01.07.2012 aufnehmen.

- (2) Die Stelle unterstützt den länderübergreifenden Austausch über die Qualifizierungs- und Qualitätsentwicklungskonzepte der Länder. Dadurch können während der Dauer der Bundesinitiative zeitnahe Synergien genutzt werden und Ergebnisse der Modellerprobungen und Evaluationen für die Praxisentwicklung in den Ländern nutzbar gemacht werden.
- (3) Aufgabe der Stelle ist es auch, die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Bundesinitiative auszugestalten und zu koordinieren. Die Länder unterstützen den Bund bei öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen im Rahmen der Bundesinitiative.

Artikel 7

Inhaltliche Steuerung

Die Steuerung der Bundesinitiative erfolgt durch eine Steuerungsgruppe, bestehend aus drei vom Bund, vier von den Ländern, und je einen von den Kommunalen Spitzenverbänden zu benennenden Vertretungen. Das NZFH wird als ständiger Gast vertreten sein.

Die Steuerungsgruppe tagt mindestens zwei Mal im Jahr und befasst sich mit folgenden Grundsatzthemen:

- Zusätzlichkeit der geförderten Maßnahmen,
- Qualitätssicherung im Rahmen der einzelnen Förderbereiche,
- Struktur und Schwerpunktsetzung der Berichte gemäß Artikel 8,
- Wissenschaftliche Begleitung,
- Praxisentwicklung- und Unterstützung vor Ort,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Artikel 8

Evaluation und Sicherung der Nachhaltigkeit

- (1) Bis zum 30.06.2014 erstellen Bund und Länder auf der Grundlage der begleitenden Evaluation der Bundesinitiative durch die Koordination auf Bundesebene einen Zwischenbericht über die erreichten Wirkungen der Bundesinitiative in Ländern und Kommunen. Darin enthalten sind konkrete Empfehlungen zur weiteren Umsetzung auf der Basis der Ergebnisse und Erfahrungen. Dieser Bericht soll dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden.
- (2) Ab dem 30.06.2014 sind auf der Grundlage des Zwischenberichtes im Rahmen der Steuerungsgruppe Gespräche zwischen Bund, Ländern und Kommunen über notwendige Anpassungen mit Blick auf den einzurichtenden Fonds vorgesehen.
- (3) Bis zum 31.12.2015 erstellen Bund und Länder einen Abschlussbericht, der dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden soll.

Artikel 9

Mitwirkungspflicht bei der wissenschaftlichen Begleitung

- (1) Die Länder stellen im Rahmen ihrer Fördergrundsätze sicher, dass folgende Daten auf kommunaler Ebene im Rahmen der Evaluation der Bundesinitiative durch die Koordinierungsstelle des Bundes erhoben werden können:
 1. Im Kontext des Auf- und Ausbaus sowie der Weiterentwicklung von Netzwerken mit Zuständigkeit Frühe Hilfen werden anhand eines standardisierten Erhebungsinstrumentes insbesondere Daten erhoben und zur Verfügung gestellt: zur Struktur und den Konzepten der lokalen Netzwerke, Aufgaben, Profil und Qualifizierung der Netzwerkkoordinatorinnen und -koordinatoren, Beteiligung der Netzwerkpartnerinnen und -partner sowie Steuerung der Netzwerkarbeit und ihre Wirkungen.
 2. Im Kontext des Einsatzes von Familienhebammen und vergleichbaren Berufsgruppen werden anhand eines standardisierten Erhebungsinstrumentes insbesondere Daten erhoben und zur Verfügung gestellt: zur Aus- Fort- und Weiterbildung der Fachkräfte, Modellen des Einsatzes, der Koordination sowie der Qualitätssicherung und der strukturellen

Einbindung der Fachkräfte. Darüber hinaus sollen auch Daten zu den betreuten Familien erhoben werden (Dokumentationsbogen des NZFH für die Familienhebammen und vergleichbare Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich).

3. Im Kontext des Einsatzes von Ehrenamtlichen werden anhand eines standardisierten Erhebungsinstrumentes insbesondere Daten erhoben und zur Verfügung gestellt: zur Koordination und Einbindung Ehrenamtlicher in das lokale Netzwerk, der Schulung und Begleitung von Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren und Ehrenamtlichen, der strukturellen Merkmale des Angebots sowie zur die Zielgruppe begleitender ehrenamtlicher Strukturen in den Frühen Hilfen.

(2) Die Länder stellen darüber hinaus Daten zu Maßnahmen auf Landesebene zur Verfügung:

1. Koordination der Qualifizierung, Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung ,
2. Rahmenkonzepte zur Weiterentwicklung und Qualitätssicherung der Netzwerkarbeit,
3. Qualifizierungsangebote für Netzwerkkoordinatoren und -koordinatorinnen, Familienhebammen und vergleichbare Berufsgruppen aus dem Gesundheitsbereich sowie für Koordinatorinnen und Koordinatoren der Ehrenamtlichen,
4. Qualitätsprüfung der Anbieter solcher Qualifizierungsangebote,
5. Übergeordnete Tätigkeiten der Koordinierungsstellen auf Landesebene: Beratung der Kommunen im Kontext der Bundesinitiative und Unterstützung des länderübergreifenden fachlichen Austausches.

(3) Die konkreten Erhebungsgegenstände und die Verfahren der Datenerhebung werden unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen in der Steuerungsgruppe festgelegt.

Artikel 10

V e r f a h r e n

(1) Die Länder erstellen zur Erreichung der in Artikel 1 genannten Ziele ein länderspezifisches Gesamtkonzept unter Berücksichtigung der kommunalen Gegebenheiten. Die Umsetzung erfolgt in zwei Förderphasen. Erster Förderzeitraum 01.07.2012 bis 30.06.2014 und zweiter Förderzeitraum 01.07.2014 bis 31.12.2015. Diese Länderkonzepte sind an den Bund zu richten.

(2) In den Länderkonzepten sind darzustellen:

1. der bisherige Ausbau der Frühen Hilfen und der Netzwerke im jeweiligen Land sowie das weitere Entwicklungsinteresse,
 2. der Einsatz der Bundesmittel entsprechend der Aufteilung der Förderbereiche gemäß Artikel 2.
- (3) Die vorgelegten Länderkonzepte werden hinsichtlich der in Artikel 1 und 2 genannten Ziele und Fördergegenstände durch den Bund geprüft. Nach positiver Prüfung der einzelnen Länderkonzepte werden die Bundesmittel im Rahmen des Verfahrens (s. Art. 11) durch den Bund zur Verfügung gestellt.

Artikel 11

Haushaltsrechtliche Durchführung

- (1) Der Bund weist den Ländern unter Anwendung der Tabelle I (nach Artikel 4 Absatz 2) und der Tabelle II (nach Artikel 5 Absatz 1) mit Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres die zur Verfügung stehenden Bundesmittel zur Bewirtschaftung zu.
- (2) Die Zuweisung der Mittel erfolgt im automatisierten Verfahren für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen des Bundes (HKR-Verfahren) auf der Grundlage des vorzulegenden jährlichen aktuellen Maßnahmenplans nach Artikel 10 Absatz 2 Nr. 2. Die Mittel sind von den Ländern bedarfsgerecht aus dem Bundeshaushalt ausbezahlen und in den Haushalten der Länder zu vereinnahmen.
- (3) In den Haushalten der Länder vereinnahmte Mittel sind von den Ländern unverzüglich an die Endbegünstigten weiterzuleiten.
- (4) Die Bewirtschaftung der in den Haushalten der Länder vereinnahmten Mittel richtet sich nach dem Haushaltsrecht der Länder.
- (5) Die Mittel sind wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.

Artikel 12

Nachweis der Mittelverwendung

- (1) Die Länder übersenden dem Bund innerhalb von neun Monaten nach Abschluss des jeweiligen Haushaltsjahres (erstmalig zum 30.09.2013) einen geprüften Zwischennachweis über die zweckentsprechende Inanspruchnahme und Verwendung der Bundesmittel zahlenmäßig

aufgeschlüsselt nach den einzelnen Förderbereichen nach Artikel 2. Die Vorlage des geprüften Gesamtverwendungsnachweises erfolgt innerhalb von neun Monaten nach Abschluss der Maßnahme.

- (2) Die Zwischennachweise sowie der Gesamtverwendungsnachweis bestehen aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis.
- (3) Der Sachbericht beinhaltet die Darstellung des bisherigen Projektverlaufs auf der Grundlage des vorgelegten Länderkonzeptes. In diesem werden ferner die bisher erzielten Ergebnisse kurz dargelegt und den vorgegebenen Zielen gegenübergestellt. Hierbei ist auf die wichtigsten Positionen des zahlenmäßigen Nachweises einzugehen. Ferner ist die Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit zu erläutern. Darüber hinaus beinhaltet er Schlussfolgerungen und Perspektiven für die über die Bundesinitiative hinausgehende Fondslösung.
- (4) Die Länder unterrichten den Bund bis zum 15.10. eines jeden Jahres ferner über einschlägige Prüfungsbemerkungen ihrer obersten Rechnungsprüfungsbehörden.

Artikel 13

Rückforderung von Bundesmitteln und Verzinsung

- (1) Die Länder fordern die Bundesmittel zurück, wenn die geförderten Maßnahmen ihrer Art nach nicht den in Artikel 1 festgelegten Zielen entsprechen und gemäß Artikel 2 als nicht förderwürdig anerkannt sind oder zu viel Mittel abgerufen wurden. Eine Rückzahlung erfolgt auch dann, wenn die Mittel nicht innerhalb des Förderzeitraums verbraucht wurden. Nach den Sätzen 1 und 2 zurückgezahlte Beträge sind zu verzinsen. Der Zinssatz bemisst sich nach dem jeweiligen Zinssatz für Kredite des Bundes zur Deckung von Ausgaben zur Zeit der Fristüberschreitung. Der Zinssatz wird vom Bundesministerium der Finanzen jeweils durch Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden bekannt gegeben. Zurückgezahlte Mittel und Zinsen sind unverzüglich an den Bund abzuführen. Gleiches gilt für Ansprüche, die den Ländern im Zusammenhang mit den Bundesmitteln aus anderem Rechtsgrund oder gegen Dritte entstehen.
- (2) Mittel und Zinsen, die die Länder entgegen Absatz 1 Satz 5 nicht unverzüglich an den Bund abführen, sind nach Absatz 1 Satz 4 zu verzinsen. Artikel 6 Absatz 1 der Grundvereinbarung gilt entsprechend.

- (3) Soweit die Länder Letztempfänger von Bundesmitteln sind, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

Artikel 14

I n k r a f t t r e t e n u n d L a u f z e i t

Diese Vereinbarung tritt nach Unterzeichnung der Vertragsschließenden mit Wirkung vom 01.07.2012 in Kraft und gilt bis zum 31.12.2015.

Artikel 15

S c h r i f t f o r m

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Anlagen zur

Verwaltungsvereinbarung

„Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“

TABELLE I

- Aufteilung der Leistungen nach § 3 Abs. 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) –

Bundes- land	Nach Königsteiner Schlüssel 2012 ¹		Unter 3-Jährige im SGB II Leistungsbezug ²			Unter 3-Jährige ³			Verteilerschlüssel*				
	v. H.	Anteil von 26,02 Mio Euro - in Euro -	Anzahl in 2010	v. H.	Anteil von 26,02 Mio Euro - in Euro -	Anzahl in 2010	v. H.	Anteil von 26,02 Mio Euro - in Euro -	1/3 nach Königsteiner Schlüssel 2012	1/3 unter 3- Jährige im SGB II Leistungsbezug	1/3 unter 3-Jährige	Summe in Euro	Anteil von 100 %
BW	12,93143	3.364.758	30.840	7,7	1.991.198	272.282	13,4	3.497.642	1.121.586	663.733	1.165.881	2.951.199	11,3
BY	15,22505	3.961.558	32.086	8,0	2.071.647	315.259	15,6	4.049.710	1.320.519	690.549	1.349.903	3.360.971	12,9
BE	5,07477	1.320.455	35.246	8,7	2.275.673	97.433	4,8	1.251.591	440.152	758.558	417.197	1.615.907	6,2
BB	3,07156	799.220	15.433	3,8	996.438	56.299	2,8	723.198	266.407	332.146	241.066	839.619	3,2
HB	0,93354	242.907	5.791	1,4	373.898	16.649	0,8	213.867	80.969	124.633	71.289	276.891	1,1
HH	2,55023	663.570	11.915	3,0	769.297	50.907	2,5	653.934	221.190	256.432	217.978	695.600	2,7
HE	7,30187	1.899.947	28.324	7,0	1.828.751	154.238	7,6	1.981.289	633.316	609.584	660.430	1.903.329	7,3
MV	2,06015	536.051	12.338	3,1	796.608	39.449	1,9	506.748	178.684	265.536	168.916	613.136	2,4
NI	9,40134	2.446.229	37.251	9,2	2.405.127	190.245	9,4	2.443.822	815.410	801.709	814.607	2.431.726	9,3
NW	21,21997	5.521.436	100.828	25,0	6.510.004	442.369	21,8	5.682.521	1.840.479	2.170.001	1.894.174	5.904.654	22,7
RP	4,80847	1.251.164	16.129	4,0	1.041.376	94.678	4,7	1.216.201	417.055	347.125	405.400	1.169.580	4,5
SL	1,22715	319.304	4.753	1,2	306.880	21.151	1,0	271.699	106.435	102.293	90.566	299.294	1,2
SN	5,14393	1.338.451	27.387	6,8	1.768.254	103.595	5,1	1.330.746	446.150	589.418	443.582	1.479.150	5,7
SA	2,90793	756.643	17.328	4,3	1.118.790	52.141	2,6	669.786	252.214	372.930	223.262	848.406	3,3
SH	3,36391	875.289	14.076	3,5	908.823	67.179	3,3	862.959	291.763	302.941	287.653	882.357	3,4
TH	2,77870	723.018	13.277	3,3	857.235	51.713	2,6	664.288	241.006	285.745	221.429	748.180	2,9
Summe	100,00000	26.020.000	403.002	100,0	26.020.000	2.025.587	100,0	26.020.000	8.673.333	8.673.333	8.673.333	26.020.000	100,0

Geringfügige Änderungen sind auf Rundungsdifferenzen zurückzuführen.

Erläuterungen zur Tabelle I:

¹ Dem Königsteiner Schlüssel für das Haushaltsjahr 2012 liegen das Steueraufkommen im Jahr 2010 und die Bevölkerungszahl von 2010 zugrunde
(Quelle: Bundesanzeiger Nr. 178 vom 25. November 2011)

² Bestand an Personen in Bedarfsgemeinschaften im Alter von unter 3 Jahren; Jahresdurchschnitt 2010.
(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

³ Anzahl der Kinder unter 3 Jahren in den jeweiligen Ländern auf der Grundlage der Geburtenzahlen der Jahre 2008/2009/2010
(Quelle: Statistik der Geburten – Genesis online Datenbank; Statistisches Bundesamt)

¹⁻³ sind jährlich anzupassen.

*** Verteilung der Bundesmittel auf die Länder, nach Vorweg-Abzug der Kosten für die Koordinierungsaufgaben des Bundes und der Länder, jeweils zu 1/3 nach dem Königsteiner Schlüssel, der unter 3-Jährigen im SGB II Leistungsbezug und der Anzahl der unter 3 –Jährigen (vgl. JFMK-Beschluss vom 1. Juni 2012)**

Bundesmittel gem. § 3 Abs. 4 KKG

HH-Jahr	Beträge insgesamt in Euro	Beträge nach Vorwegabzügen in Euro	Vorwegabzüge	
			nach Art. 5 Abs. 1 VV (Land)	nach Art. 6 Abs. 1 VV (Bund)
2012	30.000.000	26.020.000	2.880.000	1.100.000
	Folgejahre	Folgejahre	Folgejahre	
2013	45.000.000	38.120.000	2.880.000	4.000.000
2014	51.000.000	44.120.000	2.880.000	4.000.000
2015	51.000.000	44.120.000	2.880.000	4.000.000

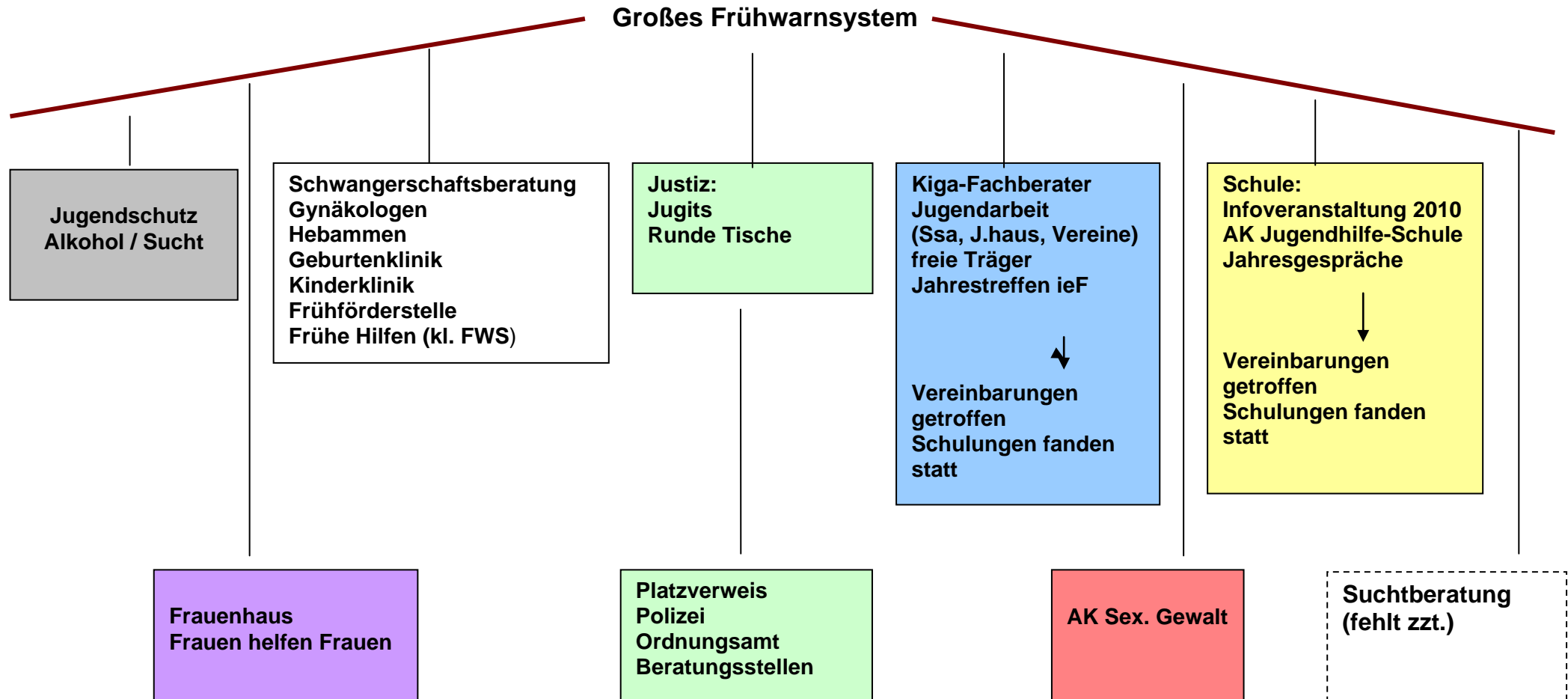
TABELLE II

- Koordinierungskosten der Länder gemäß Artikel 5 Absatz 1 -

Basiskosten (Sockelbetrag) für die Landeskoordinierungsstellen:		Länder nach Einwohnern (EW) in Mio. gerundet am 31.12. 2010:	
1. Kleine Länder (unter 3 Mio. EW)	120.000 €	HB	0.66
		SL:	1.02
		MV:	1.64
		HH:	1.79
		TH:	2.23
		ST:	2.33
		BB:	2.50
		SH:	2.83
Zwischensumme: 960.000 €			
2. Mittlere Länder (ab 3 Mio. EW – unter 6 Mio. EW)	180.000 €	BE:	3.46
		RP:	4.00
		SN:	4.15
Zwischensumme: 540.000 €			
3. Große Länder I (ab 6 Mio. EW – unter 10 Mio. EW)	240.000 €	HE:	6.07
		NI:	7.92
Zwischensumme: 480.000 €			
4. Große Länder II (ab 10 Mio. EW)	300.000 €	BW:	10.76
		BY:	12.54
		NW:	17.84
Zwischensumme: 900.000 €			
Gesamtsumme der Koordinierungskosten der Länder: 2.880.000 € / Jahr			

Übersicht der aktuellen Vernetzungen (u. a. zum Thema Kinderschutz) im Main-Tauber-Kreis

Stand: Dezember 2011



Individuelle Beratung und weitere Informationen erhalten Sie bei den Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Main-Tauber-Kreis:



**Caritasverband
im Tauberkreis e.V.**

97941 Tauberbischofsheim

Schloßplatz 6
Telefon: 09341-922013
Beraterin: Birgit Ditter



**Caritas
Heilbronn-Hohenlohe
Zentrum Bad Mergentheim**

97980 Bad Mergentheim
Bahnhofplatz 3
Telefon 07931-6362
Beraterin : Ulrike Rein



**Diakonisches Werk
im Main-Tauber-Kreis**

97941 Tauberbischofsheim

Kirchweg 3
Telefon: 09341-92800
Beraterin: Heidrun Mansch

Dienststelle Bad Mergentheim

Härterichstraße 18
Telefon: 07931-51388
Beraterin: Andrea Hausch

Dienststelle Wertheim

Mühlenstraße 3
Telefon: 09342-92750
Beraterinnen: Elke Hauenstein
Elisabeth Silbermann

**Landratsamt Main-Tauber-Kreis
-Gesundheitsamt-**

97941 Tauberbischofsheim

Albert-Schweitzer-Straße 31
Telefon: 09341-825570
Beraterin: Ulrike Kempf

97980 Bad Mergentheim

Wachbacher Straße 42
Telefon: 09341-825570
Beraterin: Ulrike Kempf

Weitere nützliche Telefonnummern:

Agentur für Arbeit:

97941 Tauberbischofsheim
Tel.: 09341 / 87 – 0

**Arbeitsgemeinschaft für Arbeit und Soziales
(AGAS)**

97941 Tauberbischofsheim
Tel.: 09341 - 87436
97980 Bad Mergentheim
Tel.: 07931 – 48299100
97877 Wertheim
Tel.: 09342 - 920050

Familienkasse Tauberbischofsheim

Tel.: 01801 - 546337

**Landratsamt Tauberbischofsheim
- Jugendamt -**

Tel.: 09341 – 825463

www.familienwegweiser.de

Rechtsansprüche und Soziale Hilfen für Schwangere



**Schwangeren- und
Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
im Main Tauber-Kreis**

An folgenden Stellen finden Sie Unterstützung.

Stand: Februar 2010

Was ?	ALGII Sozialgeld (für erwerbsfähige Hilfesuchende)	Sozialhilfe Regelleistung (für nicht erwerbsfähige Hilfesuchende)	Wohngeld	Mutterschafts- geld	Bundesstiftung „Mutter und Kind“	Elterngeld	Kindergeld / zusätzlich evt. Kinderzuschlag	Unterhalt für Mutter und Kind	Unterhalts- vorschuss	Hebammen, Geburtsvor- bereitung und Nachsorge
Wo ?	Arbeitsgemeinschaft für Arbeit und Soziales, AGAS	Landratsamt - Sozialamt - AGAS	jeweilige Stadt- oder Gemeinde- verwaltung (Rathaus)	Krankenkasse und Arbeitgeber	Beratungsstellen: - Caritas - Diakonie - Gesundheitsamt	Stadt- oder Gemeindeverwaltung (Rathaus)	Agentur für Arbeit Tauberbischofsheim - Familienkasse -	Landratsamt Tauberbischofs- heim Kreisjugend- amt Rechtsbe- ratung und Beistandschaft	Landratsamt Tauberbischofs- heim Kreisjugendamt	Hebammen, Krankenkassen Volkshochschule DRK
Wann?	Antragstellung bei Bedarf	Antragstellung bei Bedarf	Antragstel- lung bei Bedarf	Frühestens 7 Wochen vor dem voraussichtlichen Entbindungstermin bei der Kranken- kasse beantragen	Während der Schwangerschaft. Nicht mehr nach der Geburt	Antragstellung nach der Geburt des Kindes. Bei späterer Antrag- stellung rückwirkende Zahlungen für bis zu 3 Monate	Antragstellung direkt nach der Geburt des Kindes	Mutter: Ab Beginn der Mutterschutz- frist Kind: Ab Geburt	Ab Antrag, höchstens für 1 Monat rückwirkend	Während der Schwanger- schaft, Geburt und nach der Geburt.
Wie lange?	Solange der Bedarf besteht. In der Schwangerschaft einmalige Beihilfen für Babyausstattung, Kinderzimmereinrichtung und Umstandskleidung.	Solange der Bedarf besteht	Antrag i.d.R. jährlich verlängern	6 Wochen vor bis 8 Wochen nach der Entbindung / bei Mehrlings- und Frühgeburten 12 Wochen nach der Entbindung	Einmaliger Zuschuss für: Umstandskleidung Babyerstausstattung Einrichtung des Kinderzimmers	In den ersten 12, bzw. 14 Lebensmonaten des Kindes.	Bis zum 18. Lebensjahr – bei Ausbildung bis zur Vollend. des 25. Lebens- jahres, für Kinder ohne Arbeitsplatz bis zur Voll- end. des 21. Lebens- jahres.	Bis zu 3 Jahren nach der Entbindung	Maximal 6 Jahre bis zum 12. Lebensjahr des Kindes	Während der Schwangerschaft und nach der Geburt zur Nachsorge
Wie viel?	Alleinstehende: 359€ Volljährige Partner: 323 € Kinder 0 bis 5 J.: 215 € Kinder 6 bis 13J.: 251 € Kinder ab 14J.: 287 € zzgl. Mehrbedarf	Alleinstehende: 359€ Volljährige Partner: 323 € Kinder 0 bis 5 J.: 215€ Kinder 6 bis 13J.: 251€ Kinder ab 14J.: 287€ zzgl. Mehrbedarf	Abhängig von -Einkommen -Miethöhe Familien- größe usw.	Gesetzliche Krankenkasse zahlt max. 13 €/Tag. Arbeitgeber stockt auf durchschnitt- lichen Nettover- dienst der letzten 3 Mon. auf.	Je nach individueller Situation bis zu 1.200,00 €	Mindestens 67% des wegfallenden durch- schnittl. monatl. Erwerbseinkommens, max. 1800,- €, mindestens 300,- €	1. Kind 184 € 2. Kind 184 € 3. Kind 190 € jedes weitere Kind 215 €	Abhängig vom Einkommen des Unterhalts- pflichtigen.	Entspricht dem Regelunterhalt abzgl. des halben Kinder- geldes. Kinder 0- 6 J.: 133,00 € Kinder 6-12 Jahre: 180,00 €	Kostenüber- nahme durch die Krankenkasse
Be- ding- ungen:	Der Lebensunterhalt kann aus eigenem Einkommen und Vermögen nicht gesichert werden. Bei Schwangeren und Müttern mit Kindern unter 6 Jahren keine Unterhaltspflicht der Eltern.	Der Lebensunterhalt kann aus eigenem Einkommen und Vermögen nicht gesichert werden. Bei Schwangeren bzw. Müttern mit Kindern unter 6 Jahren keine Unterhaltspflicht der Eltern.	Geringes Einkommen. Die Miet- kosten kön- nen aus eigenem Einkommen und Ver- mögen nicht gesichert werden.	Sozialversiche- rungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmerinnen oder Bezieherinnen von ALG I	Abhängig vom Einkommen. Es besteht kein Rechtsanspruch.	Selbstbetreuung des Kindes, keine bzw. r keine volle Erwerbstätigkeit. Bewilligung für Aus- länderinnen nur bei Vorlage von Nieder- lassungserlaubnis oder Aufenthalt- erlaubnis, abhängig vom Aufenthalts- zweck. EU-Staatsan- gehörige sind i. d. R. anspruchsberechtigt.	Unabhängig vom Einkommen, wird auf ALG II und Sozialhilfe angerechnet. Bewilligung für Aus- länderinnen nur bei Vorlage von Nieder- lassungserlaubnis oder Aufenthaltserlaubnis, abhängig vom Aufent- haltszweck.	Leistungsfähigkeit des Vaters	Alleinerziehend Der andere Elternteil zahlt nicht und wohnt nicht im gemein- samen Haushalt, bei Heirat keine Leistungen mehr.	

Teilnehmer des großen Sozialen Frühwarnsystems des Main-Tauber-Kreises

Ärzte:

- Vertreter der Ärzte: Kinderärzte, Frauenärzte, Psychiater
- Vertreter der Ärzteschaft Bad Mergentheim
- Vertreter des Deutschen Rotes Kreuzes

Krankenhäuser:

- Vertreter des Städtischen Krankenhauses, Abteilung Geburtshilfe
- Vertreter des Caritaskrankenhauses aus den Bereichen Kinderklinik, Sozialdienst, Frauenklinik
- Vertreter des Kreiskrankenhauses aus den Abteilungen Psychiatrie, Psychiatrische Institutsambulanz, Sozialdienst

Einrichtungen und Dienste:

- Vertreter der Freien Träger: Diakonisches Werk, Caritasverband (Schwangerschaftsberatungsstelle)
- Psychologische Beratungsstelle Bad MGH
- Vertreter des Hebammenverbandes
- Suchtberatungsstelle Tauberbischofsheim

Landratsamt Main-Tauber-Kreis:

- Sozialdezernentin
- Vertreter des Gesundheitsamtes
- Vertreter des Jugendamtes
- Vertreter der Schulsozialarbeiter
- Vertreter des Schulamtes
- Justiziarin des Landratsamtes
- Sozialpsychiatrischer Dienst des LRA

Weitere:

- Vertreter der Polizeidirektion Tauberbischofsheim
- Vertreter des Frauenhauses Neckar-Odenwald-Kreis
- Vertreter des Tagesmüttervereins
- Vertreter der Kindergärten

Grob überschlagen nahmen am großen Sozialen Frühwarnsystem in etwa 50 Personen von 21 verschiedenen Institutionen teil.

Ergänzend aufgenommen werden könnten noch:

- Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe nach dem SGB XII
- Vertreter der Ordnungsämter, die mit Häuslicher Gewalt, Alkoholkonsum, oder Schulverweigerung zu tun haben
- Das Jobcenter Tauberbischofsheim
- Frühförderstellen
- Familiengerichte



Baden-Württemberg

JUSTIZMINISTERIUM

INNENMINISTERIUM

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES



KVJS

Kommunalverband für

Jugend und Soziales

Baden-Württemberg

Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Kinderschutz:

**Aufgaben der beteiligten Institutionen
Empfehlungen für örtliche Netzwerke**

Inhalt

Vorwort	3
I. Aufgaben der beteiligten Institutionen beim Kinderschutz	5
1. Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe beim Kinderschutz	6
1.1 Aufgaben der Jugendämter beim Kinderschutz	7
1.2 Aufgaben von anderen Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe beim Kinderschutz	11
2. Aufgaben der Familiengerichte beim Kinderschutz	12
3. Aufgaben der Strafjustiz beim Kinderschutz	16
4. Aufgaben der Polizei beim Kinderschutz	18
5. Aufgaben der Schulen beim Kinderschutz	21
6. Aufgaben der Gesundheitsbehörden beim Kinderschutz	25
II. Empfehlungen zur interdisziplinären Zusammenarbeit	27
1. Initiative und Beteiligte	27
2. Ziele und Inhalte von interdisziplinären Arbeitskreisen	28
3. Öffentlichkeitsarbeit	31

Vorwort

Kinder haben ein Recht darauf, vor Vernachlässigung und Misshandlung geschützt zu werden. Pflege, Erziehung und Schutz der Kinder sind vorrangig Aufgaben der Eltern. Wenn Eltern dieser Erziehungsverantwortung aber nicht nachkommen können oder wollen, ihre Kinder vernachlässigen oder misshandeln oder sie nicht ausreichend vor Gefahren durch Dritte schützen, muss der Staat eingreifen und die zur Abwendung der Gefährdung erforderlichen Maßnahmen ergreifen.

Kinderschutz ist eine gewichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Staat und Gesellschaft müssen Rahmenbedingungen schaffen, in denen Kinder bestmöglich vor Misshandlung und Vernachlässigung geschützt werden. Dies ist eine dauerhafte Aufgabe für alle Institutionen, die mit Kindern und ihren Eltern in Berührung kommen. In diesem Bewusstsein werden wir auf Rahmenbedingungen hinwirken, die Fälle von Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung nach Möglichkeit verhindern.


Eine wesentliche Voraussetzung für einen effektiven Kinderschutz ist, dass er als gemeinsame, übergreifende Aufgabe verstanden wird. Die beteiligten Institutionen müssen Hand in Hand zusammenarbeiten und ihre jeweiligen Aufgaben im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft wahrnehmen. Dafür ist es notwendig, über den eigenen Zuständigkeitsbereich hinaus zu blicken, die jeweiligen Aufgaben, Möglichkeiten und Arbeitsweisen der anderen Institutionen sowohl zu kennen als auch anzuerkennen und Strukturen für die Zusammenarbeit mit anderen Stellen zu entwickeln.

Wir empfehlen deshalb, zur Verbesserung der Kooperation in Fragen des Kinderschutzes die Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen vor allem in örtlichen Arbeitskreisen weiter zu entwickeln. Wir sehen es als unsere gemeinsame Aufgabe an, die Zusammenarbeit zu unterstützen und zu fördern. Die vorliegenden Empfehlungen sollen hierzu einen Beitrag leisten.

Zusammenarbeit setzt Kenntnis der Aufgaben und Kompetenzen der anderen Institutionen voraus. Deshalb werden in einem ersten Teil die Aufgaben der beteiligten Institutionen beim Kinderschutz dargelegt und Berührungspunkte und Schnittstellen zwischen den Institutionen aufgezeigt. In einem zweiten Teil werden Vorschläge zur Errichtung, Weiterentwicklung und Verbesserung der Kooperationsstrukturen unterbreitet.

Interdisziplinäre Zusammenarbeit im Kinderschutz ist nicht nur eine Aufgabe der örtlichen Ebene. Sie ist auch eine wichtige Aufgabe für uns. Wir werden deshalb auch künftig im Interesse des Kinderschutzes und des Kindeswohls zusammenarbeiten und die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Kinderschutz fördern und unterstützen.

Stuttgart, den 24. Juni 2009



Prof. Dr. Ulrich Goll MdL
Justizminister



Heribert Rech MdL
Innenminister



Helmut Rau MdL
Minister für Kultus, Jugend
und Sport



Dr. Monika Stolz MdL
Ministerin für Arbeit und Soziales



Karl Röckinger
Verbandsvorsitzender des KVJS

I. Aufgaben der beteiligten Institutionen beim Kinderschutz

Grundlage für den Kinderschutz ist Artikel 6 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Er lautet:

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

Dies unterstreicht, dass primär die Eltern verantwortlich sind, die Entwicklung ihrer Kinder zu fördern und Gefahren von ihnen abzuwenden. Ausgehend von diesem Grundgedanken wird der beste Kinderschutz dadurch gewährleistet, dass private und öffentliche Einrichtungen die Eltern bei dieser Aufgabe unterstützen. Wenn es jedoch zu Misshandlung und Vernachlässigung kommt, hat der Schutz des Kindes Vorrang vor dem Recht der Eltern auf Ausübung ihrer Personensorge. Die Behörden haben die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Wahrnehmung des Wächteramts und damit der Schutz der Kinder gemäß Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes obliegt unter anderem der Jugendhilfe, der Justiz, der Polizei, den Schulen und den Gesundheitsbehörden.

Ein effektiver Kinderschutz ist nur möglich, wenn die beteiligten Institutionen fächerübergreifend zusammenarbeiten und den Kinderschutz als gemeinsame Aufgabe wahrnehmen. Eine erfolgreiche Kooperation erfordert Klarheit über die Aufgaben und Rahmenbedingungen der eigenen und der anderen Institutionen im Kinderschutz sowie über die Schnittstellen zu anderen Institutionen.

1. Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe beim Kinderschutz

Für die Kinder- und Jugendhilfe ist Kinderschutz eine ihrer zentralen Aufgaben.

In § 1 Abs. 3 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (Kinder- und Jugendhilfe; SGB VIII) heißt es:

„Jugendhilfe soll [...] insbesondere

- 1. junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern und dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen,*
- 2. Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung beraten und unterstützen,*
- 3. Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl schützen,*
- 4. dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“*

Damit ist der Auftrag der Jugendhilfe zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in einen Aufgabenkatalog von individuellen und strukturellen Unterstützungsleistungen für junge Menschen, Eltern und Familien eingebunden. Jugendhilfeaufgaben werden von freien und öffentlichen Trägern der Jugendhilfe wahrgenommen: Der generelle Kinderschutzauftrag gilt für freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe gleichermaßen. Während die öffentliche Jugendhilfe - wahrgenommen von den Jugendämtern bei den Landkreisen und kreisfreien Städten - zumeist für hoheitliche, steuernde und planende Aufgaben verantwortlich ist, obliegt die praktische Durchführung von Aufgaben der Jugendhilfe überwiegend freien Trägern (z.B. Wohlfahrtsverbänden).

Unterschiedlich ausgestaltete gesetzliche Konkretisierungen sowie verschiedene fachliche Handlungsoptionen führen jedoch zu Unterschieden zwischen dem Auftrag und den Aufgaben der Jugendämter und denen der anderen Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe. So richten sich gesetz-

liche Leistungsverpflichtungen des SGB VIII nur an die öffentlichen Träger, und auch die Wahrnehmung von sogenannten „anderen Aufgaben der Jugendhilfe“ (z.B. Inobhutnahme und Mitwirkung in Verfahren vor dem Familiengericht) ist grundsätzlich dem Jugendamt zugewiesen. Die Aufgaben der Jugendämter und der anderen Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe im Kinderschutz werden deshalb im Folgenden getrennt dargestellt.

1.1. Aufgaben der Jugendämter beim Kinderschutz

Zusammen mit den freien Trägern und den Kommunen planen und realisieren die Jugendämter ein vielfältiges Angebot im Bereich der Jugendhilfe und Jugendarbeit als Teil der sozialen Infrastruktur. Die Jugendämter bieten Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz an oder vermitteln diese, z.B. Angebote der Jugendarbeit, der Tagesbetreuung, Beratung in Fragen der Erziehung, Trennungs- und Scheidungsberatung, Hilfen zu Erziehung u.v.m.

In ihren Sozialen Diensten (häufig „Allgemeiner Sozialer Dienst“) nehmen die Jugendämter ganzheitliche Beratungs- und Unterstützungsaufgaben für Kinder, Jugendliche und Eltern wahr. Diesen Fachdiensten sind in der Regel auch Kinderschutzaufgaben im Jugendamt zugeordnet. Auch im Kinderschutz erbringen oder vermitteln sie vor allem Jugendhilfeleistungen. Diese können präventiv oder als Hilfe wirken, wenn eine dem Kindeswohl entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist.

Die Leistungen werden grundsätzlich mit Zustimmung der jungen Menschen und Personensorgeberechtigten erbracht. Kinder und Jugendliche haben das Recht, sich in allen Angelegenheiten der Erziehung und Entwicklung an das Jugendamt zu wenden. Sie können auch ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten beraten werden, wenn und solange die Beratung aufgrund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist und solange durch die Mitteilung an die Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde.

Erfährt das Jugendamt zum Beispiel durch Kontakte mit jungen Menschen oder durch Informationen anderer Personen oder Institutionen von gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung, bewerten und überprü-

fen die Fachkräfte diese Hinweise in einem strukturierten Verfahren. Zu den Verfahrensstandards gehören nach § 8a SGB VIII insbesondere das Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos sowie die Einbeziehung des Kindes oder Jugendlichen. Auch die Personensorgeberechtigten werden in die Gefährdungseinschätzung einbezogen, soweit dadurch nicht der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen in Frage gestellt wird. Wenn das Jugendamt Jugendhilfeleistungen für geeignet und erforderlich hält, bietet es diese Hilfen an. Ist das Tätigwerden anderer Leistungsträger, der Einrichtungen der Gesundheitshilfe oder der Polizei erforderlich, werden die Eltern motiviert, deren Hilfe in Anspruch zu nehmen. Wenn die Überzeugungsarbeit nicht gelingt oder aus Dringlichkeitsgründen nicht mehr möglich ist, schaltet das Jugendamt diese Stellen selbst ein.

Um Kinder und Jugendliche wirksam vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen, ist sowohl die Mitwirkung der Eltern als auch die der Kinder und Jugendlichen bei der Verbesserung ihrer jeweiligen Lebenssituation erforderlich. Die Einbeziehung der Personensorgeberechtigten ist im Kinderschutz die zentrale Herausforderung für die Jugendämter. Die Gefährdung einzuschätzen, Einsicht und Motivation bei den Betroffenen herzustellen, Hilfe- und Schutzkonzepte mit den Familien und teilweise umfangreichen Helfersystemen zu erarbeiten und die Umsetzung von Hilfen und Interventionen zu begleiten und ggf. zu kontrollieren, ist zeitintensiv.

Das Personensorgerecht darf nur das Familiengericht regeln. Das Jugendamt muss deshalb das Familiengericht z.B. anrufen, wenn die Eltern notwendige Hilfen nicht annehmen wollen. Dies gilt auch, wenn die Eltern nicht bereit oder in der Lage sind, an der Einschätzung des Gefährdungsrisikos mitzuwirken, z.B. indem sie in notwendige medizinische Abklärungen nicht einwilligen oder die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt ganz verweigern. Das Jugendamt unterstützt das Familiengericht in dem gerichtlichen Verfahren, unterrichtet insbesondere über angebotene und erbrachte Leistungen, bringt erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen ein und weist auf weitere Möglichkeiten der Hilfe hin (§ 50 SGB VIII).

Wenn das Kind oder der Jugendliche darum bittet oder bei dringender Gefährdung eine familiengerichtliche Entscheidung nicht abgewartet werden kann, ist das Jugendamt verpflichtet, das Kind oder den Jugendlichen in Obhut zu nehmen (§ 42 SGB VIII). Das Jugendamt kann das Kind oder den Jugendlichen dabei auch vorläufig bei einer geeigneten Person oder Einrichtung unterbringen. Die Eltern bzw. Sorgeberechtigten müssen vom Jugendamt unverzüglich informiert und mit ihnen das Gefährdungsrisiko abgeschätzt werden. Hält das Jugendamt dann ohne die Einwilligung der Personensorgeberechtigten die Fortführung der Unterbringung oder weitere Schutzmaßnahmen für erforderlich, muss es eine familiengerichtliche Entscheidung herbeiführen.

Neben dem eigenen Handlungsauftrag im Kinderschutz hat das Jugendamt nach § 8a Abs. 2 SGB VIII mit allen Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen der Jugendhilfe erbringen, Vereinbarungen zur Wahrnehmung des Kinderschutzes abzuschließen. Das Jugendamt ist also auch verantwortlich für den Aufbau verbindlicher Kooperationsstrukturen für den Kinderschutz in der Jugendhilfe. Die Eckpunkte qualifizierter Verfahrensstandards im Kinderschutz, wie sie in den Jugendämtern gelten, sollen auch bei anderen Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe sichergestellt und die Schnittstellen der Zusammenarbeit beschrieben und vereinbart werden.

Neben der Zusammenarbeit des Jugendamtes mit allen Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe bestehen auch zu den anderen mit dem Kinderschutz befassten staatlichen Stellen vielfältige Schnittstellen. Berührungspunkte des Jugendamtes mit dem Familiengericht ergeben sich insbesondere aus der Mitwirkung des Jugendamtes in gerichtlichen Verfahren wegen Kindeswohlgefährdungen. Damit gerichtliche Maßnahmen mit den Handlungsmöglichkeiten der Jugendämter im Kinderschutz möglichst positiv zusammenwirken, bedarf es der Abstimmung der Institutionen.

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe arbeiten entsprechend ihrer Verpflichtung nach § 81 SGB VIII mit vielen Stellen und öffentlichen Einrichtungen zusammen, z.B. mit Schulen, Einrichtungen des Gesundheitsdienstes

und Polizei- und Ordnungsbehörden. Berührungspunkte mit Schulen ergeben sich neben der Beratung von Eltern, Kindern und Jugendlichen insbesondere im Bereich der Jugendsozialarbeit an Schulen, der Jugendarbeit und beim erzieherischen Jugendschutz. Die Zusammenarbeit mit den Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens betrifft neben Einzelfällen insbesondere präventive Bereiche des Kinderschutzes, z.B. im Bereich „Frühe Hilfen“. Mit der Polizei bestehen vor allem in konkreten Einzelfällen von Kindeswohlgefährdung, bei Straftaten gegen Kinder und Jugendliche und im Bereich präventiver Maßnahmen (z.B. bei Präventionsprojekten gegen Gewalt in Familien und im Bereich der kommunalen Kriminalprävention) vielfältige Berührungspunkte.

Ein wichtiges Ziel im Kinderschutz ist der Erhalt von Zugangsmöglichkeiten zu Familien in gefährdenden Lebenslagen. Dies ist umso schwieriger je prekärer die Lebenssituation der Familie ist und muss bei der Kooperation in der Jugendhilfe, aber auch bei der Kooperation mit Schulen, Familiengerichten und Polizei berücksichtigt werden. Dabei ist im Einzelfall abzuklären, welcher Helfer oder welche Institution den Zugang zur Familie erhalten oder herstellen kann und wie - solange erforderlich - kontinuierlich überprüft werden kann, ob (weiterhin) eine Gefährdung vorliegt.

Die Weitergabe von Daten durch die Jugendämter unterliegt engen Voraussetzungen. Grundsätzlich ist für die Weitergabe von Daten die Einwilligung der Betroffenen erforderlich, soweit nicht gesetzliche Vorschriften die Weitergabe ohne Einwilligung erlauben. Das Kinder- und Jugendhilferecht unterscheidet dabei zwischen anvertrauten Daten (§ 65 SGB VIII) und sonstigen Daten (§ 64 SGB VIII). Anvertraut sind Daten, die einem Mitarbeiter im Vertrauen auf seine besondere Schutzpflicht nach § 65 SGB VIII in der Erwartung mitgeteilt wurden, dass er die Information für sich behält. Anvertraute Daten unterliegen einem besonderen Schutz und dürfen nur unter den Voraussetzungen des § 65 SGB VIII weitergegeben werden. Hiernach ist die Weitergabe von Daten ohne Einwilligung des Betroffenen insbesondere zulässig an das Familiengericht, wenn eine gerichtliche Entscheidung notwendig ist, um die Gewährung von Leistungen zu ermöglichen. An andere Stellen dürfen anvertraute Daten nur unter den Voraussetzungen der Nothilfe

(§ 32 Strafgesetzbuch, StGB) oder des rechtfertigenden Notstands (§ 34 StGB) weitergegeben werden. Sonstige Daten dürfen auch unter den Voraussetzungen des § 64 SGB VIII, d.h. zu dem Zweck genutzt und übermittelt werden, zu dem sie erhoben worden sind.

1.2. Aufgaben von anderen Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe beim Kinderschutz

Der Auftrag zum Kinderschutz nach § 1 Abs. 3 SGB VIII gilt auch für andere Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe wie z.B. Kindergärten und andere Tageseinrichtungen für Kinder, Jugendhäuser, Beratungsstellen, Schulsozialarbeit und stationäre Erziehungshilfeeinrichtungen. Die Handlungsmöglichkeiten und -pflichten dieser Einrichtungen unterscheiden sich zum Teil von denen der Jugendämter. Deshalb schließen Jugendämter und freie Träger Vereinbarungen nach § 8a Abs. 2 SGB VIII zur Wahrnehmung des Kinderschutzes. Diese sollen sicherstellen, dass die Fachkräfte der freien Träger den Schutzauftrag in entsprechender Weise wie die Fachkräfte der Jugendämter wahrnehmen. Als Orientierungsrahmen dienen in Baden-Württemberg die gemeinsamen Materialien der Ministerien für Arbeit und Soziales und für Kultus, Jugend und Sport und des Kommunalverbands für Jugend und Soziales zur Umsetzung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII vom 15. Februar 2007. Sie enthalten Eckpunkte und Hinweise zu den Vereinbarungen, einen Formulierungsvorschlag und Begrifflichkeiten, Anmerkungen und Erläuterungen zum Schutzauftrag der Jugendhilfe.

Gerade Fachkräfte in offenen Angeboten wie in Kindergärten und offener Jugendarbeit können oft bereits frühe Anzeichen von Vernachlässigung oder körperlicher und seelischer Misshandlung wahrnehmen. Ziel der Vereinbarungen ist es vor allem, dass alle Fachkräfte der Jugendhilfe sich entwickelnde Gefährdungssituationen rechtzeitig erkennen und wissen, wie sie bei Anzeichen für Gefährdungssituationen vorgehen sollen. Für die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt werden die Informationswege und die Verantwortlichkeiten in den Einzelfällen vereinbart.

Auch Fachkräfte in Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe sollen bei gewichtigen Anhaltspunkten für Kindeswohlgefährdungen eine Gefährdungseinschätzung im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte vornehmen. Eine dieser Fachkräfte soll in Fragen des Kinderschutzes erfahren sein („insoweit erfahrene Fachkraft“). Die Kinder, Jugendlichen und Personensorgeberechtigten sind an der Gefährdungseinschätzung zu beteiligen, wenn dadurch nicht der Schutz der betroffenen Kinder und Jugendlichen in Frage gestellt wird. Die Fachkräfte machen den Eltern, Kindern und Jugendlichen zunächst Angebote im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten oder unterstützen die Kontaktaufnahme zu anderen Hilfsangeboten.

Werden die erforderlichen Hilfen nicht angenommen oder können sich die Fachkräfte nicht vergewissern, dass dadurch die Gefährdung abgewendet wird, unterrichten sie das Jugendamt über ihre Gefährdungseinschätzung und ihre bisherigen Bemühungen. Datenschutzrechtlich ist in diesem Fall die Weitergabe der Informationen an das Jugendamt zulässig.

Die Weitergabe von Informationen an das Jugendamt ist darüber hinaus grundsätzlich zulässig, wenn die Betroffenen eingewilligt haben. Soweit nicht der Schutz der Kinder oder Jugendlichen dadurch gefährdet wird (beispielsweise weil zu befürchten ist, dass das Kind misshandelt wird, weil es sich einer Fachkraft anvertraut hat), sollte die Informationsweitergabe mit Wissen der Betroffenen erfolgen.

Für die Weitergabe von Daten an andere Stellen gelten die Vorschriften für das Jugendamt entsprechend. Nach § 61 Abs. 3 SGB VIII haben die Träger der freien Jugendhilfe die für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe vorgegebene Vertraulichkeit in entsprechender Weise zu gewährleisten.

2. Aufgaben der Familiengerichte beim Kinderschutz

§ 1666 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) lautet:

„Wird das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder sein Vermögen gefährdet und sind die Eltern nicht gewillt oder nicht in

der Lage, die Gefahr abzuwenden, so hat das Familiengericht die Maßnahmen zu treffen, die zur Abwendung der Gefahr erforderlich sind.“

Das Familiengericht ist daher ermächtigt und auch verpflichtet, bei Gefährdungen des Kindeswohls in das Grundrecht der elterlichen Sorge einzugreifen. Hierbei ist es strikt an den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gebunden. Maßnahmen des Familiengerichts nach §§ 1666 ff. BGB sind nur dann erforderlich, wenn die Gefährdung des Kindeswohls nicht auf andere Weise, insbesondere durch die freiwillige Inanspruchnahme öffentlicher Hilfen, abgewendet werden kann. Das Familiengericht hat hierbei zu bedenken, dass die Gefahrabwendung vorrangig den Eltern obliegt, sodass der Stärkung der elterlichen Kompetenzen Vorrang vor einem Eingriff in das Sorgerecht zukommt.

§ 1666 Abs. 3 BGB konkretisiert die möglichen Maßnahmen des Familiengerichts. In Betracht kommen insbesondere:

- Gebote, öffentliche Hilfen wie zum Beispiel Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Gesundheitsfürsorge in Anspruch zu nehmen,
- Gebote, für die Einhaltung der Schulpflicht zu sorgen,
- Verbote, vorübergehend oder auf unbestimmte Zeit die Familienwohnung oder eine andere Wohnung zu nutzen, sich in einem bestimmten Umkreis der Wohnung aufzuhalten oder zu bestimmende andere Orte aufzusuchen, an denen sich das Kind regelmäßig aufhält,
- Verbote, Verbindung zum Kind aufzunehmen oder ein Zusammentreffen mit dem Kind herbeizuführen,
- die Ersetzung von Erklärungen des Inhabers der elterlichen Sorge,
- die teilweise oder vollständige Entziehung der elterlichen Sorge.

Die Auswahl der geeigneten Maßnahme obliegt dem Familiengericht. Es gilt hierbei der Grundsatz des geringsten Eingriffs: Eine Maßnahme ist nur dann zulässig, wenn eine weniger einschneidende, ebenso geeignete Maßnahme nicht möglich ist. § 1666a BGB verdeutlicht diesen Grundsatz für die besonders einschneidenden Maßnahmen, die mit einer Trennung des Kindes von

der elterlichen Familie verbunden sind, sowie für den Entzug der gesamten Personensorge.

Wenn das Familiengericht Maßnahmen nach §§ 1666 ff. BGB trifft, hat es diese regelmäßig zu überprüfen. Sieht das Gericht von Maßnahmen ab, ordnet das Gesetz für den Regelfall eine einmalige Überprüfung nach drei Monaten an.

Neuerdings kann das Familiengericht die Eltern gemäß § 50f Abs. 1 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG; ab 1. September 2009: § 157 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, FamFG) auch zu einem Gespräch über eine Kindeswohlgefährdung laden. In diesem Gespräch soll erörtert werden, wie einer möglichen Gefährdung des Kindeswohls begegnet werden kann, insbesondere durch öffentliche Hilfen, und welche Folgen die Nichtannahme notwendiger Hilfen haben kann. Zu dem Erörterungsgespräch soll auch das Jugendamt geladen werden. Das Erörterungsgespräch setzt nicht voraus, dass eine Kindeswohlgefährdung bereits festgestellt ist. Die Regelung stellt vielmehr auf eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls ab. Das Gericht kann somit bereits im Vorfeld und unabhängig von Maßnahmen nach §§ 1666, 1666a BGB auf die Eltern und Kinder einwirken und ihnen verdeutlichen, dass die Inanspruchnahme notwendiger Hilfen und die Kooperation mit dem Jugendamt dem Kindeswohl dient und hierdurch gerichtliche Maßnahmen nach §§ 1666, 1666a BGB vermieden werden können.

Das Familiengericht wird von Amts wegen tätig, sobald es von einer möglichen Kindeswohlgefährdung Kenntnis erlangt. Da das Gericht aber im eigenen Tätigkeitsfeld in der Regel keine Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdungen gewinnt, ist es auf die Information und Anzeige durch die anderen Institutionen angewiesen, die in ihrer täglichen Arbeit mit Fällen von Kindeswohlgefährdung konfrontiert werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Unterrichtung durch das Jugendamt, wenn es auf Grund der ihm obliegenden Aufgaben im Kinderschutz über eine mögliche Kindeswohlgefährdung informiert oder von anderen Institutionen und Privatpersonen kontak-

tiert wird. Das Jugendamt ist nach § 8a Abs. 3 Satz 1 SGB VIII verpflichtet, das Familiengericht anzurufen, wenn es sein Tätigwerden für erforderlich hält.

Das Gericht hört das Jugendamt in Verfahren nach §§ 1666, 1666a BGB an. Nach § 162 Abs. 2 FamFG wird das Jugendamt auf seinen Antrag zum Verfahrensbeteiligten. Dem Bericht des Jugendamtes, in dem insbesondere angebotene oder erbrachte Hilfen dargelegt, mögliche Hilfen aufgezeigt und auf erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes eingegangen werden soll, kommt für die Entscheidungsfindung des Gerichts eine große Bedeutung zu. Das Jugendamt wird in der Regel einen Vorschlag für das weitere Vorgehen und für aus seiner Sicht sinnvolle und durchführbare Hilfen unterbreiten. Das Gericht entscheidet auf der Grundlage dieses Berichts, ohne an die Vorschläge des Jugendamtes gebunden zu sein. Das Gericht hat allerdings gegenüber dem Jugendamt keine Anordnungscompetenz oder Weisungsbefugnis. Die gerichtliche Weisung an die Eltern, z.B. bestimmte Hilfen zur Erziehung anzunehmen und mit dem Jugendamt zu kooperieren, ist deshalb nur dann erfolgsversprechend, wenn das Jugendamt die entsprechende Hilfe auch durchführen kann und will.

Um im Einzelfall zügig und effizient eine dem Kindeswohl am Besten dienende Maßnahme ergreifen und durchführen zu können, bedarf es deshalb auch unabhängig von Einzelfällen einer Abstimmung zwischen Familiengericht und Jugendamt. Neben organisatorischen Absprachen zum Verfahrensablauf (z.B. zeitliche Gestaltung; Terminabsprachen, Form und Inhalte gegenseitiger Information) ist auch eine inhaltliche Verständigung über die gegenseitigen Erwartungen, Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten sinnvoll.

Das Gericht ist befugt, dem Jugendamt im Rahmen der Anhörung und zur Erstattung seines Berichts die hierfür erforderlichen Daten zu übermitteln (§ 16 Abs. 1 Landesdatenschutzgesetz - LDSG). Dem Jugendamt sind zudem alle Entscheidungen des Gerichts bekannt zu machen, zu denen es zu hören war (§§ 49a Abs. 3, 49 Abs. 3 FGG; ab 1. September 2009: § 162 Abs. 3 FamFG). Erlangt das Familiengericht Kenntnis von einer Straftat zum Nachteil des Kindes, ist es nach § 17 Nr. 1 und Nr. 5 des Einführungsgeset-

zes zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG) zur Übermittlung personenbezogener Daten an die Staatsanwaltschaft oder die Polizei befugt, sofern nicht offensichtlich schutzwürdige Interessen der Betroffenen an dem Ausschluss der Übermittlung überwiegen.

3. Aufgaben der Strafjustiz beim Kinderschutz

Die Aufgaben der Strafjustiz im Bereich des Kinderschutzes bestehen in der Verfolgung und Ahndung strafbarer Handlungen, die eine Kindeswohlgefährdung darstellen. Das der Strafjustiz zur Verfügung stehende rechtliche Instrumentarium ist im Strafgesetzbuch und in der Strafprozessordnung niedergelegt. Kindesvernachlässigungen und Kindesmisshandlungen können vor allem die Straftatbestände Körperverletzung, Totschlag und Mord - gegebenenfalls begangen durch Unterlassen - erfüllen sowie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung darstellen. In den letzten Jahren haben Straftaten im Zusammenhang mit den neuen Medien stark zugenommen, beispielsweise die Verbreitung kinderpornografischer Schriften im Internet oder sexuelle Übergriffe im Zusammenhang mit Chaträumen.

Die Straftaten sind durch eine konsequente und beschleunigte Ermittlung und Verurteilung der Täter zu ahnden, wobei im Verlauf des gesamten Verfahrens so weit wie möglich auf die Verhinderung von Sekundärtraumatisierungen der kindlichen Opfer zu achten ist. Die Strafverfolgungsbehörden sind gehalten, auch anonymen Hinweisen auf Kindesmisshandlungen nachzugehen.

Um kindliche Opfer in der besonders belastenden Situation einer gerichtlichen Hauptverhandlung zu schützen, stellt die Strafprozessordnung zahlreiche verfahrensrechtliche Instrumente zur Verfügung:

- In einer Hauptverhandlung werden Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren grundsätzlich nur vom Richter befragt. Andere Verfahrensbeteiligte dürfen die Kinder nicht befragen (§ 241a Abs. 1 Strafprozessordnung, StPO).

- Der Ausschluss der Öffentlichkeit oder des Angeklagten ist unter erleichterten Voraussetzungen möglich (vgl. §§ 171b, 172 Nr. 4 Gerichtsverfassungsgesetz, GVG; § 247 Satz 2 StPO).
- Ist der Zeuge Verletzter, kann er die Anwesenheit eines sog. Vertrauensbeistands beantragen (§ 406f Abs. 3 StPO).
- Unter bestimmten Voraussetzungen kann die Vernehmung von kindlichen Opferzeugen - insbesondere bei Sexualstraftaten - an einem anderen Ort durchgeführt und per Videostandleitung direkt in den Gerichtssaal übertragen werden (§ 247a StPO).
- Überdies besteht die Möglichkeit, audio-visuelle Aufzeichnungen der richterlichen Vernehmung von Zeugen unter 16 Jahren im Rahmen der Hauptverhandlung einzuführen, um so gegebenenfalls deren nochmalige Vernehmung zu vermeiden (§ 255a Abs. 2 StPO).

Bei besonders belastenden Situationen sollte möglichst frühzeitig Kontakt zu einer Beratungsstelle für Opfer aufgenommen und deren Angebote, z.B. Zeugenbegleitung, in Anspruch genommen werden.

Verschiedene Vorschriften aus dem FGG (ab 1. September 2009: FamFG), dem EGGVG sowie dem Jugendgerichtsgesetz berechtigen und teilweise verpflichten die Strafgerichte und die Staatsanwaltschaften zur Mitteilung von Informationen aus einem Strafverfahren an andere mit dem Kinderschutz befasste Institutionen. Konkretisiert werden die Mitteilungspflichten und -rechte in der Anordnung über die Mitteilungen in Strafsachen (MiStra).

Nach diesen Vorschriften sind beispielsweise Tatsachen, die in einem Strafverfahren bekannt werden und Maßnahmen des Vormundschafts- oder des Familiengerichts erfordern können, diesen mitzuteilen, soweit nicht erkennbar überwiegende schutzwürdige Interessen der Betroffenen an dem Ausschluss der Übermittlung bestehen. Tatsachen, die in einem Strafverfahren bekannt werden und deren Kenntnis aus Sicht der übermittelnden Stelle zur Abwehr einer erheblichen Gefährdung von Minderjährigen erforderlich ist, sind der zuständigen Stelle mitzuteilen. Als Adressat der Mitteilungen kommen insbesondere das Familiengericht, das Vormundschaftsgericht und das Jugendamt, aber auch die Schulen in Betracht. In Strafsachen gegen Ju-

gendliche und Heranwachsende ist die Jugendgerichtshilfe zu informieren. Mitteilungen an die Schule in Strafsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende sind nur in geeigneten Fällen zu machen, wobei in der Regel nur von dem Ausgang des Verfahrens zu unterrichten ist.

4. Aufgaben der Polizei beim Kinderschutz

Die Polizei nimmt zum Schutz des Kindeswohls Aufgaben der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung wahr. Rechtsgrundlagen sind dabei insbesondere das Polizeigesetz Baden-Württemberg, die Strafprozessordnung, das Strafgesetzbuch, das Jugendschutzgesetz und der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag.

Für die Bearbeitung von Jugendsachen werden grundsätzlich speziell fortgebildete Jugendsachbearbeiter der Schutz- und Kriminalpolizei eingesetzt.

Im Bereich der Gefahrenabwehr hat die Polizei im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Gefahren für Minderjährige abzuwehren, insbesondere wenn

- aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte zu befürchten ist, dass sie Opfer einer rechtswidrigen Tat werden,
- sie passive Teilnehmer eines Ereignisses sind, durch das ihnen eine unmittelbare Gefahr für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl droht (z.B. in Fällen häuslicher Gewalt),
- sie Einflüssen ausgesetzt sind, die ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl derart beeinträchtigen, dass sie in die Kriminalität abzugleiten drohen,
- sie vermisst sind,
- ihnen in der häuslichen Gemeinschaft durch Vernachlässigung oder Missbrauch der Personensorge eine unmittelbare Beeinträchtigung für ihr körperliches, geistiges oder seelisches Wohl droht.

Hierbei prüft die Polizei im Einzelfall, ob eine Unterrichtung des Jugendamtes erforderlich erscheint.

Trifft die Polizei Minderjährige an jugendgefährdenden Orten an, hält sie diese entweder zum Verlassen der Örtlichkeit an oder veranlasst, dass Erziehungsberechtigte oder Beauftragte sie abholen.

Die Polizei übergibt gefährdete Minderjährige zu ihrem Schutz in die Obhut des Jugendamtes, wenn

- Erziehungsberechtigte nicht erreichbar sind,
- Erziehungsberechtigte die Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft ablehnen,
- die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft nicht vertretbar erscheint,
- sie die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft aus ernsthaften Gründen glaubhaft ablehnen.

Die Polizei kann gemäß § 2 Abs. 1 des Polizeigesetzes für Baden-Württemberg (PolG) bei Gefahr im Verzug für andere Stellen (z.B. das Jugendamt) vorläufige Maßnahmen treffen, sofern deren rechtzeitiges Tätigwerden nicht erreichbar erscheint. Kann die Polizei das Jugendamt beispielsweise vorübergehend nicht erreichen, veranlasst sie eine kurzzeitige Aufnahme des Minderjährigen in einer kind- bzw. jugendgerechten Unterbringung.

Die Polizei schreibt vermisste Minderjährige zum Zwecke der Gefahrenabwehr zur Fahndung aus.

Neben der Gefahrenabwehr gehören Verdachtsgewinnung und Strafverfolgung zu den Aufgaben der Polizei im Kinderschutz. Die Polizei gewinnt sowohl durch eigene Wahrnehmungen und Ermittlungen (z.B. bei Einsätzen aus Anlass von häuslicher Gewalt, bei Vermisstenfällen, Kindesentziehungen oder -entführungen) als auch durch Verdachtsmitteilungen und Strafanzeigen aus der Bevölkerung oder von anderen Institutionen wie Schulen und Jugendeinrichtungen Hinweise, die den Verdacht einer Kindswohlgefährdung und/oder Straftat begründen können.

Sofern sich zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat ergeben, unterrichtet die Polizei die Staatsanwaltschaft durch Übersendung einer

Strafanzeige bzw. stimmt erforderlichenfalls frühzeitig das weitere Vorgehen ab.

In Fällen, in denen auf Grund der polizeilichen Ermittlungen erkennbar wird, dass Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Frage kommen, wird das Jugendamt unverzüglich unterrichtet.

Der Gefährdung von Kindern und Jugendlichen, die fortgesetzt oder massiv delinquent werden, sog. jugendliche Intensivtäter bzw. Schwellentäter, wird durch eine frühzeitige, individuelle und behördenübergreifend abgestimmte Intervention sowie erforderlichenfalls durch eine konsequente Strafverfolgung entgegen gewirkt. Hierzu führen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Jugendgerichtshilfe bedarfsorientiert gemeinsame Fallkonferenzen durch.

Darüber hinaus engagiert sich die Polizei im Rahmen ihrer Grundzuständigkeit sowie als Netzwerkpartner bei einer frühzeitig ansetzenden, wirkungs- und zielgruppenorientierten Präventionsarbeit. Ziel der polizeilichen Präventionsmaßnahmen ist auch die Stärkung des Zeugen- und Helferverhaltens in Fällen von Kindesmisshandlung.

Die Polizei hat bei den Polizeidirektionen/-präsidien Opferschutzbeauftragte institutionalisiert.

Zur Vermeidung einer sekundären Viktimisierung von Kindern hat die Polizei mit Unterstützung einer externen Stiftung bei nahezu allen Polizeidirektionen kindgerecht ausgestattete Vernehmungszimmer eingerichtet, die mit Video-technik zur Aufzeichnung der Vernehmung ausgestattet sind, wodurch Mehrfachvernehmungen weitgehend vermieden werden können.

In vielen Bereichen des polizeilichen Kinder- und Jugendschutzes ergeben sich Berührungspunkte mit anderen Behörden. Insbesondere mit dem Jugendamt, der Jugendgerichtshilfe und der Strafjustiz besteht eine enge Verbindung. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt erfolgt insbesondere dann, wenn sich im Rahmen der Gefahrabwehr oder der Strafverfolgung An-

haltspunkte für das Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung ergeben und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Betracht kommen. Die Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe sowie der Strafjustiz ergibt sich auf Grund der jeweiligen Aufgaben im Rahmen des gerichtlichen Verfahrens oder der Strafverfolgung. Auch im Rahmen des präventiven Kinder- und Jugendschutzes gibt es zum Teil enge Kooperationen mit anderen Institutionen, insbesondere mit der Jugendhilfe und den Schulen.

Die Übermittlung personenbezogener Daten durch die Polizei an andere öffentliche Stellen (z. B. Jugendamt, Schule) im Rahmen der Abwehr einer konkreten Gefahr basiert auf den §§ 42 Abs. 1, 43 Abs. 1 PolG. Auf dieser Grundlage kann die Polizei Daten insbesondere zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben sowie zur Abwehr einer Gefahr durch den Empfänger übermitteln. Eine Datenübermittlung an Personen und Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs ist unter den Voraussetzungen des § 44 PolG zulässig. Personenbezogene Daten aus Strafverfahren dürfen Polizeibehörden gemäß § 481 StPO nach Maßgabe des Polizeigesetzes verwenden.

5. Aufgaben der Schulen beim Kinderschutz

Nach Artikel 11 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg hat jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. § 1 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg (SchG) konkretisiert den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schulen. Über die Vermittlung von Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten hinaus ist die Schule hiernach unter anderem auch gehalten, die Schüler zu sozialer Bewährung zu erziehen, sie in ihrer Persönlichkeit und Begabung zu fördern und auf die Mannigfaltigkeit der Lebensaufgaben und die Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten (§ 1 Abs. 2 Satz 2 SchG). Eine ungestörte Entwicklung der Persönlichkeit ist nur möglich, wenn Kinder vor Vernachlässigung und Misshandlung geschützt werden. Dieser Schutz von Kindern ist deshalb eine wichtige Aufgabe aller Bildungseinrichtungen.

Schulen arbeiten direkt und täglich mit Kindern und Jugendlichen zusammen und stehen auch in Kontakt mit den Eltern. Auf Grund dieses engen Kontakts besteht die Möglichkeit, plötzlich auftretende Verhaltensänderungen und Auffälligkeiten, die auf Misshandlung oder Vernachlässigung hindeuten, zu erkennen und darauf zu reagieren. Der Aufbau eines Vertrauensklimas zwischen Lehrern und Schülern schafft zudem die Voraussetzung dafür, dass Schüler sich mit ihren Problemen an ihre Lehrer wenden und sich ihnen anvertrauen. Vertrauenslehrer und Schulpsychologen können hierfür ebenfalls geeignete Ansprechpartner sein.

Unmittelbares Handeln der Schule ist erforderlich, wenn dort gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung oder Beeinträchtigung des Wohls eines Schülers bekannt werden. Die Schule ist in diesem Fall verpflichtet, auf Hilfeangebote hinzuweisen, die zuständigen Stellen, insbesondere das Jugendamt, zu informieren und mit diesen zusammenzuarbeiten.

§ 85 Abs. 3 SchG konkretisiert die Pflichten der Schule. Er bestimmt:

„(3) Die Schule soll das Jugendamt unterrichten, wenn gewichtige Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass das Wohl eines Schülers ernsthaft gefährdet oder beeinträchtigt ist; in der Regel werden die Eltern vorher angehört. Zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung arbeiten Schule und Jugendamt zusammen.“

Diese Regelung stellt klar, dass die Schule das staatliche Wächteramt nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG, wonach die staatliche Gemeinschaft über die Betätigung der Erziehungspflicht der Eltern zu wachen hat, wahrzunehmen hat. Die Schule ist verpflichtet, das Jugendamt zu informieren, wenn gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls eines Schülers vorliegen. Die Schule erhält somit zugleich die notwendige Rechtssicherheit. Für den Regelfall ist eine Anhörung der Eltern vorgesehen. In begründeten Ausnahmefällen, etwa bei einer körperlichen Misshandlung eines Kindes, kann die Anhörung unterbleiben.

Die notwendige Zusammenarbeit von Jugendamt und Schule spricht § 85 Abs. 3 Satz 2 SchG an. Als hilfreich für alle Beteiligten haben sich in der Praxis die runden Tische erwiesen, die einzelfallbezogen oder in regelmäßiger Form stattfinden. Mögliche Teilnehmer der runden Tische sind Lehrkräfte, Eltern, Schüler, Schulpsychologen, Fachkräfte der Jugendämter sowie Jugendsachbearbeiter der Polizei.

Nicht nur ein Vertrauensverhältnis zwischen Lehrern und Schülern, auch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Schule und Eltern ist für einen präventiven Kinderschutz sehr wichtig. Nach § 55 SchG sollen Schule und Eltern sich bei der Erziehung und Bildung der Jugend unterstützen und ihre Erziehungsgemeinschaft pflegen. Dies begründet Rechtspflichten für beide Seiten. Hierzu gehört auch, dass Schule und Eltern bei Problemen im gemeinsamen Gespräch nach Lösungen suchen.

Ein Gespräch mit den Eltern kann dringend notwendig sein, insbesondere in den Fällen, in denen Jugendliche in die Kriminalität, in die Drogenszene oder in die Prostituiertenszene abzugleiten drohen oder in denen ihr Verhalten im sozialen Zusammenleben der Schule problematisch wird. Sind die Eltern zu einem Gespräch nicht freiwillig bereit, sieht § 85 Abs. 4 SchG ein verpflichtendes Elterngespräch und als Reaktionsmöglichkeit auf eine Gesprächsverweigerung der Eltern die Information des Jugendamtes vor. Voraussetzung für eine zweite Einladung zu einem Gespräch verbunden mit der Ankündigung der Schule, bei Nichtbefolgen der Einladung das Jugendamt zu unterrichten, ist, dass

- ein dringender Aussprachebedarf besteht,
- kein Elternteil eine Einladung des Klassenlehrers oder Schulleiters zu einem Gespräch wahrgenommen hat und
- die Klassenkonferenz gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls des Schülers feststellt.

In den Absätzen 3 und 4 von § 85 SchG sind zwei unterschiedliche Lebenssachverhalte angesprochen. In Absatz 4 geht es um eine Reaktionsmöglich-

keit der Schule, wenn die Eltern trotz hohen Gesprächsbedarfs der Einladung zur Aussprache nicht folgen. Hier ist die Informierung des Jugendamtes als mögliche Reaktion der Schule vorgesehen. Es handelt sich um Fälle, in denen der Schüler im Sozialverhalten schwere Probleme aufwirft und im Rahmen der Erziehungspartnerschaft eine Abstimmung mit dem Elternhaus über das weitere pädagogische Vorgehen notwendig ist, nicht notwendigerweise um Fälle, in denen eine Verletzung der elterlichen Personensorgepflicht vorliegt.

Gemäß Absatz 3 gelten allgemein die Pflichten aus dem staatlichen Wächteramt, wonach die Schulen bei Gefährdung des Kindeswohls im Sinne von § 8 a SGB VIII das Jugendamt informieren müssen.

Auf Grund der Informationspflichten der Schule ergibt sich im Kinderschutzbereich insbesondere mit dem Jugendamt eine enge Zusammenarbeit, die z.B. in Kooperationsvereinbarungen konkretisiert werden kann. Auch im Bereich der Jugendsozialarbeit an Schulen ergeben sich Berührungspunkte mit Einrichtungen der Jugendhilfe. Zwischen dem Träger der Jugendsozialarbeit an Schulen und der Schulleitung sollten klare Vereinbarungen getroffen werden, wie der Schutzauftrag gegenüber den Schülern wahrgenommen wird und erforderlichenfalls der Kontakt zum Jugendamt erfolgt. Für einen effektiven Kinderschutz in einzelnen Problemfällen ist aber auch ein gutes Netzwerk zwischen Schulen und den anderen mit dem Kinderschutz befassten Institutionen erforderlich, insbesondere mit der Polizei. Auch im präventiven Kinderschutz bietet sich eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, insbesondere der Jugendhilfe, der Polizei und den Gesundheitsbehörden an.

Für die Übermittlungen von Daten durch die Schulen gelten entsprechend dem Verweis in § 115 Abs. 4 SchG die allgemeinen datenschutzrechtlichen Vorschriften des Landesdatenschutzgesetzes, insbesondere §§ 16 ff. LDSG. Zulässig ist hiernach zum einen die Übermittlung von Daten im Rahmen der Informationspflichten nach § 85 SchG. Darüber hinaus dürfen Daten zur Erfüllung der Aufgaben der übermittelnden Stelle oder der Stelle, an die die Daten übermittelt werden, bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 15 Abs.

1 bis 4 LDSG übermittelt werden. Hiernach ist die Datenübermittlung z.B. zulässig, wenn sie zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl oder einer sonst unmittelbar drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder zur Abwehr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Rechte einer anderen Person erforderlich ist.

6. Aufgaben der Gesundheitsbehörden beim Kinderschutz

Die Gesundheitsämter führen nach § 8 des Gesundheitsdienstgesetzes (ÖGDG) Einschulungsuntersuchungen durch und beraten zu gesundheitlichen Fragen, die den Schulbesuch betreffen. Sie informieren und beraten nach § 7 ÖGDG zur gesundheitlichen Prävention und Gesundheitsförderung. Hierbei weisen sie auch auf die nach § 1 Abs. 1 des Kinderschutzgesetzes Baden-Württemberg (KiSchG) bestehende Verpflichtung zur Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder und Jugendliche hin. Sie beraten zudem über Personen, Einrichtungen und Stellen, die vorsorgende, begleitende und nachsorgende Hilfen anbieten und gewähren können.

Werden Früherkennungsuntersuchungen nicht innerhalb der in den nach § 1 Abs. 1 KiSchG genannten Kinder-Richtlinien festgesetzten Toleranzgrenzen durchgeführt, gelten sie als versäumt. Sie können jedoch beim zuständigen Gesundheitsamt nachgeholt werden. Das Gesundheitsamt führt nach seiner Wahl entweder durch eigenes qualifiziertes Personal die versäumte Früherkennungsuntersuchung selbst durch oder beauftragt einen Dritten mit deren Nachholung, wenn der Dritte die Gewähr für eine sachgerechte Wahrnehmung der Aufgabe bietet.

Im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen oder bei nachgeholten Früherkennungsuntersuchungen können Zeichen von Misshandlung und Vernachlässigung wie z.B. blaue Flecken und Verletzungen, Unterernährung oder mangelnde Hygiene erkennbar werden. Es gehört zu den Aufgaben der Gesundheitsämter, diese Zeichen zu erkennen und die erforderlichen Hilfen einzuleiten. So sollen Beschäftigte der Gesundheitsämter bei den Personensorgeberechtigten auf die Inanspruchnahme der erforderlichen weitergehenden Hilfen hinwirken, wenn ihnen im Rahmen ihrer Amtsausübung gewichti-

ge Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt werden und die eigenen fachlichen Mittel nicht ausreichen, um die Gefährdung abzuwenden. Ist ein Tätigwerden dringend erforderlich, um die Gefährdung abzuwenden, und sind die Personensorgeberechtigten nicht bereit oder in der Lage, hieran mitzuwirken, sind sie befugt, dem Jugendamt die vorliegenden Erkenntnisse mitzuteilen.

Die Gesundheitsämter arbeiten im Rahmen ihrer Aufgaben mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, insbesondere mit Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe, zusammen. Neben der Zusammenarbeit in einzelnen Gefährdungsfällen bestehen mit der Jugendhilfe insbesondere im präventiven Kinderschutz, z.B. in der Suchtprävention, Berührungspunkte. In diesem Bereich bietet sich auch mit anderen mit dem Kinderschutz befassten Institutionen, insbesondere mit den Schulen und der Polizei, eine Zusammenarbeit an.

Die Datenweitergabe durch die Gesundheitsbehörden ist im ÖGDG und im KiSchG geregelt. Nach §§ 14 ff. ÖGDG ist die Datenweitergabe mit Zustimmung des Betroffenen, bei ausdrücklicher Erlaubnis durch eine Rechtsvorschrift oder unter den Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 Nr. 3 und 4 sowie Abs. 2 ÖGDG zulässig. Für den Kinderschutz bedeutsam ist hierbei insbesondere die Zulässigkeit der Datenübermittlung, wenn diese zur Abwehr einer Gefahr für Leben, Gesundheit oder Freiheit des Betroffenen oder eines Dritten erforderlich ist und die Gefahr nicht auf andere Weise beseitigt werden kann. Auch zur Verfolgung von Verbrechen oder von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung von erheblicher Bedeutung oder von Körperverletzungen von erheblicher Bedeutung ist die Datenübermittlung zulässig, wenn sie hierfür erforderlich ist und das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung das Interesse des Betroffenen an der Geheimhaltung der Daten erheblich überwiegt.

Auch das KiSchG sieht eine unverzügliche Einschaltung des Jugendamtes durch die Gesundheitsämter vor, wenn ihnen gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt werden. In § 1 Abs. 5 KiSchG ist noch einmal ausdrücklich die Befugnis für Per-

sonen, die Schweige- oder Geheimhaltungspflichten unterliegen, deklariert, bei schwerwiegenden Kindeswohlgefährdungen das Jugendamt zu unterrichten.

II. Empfehlungen zur interdisziplinären Zusammenarbeit

Am Kinderschutz sind demnach viele staatliche Stellen beteiligt, deren Aufgaben, Kompetenzen, Handlungsmöglichkeiten und Herangehensweisen sich deutlich unterscheiden. Das Ziel aller Institutionen aber ist das Gleiche: eine optimale Förderung und ein größtmöglicher Schutz der Kinder. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn alle beteiligten Berufsgruppen an einem Strang ziehen. Hierfür sind örtliche Netzwerke erforderlich, in denen die beteiligten Berufsträger verbindliche Absprachen treffen. Entscheidend ist hierbei, dass alle Beteiligten die eigenen Aufgaben engagiert wahrnehmen und ihre Erfahrungen und Kompetenzen einbringen, dabei zugleich die Aufgaben der anderen Berufsgruppen kennen und wertschätzen und eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe als gleichberechtigte Partner anstreben.

Zur Verbesserung der Kooperation in Fragen des Kinderschutzes empfehlen die Unterzeichner deshalb eine Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen in örtlichen Arbeitskreisen.

Die konkrete Ausgestaltung der Zusammenarbeit ist von den regionalen Gegebenheiten abhängig. Sie obliegt den Berufsträgern vor Ort in eigener Zuständigkeit. Die folgenden Ausführungen sollen deshalb keine verbindlichen Vorgaben für die Zusammenarbeit darstellen, sie sollen vielmehr als Anregungen für die Zusammenarbeit verstanden werden.

1. Initiative und Beteiligte

In Baden-Württemberg sind in vielen Stadt- und Landkreisen bereits institutionalisierte Kooperationsstrukturen zum Kinderschutz vorhanden oder im Aufbau. So sind Fachkräfte aus Jugendämtern, Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Schulen und Gesundheitseinrichtungen bei-

spielsweise eingebunden in bereits bestehende interdisziplinäre Arbeitsgruppen „Kinderschutz“, in Arbeitskreise und Runde Tische zu häuslicher und sexueller Gewalt, in Arbeitskreise zum Projekt Elternkonsens oder in Projekte im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention.

Für den weiteren Ausbau der interdisziplinären Zusammenarbeit im Kinderschutz können diese bestehenden und bewährten Strukturen genutzt und weiterentwickelt werden. Arbeitskreise können sich aus den bestehenden Gremien entwickeln. Darüber hinaus können auch Multiplikatoren im Rahmen des Programms „Impulse für den Kinderschutz in Baden-Württemberg“ in den Städten und Landkreisen die Netzwerkarbeit unterstützen.

Teilnehmer von Arbeitskreisen können alle mit Kinderschutz befassten Institutionen der jeweiligen Region sein. Der Teilnehmerkreis der einzelnen Arbeitskreise kann je nach regionalen Strukturen und Besonderheiten variieren. Als mögliche Beteiligte kommen in Betracht:

- Jugendamt/Allgemeiner Sozialer Dienst
- Einrichtungen der Jugendhilfe (wie z. B. Kindertagesstätten, Jugendhäuser, Erziehungsberatungsstellen, Erziehungshilfeeinrichtungen, Kinderschutzbund)
- Polizei
- Justiz (Familienrichter, Strafrichter, Staatsanwälte)
- Schulen (einschließlich Schulverwaltung)
- Gesundheitsämter
- öffentliche und private Gesundheitseinrichtungen (Krankenhäuser, insbesondere Kinder- und Entbindungskliniken, Frühförderstellen, niedergelassene Ärzte, Hebammen)
- Sonstige (wie Frauenhäuser, Schwangerschaftsberatungsstellen, Sportvereine, Kinderschutzorganisationen, Kinderschutzbund etc.).

2. Ziele und Inhalte von interdisziplinären Arbeitskreisen

Die Arbeitskreise sollen dem Aufbau, der Institutionalisierung und kontinuierlichen Weiterentwicklung der Kooperation dienen. Ziel ist es, durch Bearbei-

tung fallübergreifender Problemstellungen zu einer höheren Effektivität in den Einzelfällen zu kommen sowie gemeinsame fallübergreifende Aktivitäten zu planen, z.B. Öffentlichkeitsarbeit und gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen.

Die Auswahl der Themen des Arbeitskreises ist von dem Stand der Zusammenarbeit, den beteiligten Berufsgruppen und den aktuellen Problemen vor Ort abhängig. Eine Sammlung von Themen, die für die Teilnehmer relevant sind, kann als Ideenpool für die Treffen des Arbeitskreises dienen. Als mögliche Themen und Inhalte der Arbeitskreise kommen beispielsweise in Betracht:

- Austausch über die jeweiligen Arbeitsbereiche, institutionellen Strukturen, Arbeitsweisen und Handlungsmöglichkeiten der Institutionen
- Information über rechtliche Grundlagen und aktuelle fachliche Entwicklungen
- Verständigung über Risikofaktoren und Kriterien von Kindeswohlgefährdung
- Formulierung verbindlicher Verfahrensabsprachen
- Erstellung eines Verzeichnisses mit Zuständigkeit, Kontaktdaten und Erreichbarkeit der beteiligten Berufsträger
- Verabredung von Direktkontakten in Akutfällen
- Fallübergreifender Erfahrungsaustausch
- Planung und Durchführung gemeinsamer bereichsübergreifender oder gegenseitiger Fortbildungsveranstaltungen
- Einladung von Experten zu Fachthemen
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit
- Erarbeitung einer Gesamtkonzeption „Kinderschutz“ für den jeweiligen Kreis.

Bereits der Prozess der gemeinsamen Erarbeitung von Inhalten, Themen und Strukturen der Zusammenarbeit im Kinderschutz bringt wichtige Kooperationsschritte mit sich.

Wichtig für eine konstruktive Zusammenarbeit ist das gegenseitige Verständnis für die Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der anderen Institutionen sowie die Kenntnis der gegenseitigen Erwartungen an die Arbeit der anderen Berufsträger. Deshalb ist es hilfreich, wenn sich die Arbeitsgruppe zu Beginn den konkreten Aufgaben und Arbeitsweisen der beteiligten Institutionen sowie den gegenseitigen Erwartungshaltungen widmet, beispielsweise durch Kurzreferate. In diesen Beiträgen können auch die wichtigsten rechtlichen Grundlagen und Handlungsrichtlinien für die einzelnen Bereiche thematisiert werden.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit setzt voraus, dass die Pflichten der anderen Berufsträger respektiert und beachtet werden. Dies gilt insbesondere für Verschwiegenheitspflichten und datenschutzrechtliche Verpflichtungen. Einzelfälle dürfen nur anonymisiert behandelt werden, wobei als Thema für die Arbeitsgruppe lediglich allgemeine Fragen geeignet sind, die sich aus dem Einzelfall ableiten lassen, nicht aber Details des Einzelfalls. Den Teilnehmern sollte zudem bewusst sein, dass Polizei und Justiz dem Legalitätsprinzip unterliegen und bei konkreten Anhaltspunkten zu weiteren Ermittlungen verpflichtet sind.

Die Ergebnisse dürfen nicht statisch begriffen werden. Sie müssen als Prozess verstanden werden. Personelle Wechsel, organisatorische Veränderungen sowie neue Erkenntnisse innerhalb der Einzelbereiche müssen stets neu integriert werden.

Konkrete Hilfestellung bei der Bildung und Ausgestaltung von Arbeitskreisen bietet auch das zum Abschluss des Modellprojektes „Guter Start ins Kinderleben“ neu erschienene Werkbuch „Vernetzung“, zu beziehen über das Nationale Zentrum Frühe Hilfen. Alle Akteure erhalten hierdurch eine konkrete Hilfestellung, etwa in Form von Anhaltsbögen für Gefährdungsbeurteilungen oder als Checklisten für die Verbesserung der Kooperation und Vernetzung vor Ort.

3. Öffentlichkeitsarbeit

Ein wichtiges Thema der Zusammenarbeit ist auch die Öffentlichkeitsarbeit. Zu unterscheiden sind drei Dimensionen:

- Umgang der Medien mit aktuellen Kinderschutzfällen,
- präventive Öffentlichkeitsarbeit,
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Wahrnehmung von Vernachlässigung und Misshandlung.

Sinnvoll ist zum einen eine Verständigung der einzelnen Institutionen über ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit. Dies ermöglicht eine Abstimmung hinsichtlich der Themen, die in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit aufgegriffen werden. Außerdem können Materialien gegenseitig ausgetauscht werden, z. B. Broschüren, die in anderen Stellen ausgelegt werden.

Darüber hinaus kann gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, z.B. durch gemeinsame Presseerklärungen, Zeitungsberichte oder öffentlichkeitswirksame Termine, gerade im präventiven Bereich einen deutlich weiteren Interessentenkreis erreichen als die Öffentlichkeitsarbeit nur einer Institution. Gemeinsame Aktionen unterstreichen die Bedeutung des Themas Kinderschutz. Hierdurch entsteht eine höhere Aufmerksamkeit und Sensibilität der Öffentlichkeit für das Thema Kinderschutz.

Es kann hilfreich sein, Medienvertreter in die Arbeitskreise einzuladen und sie über die Aufgaben und Rahmenbedingungen der beteiligten Institutionen zu informieren. Durch eine regelmäßige Kontaktpflege zu den regionalen Medien kann der Arbeitskreis ferner zu einer verantwortungsvollen Berichterstattung beitragen.

Leitfaden zur Erstellung eines Portraits für die Teilnehmer von örtlichen Netzwerken zum Kinderschutz

- 1.) Welcher Institution oder Berufsgruppe gehören Sie an?
- 2.) Nennen Sie bitte deren Kontaktdaten und Erreichbarkeit.
- 3.) Beschreiben Sie kurz Ihre Arbeitsphilosophie bzw. Grundsätze Ihrer Arbeitsweise.
- 4.) Was sind Ihre wesentlichen Aufgaben (ggf. mit Rechtsgrundlagen)?
- 5.) Welche Befugnisse haben Sie, um diese Aufgaben erledigen zu können (ggf. mit Rechtsgrundlagen)?
- 6.) Wo sind Ihre datenschutzrechtlichen Bestimmungen geregelt? (Die Angabe der Rechtsgrundlagen dürfte genügen)
- 7.) Mit welchen Themen aus dem Bereich Kinderschutz haben Sie sich hauptsächlich in den letzten Jahren beschäftigt? (Bitte mindestens drei angeben)
- 8.) Zu welchen Themen können Sie die anderen Teilnehmer des Sozialen Frühwarnsystems schulen? (Bitte mindestens drei angeben)